

JETZT IST **ALLES** DRIN!

WIR BRINGEN BAYERN INS GLEICHGEWICHT.

65. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG **DER BAYERNSPD**

SA., 11. MAI & SO., 12. MAI 2013
AUGSBURG, KONGRESSHALLE

Regierungsprogramm Landtagswahl

Antragsbereich L/ Antrag 1

Landesvorstand BayernSPD

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

Leitantrag Regierungsprogramm Landtagswahl 2013

Annahme in geänderter Fassung:

5

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht! – Seite 6

Solide Finanzen – Seite 9

10 Finanz- und Haushaltspolitik: Grundlage für soziale Gerechtigkeit. – Seite 9

Wirtschaft und Land.. 14

15 Wirtschaftspolitik: Starke Wirtschaft – gute Arbeit – nachhaltige Entwicklung – Seite 20

Infrastrukturpolitik: Für unsere Heimat, für unseren Wohlstand, für unsere Wirtschaft. – Seite 31

20

Ländlicher Raum: Aktive Politik für ein starkes Bayern. – Seite 39

25 Kommunalpolitik: Starke Kommunen für ein starkes Bayern. Seite 45

Europapolitik: Denn Bayern ist mittendrin. – Seite 54

Arbeit – Seite 60

30

Arbeitsmarkt und ArbeitnehmerInnenfragen: Einsatz für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne – Seite 60

Soziales – Seite 70

35

Sozialpolitik: So geht soziale Gerechtigkeit – Seite 70

Gesundheitspolitik und Pflege: Gute Versorgung flächendeckend – Seite 76

40

Religionsgemeinschaften und Freie Wohlfahrtspflege: Säulen der Gesellschaft – Seite 82

- 45 **Bildung** – Seite 83
- Bildungspolitik: Das ist gerecht! – Seite 83
- Hochschulen, Wissenschaft und Forschung: Hohe Qualität erhalten, sozial gestalten – Seite 91
- 50
- Gleichstellung** – Seite 99
- Gleichstellungspolitik geht alle an – Seite 99
- 55
- Queere Lebensweisen: Bayern ist vielfältig und bunt – Seite 105
- Jugendpolitik: Besser fördern, aktiv gestalten – Seite 108
- 60
- Integrationspolitik: Mittendrin statt parallel – Seite 116
- Inklusion: „Nichts über uns ohne uns“ – Seite 122
- 65 **Mensch und Gesellschaft** – Seite 128
- Innen- und Rechtspolitik, Rechtsextremismus: Auf eine starke Verfassung aufbauen – Seite 128
- 70
- Digitale Gesellschaftspolitik: Gesellschaft im Wandel – Seite 135
- Kultur und Medien: Tradition und Innovation gehen Hand in Hand – Seite 142
- 75
- Vertriebenenpolitik: Erbe bewahren, Brücken bauen – Seite 149
- Sportpolitik: Politik für das Sportland Bayern – Seite 150
- 80
- Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – Seite 155
- Umwelt- und Energiepolitik der Zukunft: Ökologisch und wirtschaftlich – Seite 155
- 85
- Landwirtschaft, Ernährung und Wald: Ohne Bäuerinnen und Bauern stirbt das Land – Seite 163
- 90
- VerbraucherInnenschutz in Bayern: Aufklären und ausweiten – Seite 171
- 95

Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht!

100 „Mir san die bayerischen Sozis – und da san mir daheim“ –
dieser Satz unseres Spitzenkandidaten Christian Ude fasst
unser Selbstverständnis und die Aussage dieses
Regierungsprogramms zusammen. Bayern – dieses in
105 anderen Teilen Deutschlands mit viel Bewunderung aber
manchmal auch Unverständnis betrachtete Land – ist unsere
Heimat. Und der Freistaat ist sogar eine Erfindung unseres
politischen Vorfahren Kurt Eisner, der ihn vor 94 Jahren
ausrief. Der große bayerische Sozialdemokrat Wilhelm
Hoegner hat Bayerns fortschrittliche Verfassung entworfen.
110 Seit über 120 Jahren begleiten und prägen wir unsere Heimat
politisch, sozial und gesellschaftlich. Und ab September
dieses Jahres werden wir auch Regierungsverantwortung im
Freistaat übernehmen.

115 Unser Leitmotiv dafür ist Gerechtigkeit. Bayern ist
wirtschaftlich das erfolgreichste deutsche Bundesland. Die
vielen Neubayerinnen und Neubayern, die aus allen
Regionen Deutschlands und Europas zu uns kommen, um
hier zu leben und zu arbeiten, bezeugen die große
120 Attraktivität unserer Heimat. Darauf können wir alle stolz
sein. Doch es ist unübersehbar, dass unser Land nicht im
Gleichgewicht ist. Wir treten mit Christian Ude an der Spitze
an, dies zu ändern.

125 **Gut leben in Stadt und Land**

Die Unterschiede der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und
Land, zwischen den boomenden Metropolen und dem für die
bayerische Identität so wichtigen ländlichen Raum sind zwar
130 zu einem Teil ganz natürlich, sie sind jedoch in den letzten
Jahren zu groß geworden. Die grundlegenden Bedürfnisse
der Menschen müssen überall in Bayern befriedigt werden:
gerecht entlohnte Arbeit, bezahlbarer Wohnraum,
wohnahe Bildungseinrichtungen, Unterstützung für
135 Familien, hochwertige medizinische Versorgung, eine
moderne Verkehrsinfrastruktur, schneller Zugang zum
Internet. Unser Regierungsprogramm gibt Antworten auf all
diese Herausforderungen. Unser Versprechen an die
Bürgerinnen und Bürger lautet: Wir bringen Bayern ins
140 Gleichgewicht!

Soziale Gerechtigkeit als Leitmotiv

Soziale Gerechtigkeit steht bei unserer Politik für Bayern an
145 erster Stelle. Zentrales Ziel ist dabei die Einführung eines
gesetzlichen Mindestlohns. Wer Vollzeit arbeitet, muss damit
mindestens so viel verdienen, dass er ohne staatliche
Beihilfen gut leben kann. Das ist nicht zuletzt auch ein Gebot
unserer Bayerischen Verfassung, die nicht nur an dieser
150 Stelle von den schwarz-gelben Regierungsparteien

missachtet wird.

Eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung wird sich auf die Seite der Vernunft und der Gerechtigkeit stellen. Wir
155 tragen das Wort sozial nicht wie andere nur im Namen, wir leben es. Denn ohne soziale Gerechtigkeit kann eine Gesellschaft nicht funktionieren.

Bildungsgerechtigkeit für Bayern

160 Ein besonders deutliches Ungleichgewicht besteht in Bayern im Bereich der Bildung. In keinem anderen deutschen Bundesland hängen die Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen so stark vom Geldbeutel und
165 der Ausbildung der Eltern ab. Darüber hinaus sind die Bildungschancen auch regional extrem ungleich verteilt.

Jahrzehntelange Fehlentwicklungen und das Festhalten an überholten Ideologien in der Bildungspolitik haben
170 hunderttausende Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen Entwicklung gebremst und sie daran gehindert, ihr Potenzial auszuschöpfen. Das ist eine Schande für unser reiches, wirtschaftlich erfolgreiches Land. Nicht in der teuren
175 Nachhilfestunde sollen die Kinder den Schulstoff lernen, sondern im Unterricht. Dafür benötigen wir eine höhere Zahl an Lehrkräften, die die Zeit bekommen, auch die Schwächeren zu fördern.

Eine soziale, durchlässige und auf Chancengleichheit
180 basierende Bildungspolitik, bei der Sitzenbleiben überflüssig wird, ist eines unserer wichtigsten Ziele. Bei den Studiengebühren haben wir das bereits geschafft: In dem von der BayernSPD maßgeblich unterstützten Volksbegehren hat das Volk deutlich gemacht, dass es eine gerechte Verteilung
185 der Bildungschancen es will.

Politik mit klaren Werten

Die Landtagswahl 2013 bietet den Bürgerinnen und Bürgern
190 die Gelegenheit, für einen Regierungswechsel im Freistaat zu stimmen. Das heißt nicht, dass in Bayern alles anders werden soll. Aber wir werden mit aller Kraft daran arbeiten, das Land ins Gleichgewicht zu bringen. Wir stützen uns dabei auf Werte, auf feste Überzeugungen und rennen nicht Trends
195 und Moden hinterher, nur um dann eine Kehrtwende nach der anderen drehen zu müssen. Der Regierungswechsel in Bayern wird daher vor allem auch ein Stilwechsel sein.

Wir stehen für eine solide Politik. Das gilt vor allem in der
200 Finanz- und Haushaltspolitik. Wir setzen dabei auf einen Dreiklang: Zukunft und Gerechtigkeit im Blick, Einnahmen im Lot, Ausgaben im Griff. Die BayernSPD sagt offen und ehrlich schon vor der Wahl, welche Einnahmen der Staat

ÄA AfB: Ersetze Z. 204 ff durch

Dafür benötigen wir eine höhere Zahl an Lehrkräften, die mehr Zeit bekommen, für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.

zusätzlich erzielen muss, um das Bildungsangebot und die
205 Infrastruktur zu verbessern und die Kommunen finanziell zu
entlasten. Wir machen keine haltlosen Versprechungen,
gleichzeitig die Steuer zu senken, die staatlichen Leistungen
zu verbessern und die Schulden zu beseitigen.

210 Nicht alles, was wünschenswert wäre, ist auch finanzierbar.
Großmannssucht und Prestigeprojekte sind Ausdruck von
Kleingeistigkeit und Verantwortungslosigkeit. Wir
konzentrieren uns deshalb auf Investitionen in Bildung, in
bessere Rahmenbedingungen für Familien, in Forschung,
215 Infrastruktur und in die Umsetzung der Energiewende. Und
wir werden mit mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfern
dafür sorgen, dass Großverdienerinnen und Großverdiener
ihre Steuern auch tatsächlich zahlen. Die ehrlichen
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht die
220 Dummen sein.

Familien fördern und Frauen stärken

Gesellschaftspolitisch ist unser wichtigstes Projekt die
225 Gleichstellung. Frauen werden gegenüber Männern noch
immer benachteiligt. Führungspositionen in Unternehmen
und Behörden sind derzeit noch in der Mehrzahl von
Männern besetzt. Wir treten deshalb für eine Frauenquote in
Vorständen und Aufsichtsräten ein. Das gilt wegen der
230 Vorbildfunktion ganz besonders für den öffentlichen Dienst
im Freistaat.

Die Gleichstellung der Frauen werden wir aber auch durch
eine umfassende Familienpolitik voranbringen. Und mit
235 Politik für Familien meinen wir Familien in all ihren
Ausprägungen. Es muss vor allem gelingen, den vielen
hochqualifizierten Frauen, die Kinder wollen, die Ausübung
ihres Berufs zu ermöglichen. Dazu gehören ein
flächendeckend bedarfsgerechtes Angebot an
240 Kinderbetreuungsplätzen, sowie Ganztagsschulangebote.
Dafür wollen wir Geld ausgeben und nicht für das
Betreuungsgeld, das Frauen vom Berufsleben fernhalten soll.

Außerdem werden wir das Schulsterben auf dem Land
245 beenden. Wenn Kinder täglich eine Stunde mit dem Bus bis
in die nächste Stadt zur Schule fahren müssen, sorgt das nur
dafür, dass sie den Bezug zur Heimat verlieren. Bei Pflege-
und Seniorenheimen ist die Situation genauso drängend.

250 Unser Einsatz für Gleichstellung endet nicht bei der
Überwindung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.
Wir stehen für ein weltoffenes Bayern, in dem niemand
wegen Herkunft, Aussehen, Behinderung oder sexueller
Orientierung benachteiligt wird und in dem die
255 unterschiedlichsten Lebensentwürfe möglich sind.

Heimat ist das ganze Land

Wir werden es nicht tatenlos hinnehmen, dass ländliche
260 Gebiete entvölkert werden. Wir wollen, dass die Menschen
in ihrer Heimat bleiben können. Wir wollen nicht, dass
wachsende Ballungsräume aus allen Nähten platzen und
gleichzeitig ganze Regionen unter Bevölkerungsschwund
leiden. Auch in den Städten gilt, dass niemand aus seiner
265 angestammten Umgebung verdrängt werden darf. Wir
werden mit einer konsequenten Politik für bezahlbaren
Wohnraum und gegen jede Form der MieterInnenvertreibung
dafür sorgen, dass die Stadtgesellschaften nicht gespalten
werden.

270 Schon als Mieteranwalt in München und dann als
Oberbürgermeister und Städtetagspräsident hat Christian Ude
für eine solidarische Gesellschaft gekämpft. Als bayerischer
Ministerpräsident wird er dafür sorgen, dass der ganze
275 Freistaat Heimat für die Menschen bleibt, die hier leben. In
20 Jahren als Oberbürgermeister hat er gezeigt, wie man
wirtschaftlichen Erfolg mit sozialem Engagement und
kultureller Vielfalt verbindet. Ab September wird er diese
Fähigkeiten als Ministerpräsident zum Wohle aller
280 Bayerinnen und Bayern einsetzen.

285

Solide Finanzen

290 Finanz- und Haushaltspolitik: Grundlage für soziale
Gerechtigkeit

Bayern steht bei den finanzpolitischen Eckdaten im
295 bundesweiten Vergleich gut da. Die aktuellen
Steuereinnahmen, die Pro-Kopf-Verschuldung und der Anteil
für Zinszahlungen im Staatshaushalt sind ein Spiegelbild
positiver wirtschaftlicher Entwicklungen in Bayern.

300 Das ist zunächst das Verdienst der ArbeiterInnen- und der
UnternehmerInnenschaft in Bayern, aber auch von
Gewerkschaften und BetriebsrätInnen, die beim
wirtschaftlichen Einbruch von 2008 bis 2010 für sinnvolle
betriebliche Übergangslösungen gesorgt haben.

305 Wir sagen klar und selbstbewusst: Die gute Entwicklung der
Wirtschaft und der staatlichen Einnahmen in Bayern ist nicht
vorrangig der Verdienst der bisherigen Staatsregierung,
sondern in gleichem Maße auch Ergebnis starker

310 sozialdemokratischer Politik. Und das können wir auch belegen.

Erfolgreiche sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in den Kommunen

315

Es ist auch und vor allem das Ergebnis erfolgreicher kommunaler Wirtschaftspolitik unter langjähriger politischer Verantwortung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Bestes Beispiel ist das seit Jahrzehnten

320 sozialdemokratisch regierte Kraftzentrum München mit seiner hohen Wirtschafts- und Steuerkraft, das einen Beitrag von 43 Prozent der gesamten Steuereinnahmen in Bayern leistet.

325 Weg aus der Finanzkrise war sozialdemokratisch

Es ist auch das Ergebnis sozialdemokratischer Politik, die dafür gesorgt hat, dass Bayern nach 2008/2009 aus dem durch die Finanzmarktkrise verursachten tiefsten

330 wirtschaftlichen Einbruch der Nachkriegszeit so schnell und stark wieder herausgekommen ist. Verbunden ist dies mit den Sozialdemokraten Peer Steinbrück, der mit solider Finanzpolitik für Vertrauen in die Sicherheit der Sparereinlagen sorgte, mit Frank-Walter Steinmeier, der ein
335 erfolgreiches Konjunkturprogramm initiierte und mit Olaf Scholz, der mit seiner Kurzarbeiterregelung erfolgreich in den Arbeitsplatzertand und nicht in Arbeitslosigkeit investiert hat.

340 SPD - Garant für europafreundliche Politik

Und schließlich hat Bayern diese Entwicklung auch dem Euro zu verdanken. Mit einem Exportanteil des verarbeitenden Gewerbes von 51 Prozent wird hier mehr als

345 jeder zweite Euro im Export erwirtschaftet. Deshalb gefährdet der über lange Zeit widersprüchliche und unklare Kurs der CSU, die auf der einen Seite in Berlin und Brüssel die Euro-Rettungsmaßnahmen beschließt, aber in Bayern die eigene Regierungspolitik permanent in Frage stellt, die
350 wirtschaftlichen Interessen Bayerns, der bayerischen Unternehmen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern. Wir SozialdemokratInnen sagen klar: Bayern hat das größte wirtschaftliche Eigeninteresse, die Turbulenzen in der Euro-Zone zu lösen statt sie verantwortungslos
355 anzufachen.

Die Schere zwischen Arm und Reich in Bayern

Die Gesamtentwicklung der bayerischen Wirtschaft und der
360 bayerischen Steuerkraft darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Kehrseiten der vermeintlich so glänzenden Medaillen in Bayern gibt: Denn die

wirtschaftliche Schere zwischen Arm und Reich geht auch und gerade in Bayern immer stärker auseinander.

365

Die wirtschaftliche Schere zwischen den Regionen in Bayern

Die Ungleichheit der wirtschaftlichen Leistungsstärke zwischen den bayerischen Regionen wächst ständig. Die CSU hat es in ihrer jahrzehntelangen Regierungszeit zugelassen, dass die wirtschaftliche Schere zwischen den bayerischen Regierungsbezirken viel stärker auseinander geht als etwa zwischen Bayern und Berlin. Das Bruttoinlandsprodukt von Oberfranken liegt mit 83,9 Prozent unter dem Bayerndurchschnitt, Oberbayern mit 119,7 Prozent darüber (2009).

375

Die Schere zwischen Arm und Reich

380

Die soziale Kluft, vor allem die Schere zwischen Arm und Reich sowohl beim Einkommen wie auch beim Vermögen, vergrößert sich auch in Bayern. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung muss ein Warnsignal sein. Das private Nettovermögen hat sich nach den Regierungsangaben allein zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Billionen Euro auf zehn Billionen Euro erhöht, davon liegen 50 Prozent bei den reichsten zehn Prozent. Im Gegensatz dazu: 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten mussten in der gleichen Zeit Verluste beim Einkommen hinnehmen.

385

390

Die Schere bei den Arbeitsverhältnissen

Unsichere und schlecht bezahlte Arbeit hat auch in Bayern zugenommen. Ein Fünftel aller in Vollzeit Tätigen arbeitet inzwischen im Niedriglohnbereich. Die Zahl der Minijobs, Leiharbeitsverhältnisse, Werksverträge und befristeter Beschäftigung steigt. CSU und FDP verweigern sich einem flächendeckenden Mindestlohn und einem bayerischen Vergabegesetz. Sie subventionieren unsoziale Arbeit zulasten der soliden Unternehmen, der Sozialversicherungssysteme und der öffentlichen Haushalte.

395

400

Die Schere bei der Altersarmut

405

Im wohlhabenden Bayern gibt es vergleichsweise mehr arme alte Menschen als anderswo. Jeder Fünfte über 65 Jahren ist durch Altersarmut gefährdet, der Anteil der armutsgefährdeten alleinstehenden Frauen liegt sogar bei 28,3 Prozent. Stark armutsgefährdet sind alleinerziehende Frauen sowie Migrantinnen und Migranten. Rasches politisches Handeln ist gefordert. Aber seit über einem Jahr ignoriert die Staatsregierung die Vorschläge der von ihr selbst eingesetzten Kommission zur Bekämpfung von Armut.

410

415

Die Schere der Bildungsungerechtigkeit

In Bayern ist die soziale und regionale Herkunft maßgeblich für den schulischen und beruflichen Erfolg – mehr als in
420 jedem anderen Bundesland. Das ist ein Skandal. Die
bayerische Bildungspolitik zementiert soziale
Ungleichheiten, anstatt sie zu beheben. Die von der CSU
eingeführten und inzwischen abgeschafften Studiengebühren
425 Bildungsgebühren jeder Art einsetzen.

Nur soziale Stabilität sorgt für wirtschaftlichen Erfolg

Deshalb sieht eine sozialdemokratisch geführte
430 Landesregierung ihre zentrale finanzpolitische Aufgabe
darin, diese Schere zwischen Arm und Reich wieder zu
schließen. Denn uns ist klar: Wohlstand, positive
wirtschaftliche Entwicklung und letztlich auch nachhaltige
Staatseinnahmen in Bayern können wir nur dann erreichen,
435 wenn wir nicht nur in die Zukunftsherausforderungen
Bildung, Forschung, Infrastruktur und Energiewende
investieren, sondern zugleich für mehr soziale Stabilität in
Bayern sorgen. Dies geschieht durch

440 ... Wiederherstellung einer gerechten Vermögens- und
Einkommensentwicklung.

... mehr Bildungsgerechtigkeit in ganz Bayern.

445 ... die Korrektur von Fehlentwicklungen im Arbeitsrecht

... und durch die konsequente Bekämpfung von Armut.

Kluft zwischen armen und reichen Regionen schließen

450 Wir wollen und müssen die Kluft zwischen armen und
reichen Regionen und Kommunen in Bayern wieder
schließen, insbesondere bei der Regional- und Strukturpolitik
und bei der Finanzausstattung der Kommunen. Wenn hier
455 notwendige Investitionen versäumt werden, wird die
Reparatur später umso teurer. Deswegen ist eine Politik des
sozialen Ausgleiches auch finanzpolitisch sinnvoll. Was wir
jetzt in die soziale Vorsorge investieren, kommt als Rendite
für die Menschen in Bayern, aber auch für den öffentlichen
460 Haushalt doppelt zurück.

Von Landesbank bis Digitalfunk: Finanzpolitische Erblasten der CSU bewältigen

465 Zur finanzpolitischen Bilanz der bisherigen Staatsregierung
gehören gravierende politische Fehlentscheidungen,
Versäumnisse und Entwicklungen, die den Staatshaushalt des
Freistaates auf Jahre belasten und finanzielle Spielräume

einengen.

470

Regierung hat bayerische Schulden verdoppelt

Die CSU-geführte Staatsregierung hat die Schulden des Freistaates in den letzten 15 Jahren verdoppelt: 1996 waren es 16,3 Milliarden, 2011 bereits 32,6 Milliarden Euro. In die Amtszeit von Horst Seehofer fallen alleine zehn Milliarden neuer Schulden. Trotz Steuermehreinnahmen von 6,3 Milliarden Euro in den Jahren 2010 bis 2012 wurde die Verschuldung nicht nennenswert gesenkt. Auch die Privatisierungen von bayerischem Volksvermögen in Höhe von 7,3 Milliarden Euro seit 1993 haben den Anstieg der Schulden nicht gestoppt. Die CSU hat bayerisches Tafelsilber verscherbelt – und trotzdem Schulden gemacht wie nie zuvor.

485

CSU-Landesbankdebakel - größtes Haushaltsrisiko

Das von der CSU zu verantwortende Landesbank-Debakel ist das größte bayerische Haushaltsrisiko. Allein die jährlichen Zinsbelastungen für die Zehn-Milliarden-Euro-Stütze belaufen sich auf über 350 Millionen Euro. Davon könnten beispielsweise 7.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Leider sind die Fehler nicht ausgestanden. Weitere Risiken wie die Garantie für US-Immobilienpapiere, die Rückzahlung von Krediten an die Hypo Group Alpe Adria und ausländische Bankbeteiligungen belaufen sich auf mehrere Milliarden Euro. Die SPD kämpft für lückenlose Aufklärung, Heranziehung der politisch Verantwortlichen und Wiedergutmachung des Schadens.

500

150 Millionen Euro teure CSU-Fehler bei der Landesstiftung

Bei der Bayerischen Landesstiftung haben nach Einschätzung des Obersten Rechnungshofes Fehleinschätzungen, Kompetenzgerangel und zögerliche Entscheidungen zu einem dreistelligen Millionen-Verlust von etwa 150 Millionen Euro geführt.

510 Kostenexplosion beim Digitalfunk

Eine dramatische Kostenexplosion gibt es bei der Einführung des Digitalfunks in Bayern. Die erwarteten Kosten sind innerhalb kürzester Zeit um 150 Millionen Euro auf 1,07 Milliarden Euro (also um 16,6 Prozent) gestiegen. Bei den polizeilichen Leitstellen steigen die Kosten um 115 Prozent, bei den Betriebsstellen geht es um 241 Prozent nach oben, bei den sonstigen Betriebskosten um 128 Prozent. Mittlerweile untersucht der Rechnungshof die Fehleinschätzungen und Planungsmängel, die einzig die

Staatsregierung zu verantworten hat.

Für geordnete Verhältnisse sorgen und 525 Schattenhaushalte abschaffen

Deswegen wird eine zentrale Aufgabe einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung sein, diese finanziellen Erblasten zu bewältigen und für geordnete
530 Verhältnisse zu sorgen. Wir werden Schattenhaushalte abschaffen, Wahrheit und Klarheit in den bayerischen Staatshaushalt bringen und die Schieflage der Projekte beseitigen. Insbesondere brauchen wir einen Erblasten- Tilgungsfond für die Folgen des Landesbankdebakels, damit
535 die Verantwortlichkeit klar wird.

Solide Finanzen mit sozialdemokratischer Handschrift

Wir bekennen uns klar zur Notwendigkeit solider
540 öffentlicher Haushalte in Bayern. Damit der Staat handlungsfähig bleibt, muss Finanzpolitik die Einnahmen im Lot und die Ausgaben im Griff haben. Wenn wir dies nicht tun, wird die staatliche Leistungsfähigkeit deutlich abnehmen oder aber wir laufen in eine immer größere werdenden
545 Verschuldung hinein – ob nun offen oder versteckt. Beides wollen wir nicht und werden daher unsere Finanzpolitik, aber auch alle politischen Projekte und Forderungen, stets darauf hin überprüfen, was finanzierbar ist und was nicht.

550 Mehr Gerechtigkeit und soziale Ausgewogenheit

Haushaltskonsolidierung muss aber immer die soziale Gerechtigkeit im Blick haben. Deshalb wird eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung sowohl bei den
555 Einnahmen als auch auf der Ausgabenseite für mehr Gerechtigkeit und soziale Ausgewogenheit sorgen.

Die Vorgabe ausgeglichener Haushalte, wie sie das Grundgesetz vorschreibt und wie wir sie in der bayerischen
560 Landespolitik seit langem vertreten, ist keine Rechtfertigung für unsoziale Politik. Wir lehnen eine Politik, die unter dem Vorwand von Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau eine unsoziale Verteilungs- und Steuersenkungspolitik oder Sozial- und Bildungsabbau betreibt, entschieden ab. Deshalb
565 wollen wir eine Schuldenregel in die Bayerische Verfassung aufnehmen, die auch die Einnahmeseite, die Sicherung des öffentlichen Investitionsbedarfs und der Sozialaufgaben bei der Haushaltsgestaltung zwingend in den Blick nimmt.

570 Finanzpolitische Ehrlichkeit statt Täuschung, Tricks und Hütchenspiele

Wir stehen für finanzpolitische Ehrlichkeit, während die CSU-Staatsregierung auf Finanztricks und

575 Täuschungsmanöver setzt. Das gilt insbesondere für die
substanziöse und aus der Luft gegriffene Behauptung, die
Schulden des Freistaates in den nächsten 18 (!) Jahren
abzubauen.

580 **Die Wahrheit über den Schuldenabbau à la CSU**

Wahr ist: Die Staatsregierung hat erst 2010 die Verschuldung
des Freistaates um zehn Milliarden Euro und damit um 44
Prozent erhöht, um das Finanzdebakel bei der Landesbank
585 auszugleichen.

Wahr ist: Die von der gegenwärtigen Regierungskoalition
vorgenommene Schuldentilgung für 2012 und 2013 ist ein
finanzielles Hütchenspiel. Sie wird ausschließlich finanziert
590 aus der Zerschlagung des bewährten Vorsorgesystems für die
Pensionsverpflichtung des Freistaates Bayern. Etwa drei
Milliarden Euro finanzielle Verpflichtungen werden damit
einfach in die Zukunft verschoben. Im Ergebnis: Alte
Schulden werden mit neuen Schulden bezahlt.

595

Die Schulden von morgen und übermorgen

Und wahr ist auch: Durch den Verzicht auf den notwendigen
Gebäude- und Straßenunterhalt, auf Erhaltungsinvestitionen
600 und die längst überfälligen Sanierungen von Universitäten,
Polizeiinspektionen und Schulen steigen die versteckten
Schulden des Freistaates an. Diese Art von
Finanztricksereien werden wir beenden. Wir werden beim
Abbau von bayerischen Staatsschulden dafür sorgen, dass
605 auch die versteckte Verschuldung abgebaut wird. Dabei ist
uns ein Anliegen, auch die kommunale Verschuldung
abzubauen und nicht nur einseitig wie bisher auf den
Staatshaushalt zu schauen. Wenn notwendige Investitionen,
Instandhaltungen und Zukunftsvorsorge versäumt werden,
610 wird die Reparatur später umso teurer. Deshalb wollen wir
eine Politik, die rechtzeitig investiert und Vorsorge trifft. Wir
werden deshalb für einen rechtzeitigen Unterhalt bei
Gebäuden und Straßen sorgen, damit der Freistaat keine
Kostenlawine zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger vor sich
615 herschiebt. Diese von CSU und zuletzt auch FDP zu
verantwortende Lawine ist jetzt bereits groß genug, wir
werden sie abbauen statt weiter anschwellen zu lassen.

620 **Zukunft und Gerechtigkeit im Blick, Ausgaben im Griff, Einnahmen im Lot**

Wir stellen die Finanzpolitik in Bayern auf gerechte und
transparente Beine und werden Fehlentscheidungen und
Versäumnisse korrigieren. Unsere Politik der Konsolidierung
625 der öffentlichen Haushalte setzt auf die Kombination von
Zukunftsinvestitionen, auf sparsamen Umgang mit
Haushaltsmitteln und auf Einnahmeverbesserungen. Deshalb

bauen wir auf einen Dreiklang in der Finanzpolitik: Zukunft
und Gerechtigkeit im Blick, die Ausgaben im Griff und die
630 Einnahmen im Lot.

Zukunft und Gerechtigkeit im Blick

Wir sagen offen und ehrlich: Nicht alles was wünschenswert
635 ist, ist auch finanzierbar. Deshalb werden wir bei unseren
finanzpolitischen Schwerpunkten vor allem erst einmal
Zukunft und Gerechtigkeit im Blick haben. Diese
Schwerpunkte sind für uns

640 ... Investitionen in Bildungsgerechtigkeit, Ganztagschulen
und Kinderbetreuung.

645 ... Investitionen in Forschung, Infrastruktur und die
Energiewende.

... die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den
Regionen Bayerns.
650

... die Stärkung der Handlungsfähigkeit unserer Städte und
Gemeinden.

655 ... das Gewährleisten von gerechten Lohn- und
Einkommensverhältnissen.

... die Bekämpfung von Erwerbs- und Altersarmut.
660

Die Ausgaben im Griff

Bei der Konsolidierung auf der Ausgabenseite legen wir
besonderes Augenmerk auf
665

... ehrliche Aufgabenüberprüfung:

Eine SPD-geführte Staatsregierung wird sich der
Verpflichtung stellen, ständig zu überprüfen, wie die
670 staatlichen Aufgaben effektiver und effizienter erledigt
werden können. Anders als die Staatsregierung bisher
werden wir dabei auch die Staatskanzlei und die Ministerien
im Blick haben.

675 ... die konsequente Bekämpfung von Verschwendung:

Bei der Ausstattung der Ministerien und der Staatskanzlei,
der Ausstattung für ehemalige Ministerpräsidenten sowie den
Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit werden wir gegenüber
680 der jetzigen Staatsregierung wieder mehr Kostenbewusstsein

und Sparsamkeit in den Vordergrund stellen.

... den Verzicht auf unnötige Projekte und besseres Controlling staatlicher Projekte:

685

Ein großes Potential für Einsparungen liegt in der besseren Planung und effizienteren Kostenkontrolle staatlicher Projekte, wie beim Digitalfunk. Das zeigen auch die jährlichen Rechnungshofberichte. Wir werden auch Projekte auf den Prüfstand stellen, die bei hohen Kosten einen niedrigen volkswirtschaftlichen Nutzen und negative ökologische Auswirkungen haben, wie die Fortsetzung des Donauausbaus.

695 ... die Verlagerung von Verantwortung auf die mittlere und untere staatliche Ebene:

Dem CSU-Verständnis von staatlichem Zentralismus bis in jedes Detail setzen wir mehr Eigenständigkeit für die mittlere und untere staatliche Ebene und für die Kommunen entgegen. Wir sind uns sicher: Mehr dezentrale Haushaltsverantwortung für Behörden und Einrichtungen des Freistaates schafft Kostenbewusstsein und Effizienz.

705 ...Subventionen auf dem Prüfstand:

Einsparungen sind durch den Verzicht und die Rücknahme von unsozialen Klientel-Geschenken und unberechtigten Privilegien zu realisieren. Überholte Subventionen stellen wir auf den Prüfstand, wenn damit falsche soziale, ökonomische und insbesondere ökologische Anreize gesetzt werden, wie beim Hotelsteuerprivileg, beim Flugbenzin oder bei Immobilien-Aktiengesellschaften.

715 ... die Bekämpfung der Methode „Gewinne privatisieren, Lasten sozialisieren“:

Die Verweigerung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns durch Schwarz-Gelb führt zum Beispiel zur staatlichen Subvention von Dumpinglöhnen. Durch den Mindestlohn wären hier jährlich sieben Milliarden Euro bei Gesamtstaat und Sozialversicherungen für eine soziale und ökonomisch unsinnige Subvention einzusparen. Wir werden die Kosten von Kommunen reduzieren und die Einnahmen auch des Freistaates verbessern, in dem wir Lohndumping bei öffentlicher Auftragsvergabe durch ein Vergabegesetz unterbinden.

Einnahmen im Lot

730

Für zukunftsfähige Haushalte und für die Konsolidierung auf der Einnahmeseite ist die Sicherung einer soliden staatlichen Einnahmebasis unverzichtbar. Für uns Sozialdemokratinnen

und Sozialdemokraten ist klar, dass

735

... starke Schultern mehr tragen müssen als schwache:

Deshalb setzen wir uns insbesondere für eine Vermögenssteuer, die Einführung der

740 Finanztransaktionssteuer, die Anpassung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent, des Abgeltungssteuersatzes auf 32 Prozent und die Reform der Erbschaftssteuer ein. Die Mehreinnahmen werden wir zielgerichtet dafür verwenden, die Bildungsgerechtigkeit in
745 Bayern zu verbessern, mehr Ganztagschulen einzurichten und Betreuungsangebote für Kinder zu verbessern.

... wir gerade in Bayern mehr Steuergerechtigkeit brauchen als bisher:

750

Wir können und müssen in Bayern selbst mehr tun für die Herstellung von Steuergerechtigkeit. Wir werden sofort für eine bessere Ausstattung der Bayerischen Steuerverwaltung sorgen. Wir werden hierzu mindestens 1.000 zusätzliche

755 Betriebs-, Steuer- und Umsatzsteuersonderprüferinnen und -prüfer einstellen, damit wir endlich einen gerechten Steuervollzug in Bayern bekommen und der Ehrliche nicht länger der Dumme ist. Hinzu kommt ein konsequenter Kampf gegen Steuerhinterziehung –auch durch den Ankauf
760 von Daten über Steuerhinterziehung, die Verbesserung der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Schwarzarbeit durch personelle Aufstockungen und Schwerpunktstaatsanwaltschaften sowie die Verbesserung der Kooperation zwischen den Behörden sowie Bund und
765 Land.

Finanzpolitik für starke und leistungsfähige Kommunen

Die BayernSPD steht für starke und leistungsfähige

770 Kommunen. Neben der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer setzen wir auf mehr finanzielle Autonomie der Städte und Gemeinden in Bayern. Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich verbessern, insbesondere um die dramatische Finanzlage
775 vieler Kommunen in strukturschwachen Gebieten abzumildern und ländliche Räume besser zu berücksichtigen. Wir werden die Kürzung der bayerischen Mittel bei der Städtebauförderung zurücknehmen.

780 Auch Bayerns Kommunen müssen beim Schuldenabbau mit einbezogen werden, weshalb die kommunalen Schulden mit in eine umfassende Bestandsaufnahme der Schulden des Freistaats einfließen sollen. Wenn nur Staatsschulden getilgt werden, besteht die Gefahr, dass die Schulden in die
785 kommunalen Haushalte verlagert werden. Deshalb werden wir beim Schuldenabbau des Staates gewährleisten, dass über

einen kommunalen Entschuldungsfonds auch die Kommunen ihre Verschuldung reduzieren können.

790 **Länderfinanzausgleich und Finanzföderalismus**

Eine SPD-geführte Staatsregierung wird, anders als die CSU geradlinig bayerische Interessen vertreten, ohne jemals zu vergessen, dass der Erfolg unseres Gemeinwesens auf
795 sozialem Ausgleich beruht. Wir bekennen uns deshalb ausdrücklich zum Länderfinanzausgleich mit dem Ziel, möglichst gleiche Lebensbedingungen überall in der Bundesrepublik zu schaffen. Wirtschaftlich starke Länder wie Bayern müssen ihren solidarischen Beitrag zur Stärkung
800 der derzeit wirtschaftlich schwächeren Länder leisten.

Finanzausgleich auch innerhalb Bayerns nicht vergessen

Eine SPD-geführte Staatsregierung wird, anders als die CSU, geradlinig für einen sozialen und finanziellen Ausgleich innerhalb Bayerns und im Bund eintreten, ohne jemals zu vergessen, dass Solidarität und Selbsthilfe zwei Kehrseiten ein und derselben Medaille sind und dass ein angemessener Ausgleich zwischen Geben und Nehmen erfolgen muss.
810

CSU-Klage gegen Finanzausgleich ist Klage gegen sich selbst

Die Zahlungen Bayerns im aktuellen bis 2019 festgelegten
815 Länderfinanzausgleich sind zu hoch, der Beitrag muss reduziert werden und die Anreize für Geber- wie Nehmerländer, die Einnahmen zu verbessern, muss größer werden. Das war und ist die Position der SPD-Landtagsfraktion. In Bayern verantwortlich für den heutigen
820 Finanzausgleich ist der ehemalige CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der ihn am 26. Juni 2001 vor dem Landtag als großen Durchbruch für Bayern gefeiert hat. Horst Seehofer, Ilse Aigner, Peter Ramsauer und alle anderen CSU-Bundestagsabgeordneten
825 stimmten am 5. Juli 2001 im Bundestag zu. Deswegen ist die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eine Selbstbezeichnung der CSU und soll von der eigenen Verantwortung ablenken.

830 Eine SPD-geführte Staatsregierung wird unmittelbar nach der Landtagswahl Verhandlungen mit den anderen Bundesländern aufnehmen, mit dem Ziel, den Länderfinanzausgleich zu modernisieren und die Belastungen Bayerns zu reduzieren, ohne die Solidarität
835 aufzukündigen.

Wir werden uns dabei auch auf eine **Föderalismusreform III** drängen, die die Bund-Länder-Beziehungen und hier insbesondere den Solidaripakt, die Gemeindeverkehrs- und

840 Hochschulfinanzierung sowie die Aufteilung der
Mehrwertsteuereinnahmen zwischen Bund und Ländern auf
neue und stabile Füße stellt, das Kooperationsverbot bei der
Bildung aufhebt und die Zusammenarbeit zwischen Bund
und Ländern bei der Steuerverwaltung grundlegend
845 verbessert.

850

Wirtschaft und Land

Wirtschaftspolitik: Starke Wirtschaft – gute Arbeit – nachhaltige Entwicklung

855

Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind
Vollbeschäftigung, sichere Beschäftigung zu guten und
fairen Bedingungen, gerechte Teilhabe und Teilnahme an
den Entscheidungen in Unternehmen und an der Verteilung
860 der wirtschaftlichen Ergebnisse. Hierzu gehören für uns
insbesondere Mitbestimmung und Tarifautonomie.
Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik folgt dem Grundsatz
der Nachhaltigkeit, um die Entwicklungsgrundlagen der
gegenwärtigen und zukünftigen Generationen zu sichern,
865 Wachstum muss vom **Ressourcenverbrauch** entkoppelt
werden.

Innovation und Gute Arbeit bilden wesentliche Grundlagen
für eine nachhaltige Entwicklung und eine starke Wirtschaft.
870 Eine starke Wirtschaft mit hoher Innovationskraft wird sich
nur nachhaltig entwickeln, wenn motivierte und gut
ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter
qualitativ hochwertigen Arbeitsbedingungen hierzu ihren
Beitrag leisten können. Wir wollen diese Handlungsfelder
875 unter Einbeziehung von Gewerkschaften,
Betriebsratsgremien, kommunalen und regionalen
Gebietskörperschaften, Umweltverbänden sowie Sozial- und
Wohlfahrtsverbänden ausgestalten und uns nicht allein auf
die Kooperation mit Unternehmen, Kammern und
880 Wirtschaftsverbänden beschränken. Zukunftsorientierung
und Beteiligungsorientierung gehören für uns in der
Wirtschaftspolitik zusammen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

885

**... ein Vergabe- und Tariftreugesetz verabschieden, das
alle Auftragsvergaben des Freistaates Bayern an die
Einhaltung von Tarifverträgen bindet.**

890 **... einen gesetzlichen Mindestlohns unterstützen und sich
für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zwischen Männern**

und Frauen sowie in der Leiharbeit einsetzen.

895 ... die Energiewende nachhaltig gestalten, statt unkoordiniertes Stückwerk zu produzieren wie dies aktuell geschieht.

... Handwerk, Mittelstand und traditionelle Branchen stärken und nicht auf einseitige Konzentration und exportorientierte „Leuchtturmprojekte“ setzen.
900

... die Infrastruktur für Forschung und Bildung stärken und hier insbesondere die Zukunftsfelder wie
905 beispielsweise Klimawandel und demografische Entwicklung fördern, anstatt an alten Strukturen festzuhalten.

... mit Blick auf die Automobilindustrie eine
910 Landesinitiative für Mobilität starten, die sich mit künftigen Anforderungen an Mobilität befasst.

... die Regionen stärken, damit überall gleichwertige Lebensverhältnisse möglich sind.

915

Nachhaltigkeit ist keine leere Floskel

Wir wollen gleichermaßen die Entwicklungsgrundlagen der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen erhalten und
920 verbessern. Dies ist nur auf der Basis eines qualitativ orientierten Wachstums möglich, das durch Innovation, Ressourcenschonung und -effizienz, soziale Verantwortung und Gerechtigkeit sowie Gute Arbeit geprägt ist. Wir setzen hierbei auf die Effizienzpotenziale von Märkten, halten aber
925 staatliche Regulierung zur Setzung von Rahmenbedingungen und Förderung von spezifischen Wachstumszielen für unverzichtbar. Zu diesen erforderlichen Rahmenbedingungen zählen für uns auch die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Mitbestimmung und die Tarifautonomie.

930

Exzesse bei Gehältern, Bonifikationen und Abfindungen widersprechen dem Grundsatz einer nachhaltigen Wirtschaft. Wir begrenzen sie durch wirksame Regelungen.

935 **Wirtschaftspolitik ist überall**

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik versteht sich bewusst nicht als verengte Ressortaufgabe. Zur Erreichung unserer grundsätzlichen Ziele verfolgen wir einen übergreifenden
940 Ansatz der Verknüpfung von Bildungs-, Hochschul-, Forschungs-, Sozial-, Arbeitsmarkt-, Umwelt- sowie Steuerpolitik. Dieser übergreifende Ansatz beinhaltet auch eine Verbindung von Zielen und Handeln zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Die Anforderungen der
945 Energiewende veranschaulichen diese Notwendigkeit

deutlich.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist demokratisch

950 Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist eingebunden in einen Prozess demokratischer Teilhabe, den wir auch institutionalisieren wollen. Dies schließt ausdrücklich Gewerkschaften, Betriebsräte, Organisationen der Zivilgesellschaft wie beispielsweise Umweltverbände,
955 Wohlfahrts- und Sozialverbände, sowie regionale Gebietskörperschaften mit ein. Wir suchen den konstruktiven Dialog mit Betrieben, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Kammern und setzen auf eine Kooperation im Sinne nachhaltiger Entwicklung, die dem hohen Stellenwert
960 unternehmerischer Leistung als Teil einer nachhaltigen Entwicklung gerecht wird.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in Bayern steht für

965 ... Beteiligungsorientierung durch die Einbeziehung von Gewerkschaften, Betriebsräten, kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie Umweltorganisationen und Sozial- und Wohlfahrtsverbänden. Wir gehen damit über die
970 Kooperation mit Wirtschaftsverbänden, Kammern und Unternehmen hinaus.

... Arbeitsorientierung zur Gestaltung Guter Arbeit bei der Bewältigung des strukturellen Wandels.

975 ... Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftsorientierung zur Gestaltung der Innovation und hierfür erforderlicher Kompetenzen.

980 ... Regionalorientierung zur Gestaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern.

... Mittelstandsorientierung zur Sicherung und Stärkung wesentlicher Grundlagen für innovative Wertschöpfung und

985 Beschäftigung .

Die Grundlagen: Gute Arbeit und Innovation

Innovationen und Gute Arbeit bilden wesentliche
990 Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung und eine starke Wirtschaft. Hierfür sind eine qualitativ hochwertige Bildung und Ausbildung sowie eine leistungsfähige Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur entscheidende Faktoren, um Innovationen zu sichern. Bayern kann hier auf große Stärken
995 aufbauen. Dies gilt vor allem für die Kreativität und das Engagement von Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Innovations- und Forschungsförderung nicht nur für 1000Leuchttürme

Die Innovations- und Forschungsförderung darf allerdings in der Zukunft nicht auf exportorientierte Leuchttürme konzentriert bleiben. Es gilt auch „alte Branchen“ einzubeziehen wie beispielsweise die Glasindustrie, Porzellanindustrie oder auch Gießereien, die für Wertschöpfungsketten und nachhaltige Innovationen unverzichtbar sind.

1010Die Ausrichtung und Organisation der Forschung an den Hochschulen muss deshalb die Innovationserfordernisse dieser Branchen mit berücksichtigen und Zugangsbarrieren für mittelständische Unternehmen beseitigen. Zusätzlich müssen übergreifende Herausforderungen stärker in den Fokus von Hochschulforschung rücken. Dies betrifft vor allem den Klimawandel, die Energiewende, die Gestaltung von Arbeitsorganisation und -bedingungen, den demografischen Wandel sowie die Gleichstellung der Geschlechter.

1020

Bayern fällt zurück

Innovation und Forschung bleiben eine zentrale Zukunftsaufgabe. Dies gilt umso mehr, als der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttoinlandprodukt in Bayern mit knapp drei Prozent deutlich hinter andere Bundesländer zurückgefallen ist. In Bayern stagniert dieser Anteil seit den 90er Jahren. Das gefährdet Zukunftschancen. Wir wollen hier durch eine effektivere Forschungs- und Technologieförderung umsteuern.

Ohne gute Arbeit keine Entwicklung

1035Gute Arbeit sehen wir als Voraussetzung und Ziel für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Wir brauchen neue Ansätze – auch bei der Gestaltung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Besonderes Augenmerk richten wir auf die Auseinanderentwicklung der sozialen Qualität von Arbeit. Die Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse sowie ein wachsender Niedriglohnsektor stehen unserem Leitbild von Guter Arbeit entgegen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik steht für die Wertschätzung von Arbeit als Grundlage für gesellschaftlichen Wohlstand und soziale Teilhabe. Wir wissen: Eine starke Wirtschaft mit hoher Innovationskraft wird sich nur nachhaltig entwickeln, wenn motivierte und gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter qualitativ hochwertigen Arbeitsbedingungen hierzu ihren Beitrag leisten können.

Ja zum Mindestlohn, Ja zur Mitbestimmung, Ja zur Gleichstellung

1055Deshalb befürworten wir einen gesetzlichen Mindestlohn,
das Prinzip des gleichen Lohns für gleich(wertig)e Arbeit für
Frauen und Männer ebenso wie in der Leiharbeit, sowie die
Mitbestimmung und die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen
und Arbeitnehmer. Wir treten für die tarifliche Bindung von
1060Arbeitsverhältnissen ein, die eine materielle Teilhabe an der
Entwicklung von Produktivität und Wachstum gewährleistet.
Ein wesentlicher Schritt hierzu wird ein Bayerisches
Vergabe- und Tariftreuegesetz sein, mit dem wir die Vergabe
öffentlicher Aufträge des Freistaates Bayern an die
1065Einhaltung tariflicher Normen binden werden. Damit wollen
wir gleichzeitig wesentliche Voraussetzungen dafür schaffen,
die zweifellos vorhandene Geschlechterdiskriminierung von
Frauen zu beseitigen. Unser Leitbild von Arbeit umfasst eine
gerechte Teilung von Entwicklungschancen und
1070Verantwortung im Beruf und in der Familie für Frauen und
Männer. Dies ist die Voraussetzung für eine wirkliche
Wahlfreiheit.

Familienfreundliche Arbeitswelt

1075
Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und dem
kaum vorhandenen, aber gerade von der Wirtschaft
beschworenen, sogenannten Fachkräftemangel liegt es in
deren Eigennutzen, eine familienfreundliche Arbeitswelt zu
1080schaffen und damit die Attraktivität des eigenen
Unternehmens zu steigern. Eine familienfreundliche
Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort sowie
familienunterstützende Dienstleistungen verschaffen den
Unternehmen letztlich einen ökonomischen Nutzen.

1085
Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nimmt neben
Gehaltsfragen inzwischen eine zentrale Stellung bei der
Wahl des Arbeitgebers ein. Zudem ergeben sich für die
Unternehmen vielfältige Wettbewerbsvorteile: Sie sparen
1090Kosten durch eine geringere Mitarbeiterfluktuation und
profitieren durch eine höhere Mitarbeiterbindung länger vom
Know-How der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Pflegefreundliche Arbeitswelt

1095
Wir fordern die bayerische Wirtschaft auf, sich bei
personalpolitischen Entscheidungen an den unterschiedlichen
Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern
zu orientieren. Ebenso müssen familiäre Verpflichtungen
1100ihrer Beschäftigten stärker berücksichtigt werden. Ein
partnerschaftliches Miteinander bei der Übernahme
familiärer Aufgaben betrifft auch Angebote für
Pflegebedürftige und für pflegende Angehörige. Wie bei der
Kinderbetreuung kommt es auch dabei maßgeblich auf

1105familienfreundliche Arbeitsverhältnisse an. Den Unternehmen kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Es liegt in ihrer Verantwortung, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die ein ausgewogenes Miteinander von Beruf und Familie ermöglichen und Aufstiegschancen, insbesondere 1110von Frauen, gewährleisten.

Die 15 konkreten Schritte des sozialdemokratischen Wegs – unsere Projekte

1115Wir wissen um die verschiedenen wirtschaftlichen Qualitäten Bayerns, etwa in den Bereichen der Chemie, der Elektronik und Elektrik, des Maschinenbaus, der Textilindustrie und Automatisierungstechnik und vieler mehr. In der vielfältigen bayerischen Wirtschaftslandschaft ist es wichtig, konkrete 1120Antworten zu haben, die auf die jeweiligen Felder zugeschnitten sind:

1: Energiewende nachhaltig gestalten und vorantreiben

1125Die Energiewende benötigt eine klare Zielsetzung und Beschleunigung. Hierbei gilt der Grundsatz: So viel Dezentralität wie möglich und so viel Zentralität wie nötig. Der Energiewende fehlen im Bund wie im Freistaat Bayern eine geordnete strukturierte Koordination und ein 1130planerischer Rahmen. Wir werden einen abgestimmten Masterplan entwickeln, der die notwendigen Verknüpfungen zwischen den Kommunen, dem Land und dem Bund beinhaltet.

1135Hierbei werden wir die hohen Potenziale von dezentralen Versorgungsstrukturen nutzen und gleichzeitig eine ausreichende Bereitstellung von Kapazitäten für die Grundlastversorgung sichern. Darüber hinaus bleiben die Erhöhung der Energieeffizienz, die energetische 1140Gebäudesanierung sowie die Einsparung von Energie zentrale Bestandteile der Energiewende.

Hierzu werden wir spezifische Förderprogramme mit Hilfe der staatlichen Banken initiieren. Nachhaltigkeit, 1145Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sind unsere Zielgrößen für die Energiewende. Eine sozial gerechte Verteilung der finanziellen Belastungen ist für uns eine unverzichtbare Anforderung der Energiewende.

1150Wir werden die Energiewende ebenfalls als Katalysator für innovative Wertschöpfung in Industrie, Handwerk und Dienstleistungen nutzen. Wir sind davon überzeugt: Die mit der Energiewende verbundenen Technologien und Innovationen schaffen eine nachhaltige Basis für 1155Wertschöpfung und Beschäftigung mit hohem Wachstumspotenzial.

2: Forschung stärken

1160 Wir werden die Forschungspolitik im Dialog von
Wissenschaft, Staat und Wirtschaft durch die klare
Benennung künftiger Förderschwerpunkte weiter entwickeln.
Unser Ziel ist es, die Vernetzung von Wissenschaft und
Unternehmen – insbesondere für den Mittelstand – zu
1165 verbessern und hierfür die Hochschulinfrastruktur in den
Regionen zu ergänzen. Dabei wollen wir das
Ungleichgewicht der Verteilung von Forschungs- und
Entwicklungskapazitäten in den Regionen abbauen. Ein
weiterer Bestandteil der Weiterentwicklung ist die
1170 Verankerung übergreifender Schwerpunkte der Forschung
zum Klimawandel, zum demografischen Wandel, zur
Energiewende, zur Gleichstellung und zur Zukunft der
Arbeit.

11753: Fachkräftebedarf decken, Potenziale entwickeln, Lebenschancen sichern

Die Alterung der Gesellschaft stellt uns vor die
Herausforderung, auch in der Zukunft den Bedarf an
1180 Fachkräften zu sichern. Deshalb steht fest: Wir können und
dürfen uns nicht mehr länger leisten, junge Menschen im
Bildungssystem scheitern oder unter ihren tatsächlichen
Möglichkeiten zu lassen. Das System der dualen
Berufsausbildung ist hierfür ein wesentlicher Baustein, der
1185 Jugendlichen einen zukunftsorientierten Einstieg in das
Erwerbsleben bietet und gleichzeitig die erforderlichen
Fachqualifikationen und Kompetenzen für die Unternehmen
sichert. Deshalb halten wir am Berufskonzept des dualen
Systems fest.

1190
Durch eine neue Bildungspolitik, zum Beispiel durch die
Einführung der Gemeinschaftsschule und die Stärkung der
individuellen Förderung der Kinder, wollen wir die Zahl der
Schulabbrüche deutlich reduzieren. Wir werden akademische
1195 und berufliche Ausbildung nicht gegeneinander ausspielen,
sondern nicht nur die abgeschafften Studiengebühren
gegenfinanzieren, sondern auch für eine Entlastung im
Sektor der beruflichen Aus- und Weiterbildung, insbesondere
bei der Meisterprüfung, sorgen. Unser Ziel: Soziale und
1200 wirtschaftliche Barrieren für bessere Bildungsabschlüsse
überall dort abbauen, wo sie Durchlässigkeit und Aufstieg
entgegenstehen. Durch eine Verbesserung der
Studienbedingungen wollen wir eine Reduzierung der
Studienabbrüche erreichen.

1205
Ein Umdenken ist aber auch im Umgang mit älteren
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefordert. Die
Entwicklung von alterns- und altersgerechten
Arbeitsbedingungen und Berufsverläufen ist als Antwort auf
1210 den demografischen Wandel dringend erforderlich. Hierzu

gehört die kontinuierliche Weiterqualifikation während des gesamten Arbeitslebens. In einem Weiterbildungsgesetz wollen wir mit Transparenz, Qualitätsstandards, Freistellungs- und Finanzierungsregelungen die Grundlagen 1215 dafür schaffen. Wir werden die Infrastruktur für berufsbegleitendes Lernen ausbauen und auch den Weiterbildungsauftrag der Hochschulen hierfür nutzen.

4: Gleichstellung vorantreiben – Frauen in 1220 Führungspositionen

Die Gleichstellung von Frauen im Beruf hängt von vielen Bedingungen ab. Sie wird wirksam durch die Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen gefördert. Deshalb 1225 befürworten wir eine Quote von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten von 50 Prozent. Sowohl im öffentlichen Dienst als auch bei den Gesellschaften, an denen der Freistaat beteiligt ist, wirken wir auf die Erfüllung der 50-Prozent-Quote hin. Der Freistaat Bayern muss seiner 1230 Vorbildfunktion gerecht werden und im öffentlichen Dienst endlich mehr Frauen in Führungsverantwortung bringen.

5: Stärkung von Handwerk und Mittelstand

1235 Handwerk und Mittelstand sind tragende Säulen der bayerischen Wirtschaft, die für ein dichtes Netz von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sorgen und für wirtschaftliche Entwicklungschancen in den Regionen stehen. Wir werden die einzelbetriebliche Beratung mittelständischer 1240 Unternehmen ausbauen und Kooperationen sowie Netzwerke fördern. Gemeinsam und ergänzend zu den Angeboten der Kammern werden wir Unternehmen bei der Verbesserung der Organisation, dem Zugang zur Finanzierung, der Anpassung von Unternehmensstrategien und 1245 Geschäftsmodellen an veränderte Märkte sowie Qualifizierung der Arbeitnehmer und dem Zugang zu Forschungseinrichtungen unterstützen. Wir treten außerdem ein für mittelstandsfreundliche Basel III-Regeln.

12506: Existenzgründungen fördern

Wir werden Existenzgründungen gezielt fördern und die Bereitstellung von Wagniskapital für junge Unternehmen verbessern. Hierzu werden wir eine einmalige 1255 Anschubfinanzierung für einen neu zu errichtenden Wagniskapitalfonds bereitstellen, der von öffentlichen und genossenschaftlichen Banken getragen wird. Zusätzlich werden die Fördermöglichkeiten der LfA-Förderbank Bayern und der KfW Mittelstandbank gebündelt 1260 und potenziellen Kreditnehmern gemeinsam angeboten. Besonders unterstützen wollen wir die Existenzgründung von Frauen.

7: Umbau der Landesbank zur Landesentwicklungs- und Mittelstandsbank

Wir wollen die Bayerische Landesbank (BayernLB) nach dem Vorbild der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu einer Bank für die Landesentwicklung und den Mittelstand umbauen. In Zusammenarbeit mit den Sparkassen wollen wir insbesondere für den Mittelstand den Zugang zu Finanzierungen für Investitionen erleichtern. Die Bayerische Landesbank braucht wieder einen klaren Auftrag als Finanzdienstleister für mittelständische Unternehmen und Kommunen. Eine Privatisierung der BayernLB lehnen wir deshalb ab.

8: Die Automobilindustrie der Zukunft gestalten

Die Automobilindustrie in Bayern ist stark, steht aber auch vor schwer wiegenden Herausforderungen. Deshalb werden wir eine Landesagentur für Elektromobilität einrichten und in eine Landesinitiative für Mobilität folgende Handlungsfelder einbeziehen: Anforderungen an nachhaltige Mobilität, Auswirkungen technologischer Veränderungen auf die Arbeit und die Arbeitsbedingungen in der Automobil- und der Zulieferindustrie, Veränderungen von Wertschöpfungsketten, Infrastruktur sowie die erforderliche Vernetzung der Verkehrsträger.

1290

9: Neue Chancen für traditionelle Industrien

Traditionelle Industrien wie zum Beispiel Glas, Porzellan, Textil und Gießereien sind wesentliche Innovations- und Beschäftigungsträger für die bayerischen Regionen. Deshalb werden wir diese Branchen verstärkt in die Industrie- und Strukturpolitik einbeziehen, um deren Entwicklungspotenzial zu stärken. Wir setzen uns hiermit bewusst von einer Konzentration auf vermeintliche Leuchttürme ab, für die die Politik der gegenwärtigen Staatsregierung steht.

10: Wachstumschancen der Sozialwirtschaft fördern und nutzen

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft gehört zu den am stärksten wachsenden Branchen in Bayern. Wir werden durch einen bedarfsgerechten Ausbau von Betreuung, Pflege und Gesundheitsversorgung die Innovations- und Beschäftigungschancen dieser Branche nutzen und gleichzeitig die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Blick haben. Zusätzlich sehen wir auch Entwicklungspotenzial für technische und organisatorische Innovationen – zum Beispiel eine verbesserte Zusammenarbeit von ambulanten und stationären Versorgungseinrichtungen oder technische Hilfsmittel zur Unterstützung in der Pflege. Die Sozial- und

Gesundheitswirtschaft wird somit zu einem Handlungsfeld der bayerischen Wirtschaftspolitik mit wachsender Bedeutung, das auch zur Verbesserung der Lebensqualität beiträgt.

11: Die Kultur- und Kreativwirtschaft ausbauen

Die Kultur- und Kreativwirtschaft bietet in Bayern hohe Wachstumspotenziale. Sie hat einen besonderen Stellenwert für die Lebensqualität, bietet attraktive Arbeitsbedingungen und ist damit Innovations- und Wachstumsträgerin, die zu Unrecht vernachlässigt und unterschätzt wird. Deshalb werden wir die öffentlich-kulturelle Infrastruktur in allen Regionen Bayerns kontinuierlich und verlässlich fördern, sowie die Ausbildungs- und Wissenschafts- und Forschungsstruktur für die Kultur- und Kreativwirtschaft stärken.

12: Regionen stärken und gleichwertige Lebensverhältnisse entwickeln

Das Ungleichgewicht zwischen den bayerischen Regionen muss in das Zentrum der Landesentwicklungsplanung gerückt werden. Wir werden die Landesplanung als Staatsaufgabe gesetzlich festschreiben und ein neues Landesentwicklungsprogramm vorlegen. Dieses neue Landesentwicklungsprogramm wird nicht wie der Entwurf der Staatsregierung der alleinigen Prämisse der Deregulierung folgen, sondern der optimalen Zweckerfüllung zur geregelten Entwicklung Bayerns. Es wird in einem umfassenden Beteiligungsprozess der Öffentlichkeit und der Träger der betroffenen Belange erstellt werden und den Herausforderungen Bayerns durch demographischen Wandel, Metropolisierungstendenzen, Bevölkerungsverschiebungen, Energiewende und Klimawandel gerecht werden. Gerechtigkeit hat auch eine räumliche Dimension. Deshalb lehnen wir die von der gegenwärtigen Staatsregierung zu verantwortende Konzentration auf die Metropolen ab. Wir werden die Verlagerung von Gestaltungsmöglichkeiten auf die Regionen vornehmen und Regionalbudgets zur unbürokratischen und maßgeschneiderten Wirtschaftsförderung schaffen.

13: Nah- und Regionalverkehr ausbauen

Der Nah- und Regionalverkehr in Bayern benötigt dringend einen Ausbau. Hierzu zählen zum einen viel zu lange aufgeschobene Großprojekte wie beispielsweise die Erschließung des „Chemiedreiecks“, als auch leistungsfähigere und zuverlässigere Verbindungen. Hierzu werden wir offensiv an die Deutsche Bahn AG sowie die weiteren Anbieter herantreten, um diese zu einer

1370 Verbesserung dieser Verbindungen zu bewegen

14: Standorte und Lebensqualität durch soziale Infrastruktur sichern – Kommunale Unternehmen stärken

1375

Eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur ist ein notwendiger Bestandteil nachhaltiger Entwicklung. Sie fördert wirtschaftliche Wachstumschancen und soziale Teilhabemöglichkeiten. Einen besonderen Stellenwert haben

1380 hierbei Kinderbetreuung, Pflege, Bildung und Schule,

Gesundheitsversorgung, Kultur, Sport und verfügbarer, bezahlbarer Wohnraum. Kommunale Unternehmen haben in diesem Zusammenhang mit ihrem Auftrag zur Daseinsvorsorge einen hohen Stellenwert. Deshalb wollen

1385 wir sie stärken und wo es möglich ist bestehende

Einschränkungen bei Vergabeverfahren und zugelassenen Tätigkeitsfeldern sowie Unternehmensstrukturen beseitigen.

15: Tourismus

1390

Der Tourismus in Bayern stellt mit seinem Potenzial einen bedeutenden Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung, der auf positive Wachstumschancen blicken kann. Dies ist vor allem auf steigende Trends zum „Urlaub in Deutschland“

1395 sowie zum Gesundheitstourismus zurückzuführen, die beide

durch den demografischen Wandel gefördert werden. Dieser Wandel erfordert eine zukunftsorientierte Tourismusstrategie für Bayern, die Schwerpunkte räumlich und inhaltlich koordiniert, um auf veränderte Bedürfnisse eingehen und die

1400 touristischen Angebote anpassen zu können. Darüber hinaus

müssen touristische Infrastruktur und Angebote umweltverträglich gestaltet werden. Naturräume dürfen nicht rücksichtslos der touristischen Nutzung zugänglich gemacht werden. Auch hier ist Nachhaltigkeit oberstes Gebot. Eine

1405 sozialdemokratisch geführte Staatsregierung wird deshalb

endlich eine nachhaltige Tourismusstrategie entwickeln, die Wachstumschancen nutzt und ökologischen Erfordernissen Rechnung trägt.

1410

1415

1420

1425 Infrastrukturpolitik: Für unsere Heimat, für unseren Wohlstand, für unsere Wirtschaft

Bayern ist ein modernes Industrie- und Dienstleistungsland sowie Drehkreuz des europäischen Personen- und
1430 Güterverkehrs. Gut ausgebaute Verkehrswege erschließen Räume, eröffnen Märkte und gewähren Mobilität. Gute Versorgungs- und Mobilitätsinfrastruktur sind wesentliche Bedingung dafür, dass alle Regionen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungschancen haben. Deshalb
1435 brauchen wir in Bayern eine leistungsfähige Infrastruktur, um unseren Lebensstandard zu sichern und auch künftig wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Wir werden daher insbesondere den ländlichen Raum besser
1440 vernetzen und an die Ballungszentren anschließen. Dafür brauchen wir neben einem attraktiven, umweltschonenden öffentlichen Nahverkehr auch eine gute Breitbandinfrastruktur. Unser Ziel sind mindestens 50 MBit in jedem Betrieb und Haushalt bis 2020 und 100 MBit
1445 flächendeckend bis 2030.

Wir nehmen die Menschen und ihre Befürchtungen ernst und planen nicht gegen sie, sondern mit ihnen. Unsere Planungen stellen wir von Anfang an ökologisch und ökonomisch auf
1450 den Prüfstand. Zusammen mit den Partnern vor Ort setzen wir nur wirklich sinnvolle Projekte um. Das alles setzt ein neues Denken bei allen Akteuren voraus. Daran wollen wir arbeiten.

1455 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

... nur nach objektiven Kriterien entscheiden, welche Projekte wir zuerst realisieren.

1460 **... die Donau sanft schiffbar machen, aber den staustufengestützten Ausbau ablehnen.**

... gerade bei Großprojekten die Bürgerinnen und Bürger, die kommunalen Unternehmen, Kammern sowie
1465 **Umweltverbände rechtzeitig und umfassend an der Planung beteiligen. Das erhöht die Akzeptanz der Vorhaben, die so schneller und günstiger realisiert werden können.**

1470 **... für die Schiene eine „Ausbauoffensive Nah- und Regionalverkehr 2020“ starten.**

... bei Verkehrsprojekten dem Lärmschutz und der Barrierefreiheit oberste Priorität einräumen.
1475

... mit dem Sonderprogramm „Barrierefreies Bayern“ bis 2023 mindestens 200 Millionen Euro bereitstellen.

**... den Grundsatz Erhalt und Ausbau vor Neubau
1480beherzigen sowie dem Schutz der Menschen und der Umwelt vor jeglichen Emissionen Vorrang geben.**

... eine LKW-Maut auf allen Bundes-, Staats- und Kommunalstraßen anstoßen.

1485

... die PKW-Maut ablehnen, da sie vor allem die Pendlerinnen und Pendler im ländlichen Raum trifft und nachweislich keine ökologische Lenkungswirkung besitzt.

1490Bürgerbeteiligung stärken

Gerade bei Großprojekten werden wir die betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, die kommunalen Entscheidungsträger, die beteiligten Unternehmen, die
1495Kammern sowie die Naturschutz- und Umweltverbände frühzeitig an den Planungen beteiligen. Fachgespräche, Bürgerkonferenzen, Planungsdialoge oder Bürgergutachten werden dabei helfen. Wir sind uns sicher: Dies erhöht die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten und ermöglicht eine
1500schnellere Realisierung. Darüber hinaus kann es zu wirtschaftlich günstigeren Lösungen kommen, weil Alternativen frühzeitig diskutiert, Streitigkeiten schon im Vorfeld aus dem Weg geräumt und kostspielige Mehrplanungen vermieden werden. Dazu brauchen wir aber
1505auch auf Kommunal- und Landesebene Bürger- und Volksentscheide.

Darüber hinaus werden wir Bürgerbeteiligung auch dann zulassen, wenn sie bayernweit relevante Infrastrukturprojekte
1510betreffen. Die Kosten der Bürgerbeteiligung sind dabei fester Bestandteil der Planung.

Wir streben an, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger von Bürgeranwälten moderiert werden. Denn wir planen mit
1515den Menschen, nicht gegen sie.

Infrastruktur ist Grundlage von Stadt- und regionaler Entwicklung

1520Für uns ist Infrastrukturpolitik staatliche Daseinsvorsorge. Dabei muss Infrastruktur neu gebaut, ausgebaut und erhalten, sowie ihr Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger sinnvoll gestaltet werden.

1525Wir treffen infrastrukturpolitische Entscheidungen nach dem verfassungsgemäßen Grundsatz, gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern herzustellen – auf dem Land und in der Stadt, im Norden und Süden, Osten und Westen.

Der Wohnort darf keinen Nachteil für Arbeit, Alltag und Freizeit darstellen. Mindeststandards der Erreichbarkeit müssen wir überall, auch im ländlichen Raum, gewährleisten.

Erhalt vor Neubau

Wir entscheiden nach transparenten und objektiven Kriterien, welche Projekte zuerst angegangen werden. Ausschlaggebend sind Faktoren wie Bedarf, Verkehrsaufkommen, Nutzen und Umweltverträglichkeit. Die finanziellen Mittel, die uns für Infrastruktur zur Verfügung stehen, sind begrenzt und daher effektiv einzusetzen. Es gilt der Grundsatz: Erhalt vor Neubau.

Planung aus einem Guss

Wir fordern zusammen mit der BundesSPD eine neue Bundesverkehrswegeplanung, die sich nicht an einem Länderschlüssel orientiert, sondern an Bedarf und Wichtigkeit: 80 Prozent des Budgets werden für überregional wichtige Projekte, 20 Prozent regional gebunden.

1550

Wir werden eine Verkehrspolitik „aus einem Guss“ erarbeiten. Wir müssen die Kompetenzen in den Ministerien bündeln und eindeutige Zuständigkeiten schaffen, die eine zielgerichtete Infrastrukturpolitik ermöglichen.

1555

Für barrierefreie und nachhaltige Mobilität

Wir wollen eine barrierefreie Beförderung für alle gewährleisten – und zwar über die gesamte Reisekette. Die Erneuerung der Infrastruktur spielt dabei eine wichtige Rolle. Doch auch bei Fahrzeugneubeschaffungen muss ausnahmslos für Barrierefreiheit gesorgt werden. Die Kürzung der Landesfördersätze bis zu 50 Prozent für Busneubeschaffungen korrigieren wir und bringen sie auf den alten Stand. Mit einem Sonderprogramm „Barrierefreies Bayern“ werden wir in den kommenden zehn Jahren mindestens 200 Millionen Euro für die rund 1.000 bayerischen Bahnhöfe bereitstellen.

Alternative Antriebstechniken machen mobil

Damit wir Mobilität langfristig sichern, brauchen wir hoch effiziente Fahrzeuge, die mit alternativen Energien betrieben werden. Deshalb werden wir Modellprojekte für Elektro- und Hybridautos in Bayern stärken und so die Abhängigkeit von Erdöl sowie den CO₂-Ausstoß, lokale Schadstoffemissionen und Lärm reduzieren.

Verkehrsinfrastruktur in Bayern voranbringen

1580

Wir müssen mehr Menschen und mehr Güter auf die

umweltfreundliche Schiene bringen. Um einen attraktiven und umweltschonenden Personennah- und Fernverkehr zu bieten, sowie das prognostizierte steigende 1585 Güterverkehrsaufkommen zu bewältigen, braucht es gut ausgebaute, zuverlässige und leistungsfähige Schienennetze. Deshalb werden wir eine „Ausbauoffensive Nah- und Regionalverkehr 2020“ initiieren. Dabei hat der Lärmschutz oberste Priorität.

1590

Wir wollen den Ausbau für den notwendigen Zulauf zum von Österreich und Italien geplanten Brennerbasistunnel zwischen München und Rosenheim sowie insbesondere zwischen Rosenheim und Kiefersfelden weiter vorantreiben.

1595 Dabei setzen wir uns für den bestmöglichen Lärmschutz für die Anwohner ein.

Wir setzen uns für den Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke München – Mühldorf – Freilassing ein, denn 1600 aufgrund der prognostizierten erheblichen Steigerung des Güterverkehrs im bayerischen Chemiedreieck ist dessen Anbindung an das nationale und internationale Schienennetz von wesentlicher Bedeutung.

1605 Die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale ist für die Metropolregion Nürnberg wichtig und dringend notwendig. Außerdem brauchen wir eine Verbesserung der Schienenverbindung Nürnberg – Prag / Dresden. Die Elektrifizierung zwischen Hof und Regensburg ist 1610 unerlässlich, um die bestehenden Kapazitätsengpässe zu bewältigen.

Der weitere Aus- und Neubau des Verkehrsprojekts 8.1 Deutsche Einheit Schiene hat in allen Abschnitten höchste 1615 Priorität. Wir brauchen eine leistungsstarke und schnelle Verbindung zwischen der Landeshauptstadt München und der Bundeshauptstadt Berlin. Dabei spielt auch der Güterzugtunnel Fürth eine wichtige Rolle.

1620 Die 2. Stammstrecke in München ist das Herzstück eines zukunftsfähigen Nahverkehrs in München und ganz Südbayern. Sie ermöglicht einen dringend notwendigen Netzausbau, gerade auch der S-Bahn-Außenäste, Taktverdichtungen und verbesserte Pünktlichkeit. Der 1625 Erdinger Ringschluss mit Walpertskirchner Spange und Neufahrner Kurve ist notwendig, um den steigenden Verkehr im Flughafenumland aufzufangen. Wir treten für eine umsteigefreie Anbindung des Flughafens München an den Schienenfernverkehr sowie für eine Flughafenanbindung 1630 Mühldorf – Salzburg ein.

Für die Großräume Nürnberg-Fürth-Erlangen und Augsburg wollen wir eine Stadt-Umland-Bahn bzw. einen S-Bahn-

1635ähnlichen Verkehr umsetzen.

Auf der Aus- und Neubaustrecke Stuttgart – Ulm – Augsburg erhöhen wir die Geschwindigkeit und bauen ein drittes Gleis zwischen Neu-Ulm und Neuoffingen.

1640

Viele bayerische Eisenbahnbrücken sind in einem maroden Zustand. Ihre Finanzierung wollen wir im Bundeshaushalt sicherstellen.

1645Bis 2015 werden etwa die Hälfte aller Zugkilometer im bayerischen Schienennetz öffentlich ausgeschrieben und dann im Wettbewerb gefahren. Bis 2023 sollen alle Leistungen im Wettbewerb vergeben sein. Der ausgehandelte Branchentarifvertrag in der Bahnbranche wird von uns als repräsentativer Tarifvertrag für die Ausschreibungen im SPNV in Bayern zu Grunde gelegt.

Straßen: Erhalt und Ausbau vor Neubau

1655Autobahnen sind wichtige Verkehrsadern für den Verkehr in Bayern. Für uns gilt auch hier: Erhalt und Ausbau vor Neubau sowie der Schutz der Menschen und der Umwelt vor Emissionen jeglicher Art haben Priorität.

1660Den 173 Kilometer langen Abschnitt der A3 zwischen Aschaffenburg und Nürnberg, einen der wichtigsten Verkehrswege Nordbayerns, wollen wir sechsstreifig ausbauen.

1665Die A 6 Heilbronn-Nürnberg ist für den grenzüberschreitenden Verkehr nach Osteuropa sehr wichtig. Deshalb sind wir für den sechsstreifigen Ausbau des 88 Kilometer langen Abschnitts zwischen der Landesgrenze Baden-Württemberg/Bayern und Nürnberg.

1670

Ein sechsspuriger (+2) Ausbau der A 8 auf der überlasteten Achse Ulm – Augsburg (– München) muss zügig umgesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir einen moderaten, der Umwelt angepassten Ausbau bis zur Grenze nach Österreich.

1675

Wir bekennen uns zum geplanten Bau der A94. Sie gewährleistet die Anbindung des Chemiedreiecks an den Flughafen München sowie an das überregionale Autobahnnetz. Wir sehen sowohl die Mobilitätsvorteile für die Region als auch die Bedenken vieler Anwohner und wollen uns im Rahmen des rechtlich Möglichen für eine weitgehende Entlastung der Betroffenen einsetzen.

Auf den Bundesstraßen besteht insbesondere bei den Strecken nach Ostdeutschland und Osteuropa dringender Handlungsbedarf.

Die bayerischen Staatsstraßen sind zum Sanierungsfall verkommen. Wir treten für eine verstetigte Mittelausstattung 1690im Staatshaushalt ein. Auch hier folgen wir dem Grundsatz: Erhalt vor Neubau.

Für die bayerischen Ortsumfahrungen plädieren wir für ein Sonderprogramm auf Bundesebene mit einer Aufstellung der 1695Dringlichkeit nach objektiven Kriterien.

Wir lehnen Gigaliner, also bis zu 25 Meter lange und 40 Tonnen schwere LKW, auf Bayerns Straßen ab. Diese widersprechen unserer Überzeugung, den Güterverkehr von 1700der Straße soweit möglich auf die Schiene zu verlagern.

Starker Öffentlicher Personennahverkehr

Wir wollen die bayerischen Dörfer, Märkte und kleineren 1705Städte an die Ballungszentren anschließen und den ländlichen Raum besser vernetzen. Dafür brauchen wir einen stark ausgebauten, attraktiven, umweltschonenden öffentlichen Nahverkehr zu erschwinglichen Preisen.

1710Unser Ziel ist die Stadt der kurzen Wege: Jeder muss sich schnell und unkompliziert bewegen können – egal ob Berufstätige, Familien, Kinder und Jugendliche oder Senioren. Dafür wollen wir neben Bus und Bahn auch mehr öffentliche Fahrräder, elektrische PKW, Carsharing, und 1715Mitfahrgelegenheiten bereitstellen.

Wir wollen die Wiedereinführung der eigenständigen Busförderung, wie 2006, als effiziente Maßnahme des Klimaschutzes, wie auch als regionalpolitische Maßnahme.

1720

Wir bekennen uns zu den Flughäfen Nürnberg und München. Das Ergebnis des Bürgerentscheids zur 3. Start- und Landebahn erkennen wir ausdrücklich an. Die Subventionen für Regionalflughäfen müssen wir grundsätzlich überdenken.

1725

Die Zahl der Güter- und Personenschiffe auf dem Main-Donau-Kanal wächst stetig. Wir wollen die Donau sanft schiffbar machen, lehnen ihren staustufengestützten Ausbau aber ab.

1730

Aus Umwelt-, Gesundheits-, Tourismus-, und Lärmschutzgründen wollen wir das Fahrradfahren weiter fördern. Wir werden die Kilometerzahl der ausgebauten Fahrradwege in der Stadt und auf dem Land spürbar erhöhen.

1735Von einer fahrradfreundlichen Gestaltung der Straßen, beispielsweise durch Radspuren an großen Straßen oder reduzierter Geschwindigkeit in Ortschaften, profitieren letztlich alle Verkehrsteilnehmenden. Für das Radwegenetz an Staatsstraßen schaffen wir einen eigenen Haushaltstitel.

1740Die Schnittstellen zum Öffentlichen Verkehr haben wir im

Blick.

Die Kommunikationsinfrastruktur voranbringen

1745 Funktionierende Breitbandinfrastruktur, mobil und stationär, bedeutet Teilhabe an Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur und ist damit längst sowohl Teil der Daseinsvorsorge als auch ein wichtiger Standortfaktor – gerade im ländlichen Raum. Eine für alle Haushalte und Betriebe verfügbare
1750 Breitbandinfrastruktur ist zentrale Voraussetzung für eine moderne Wirtschaft, Bildungslandschaft, Gesundheitsversorgung und für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern.

1755 Breitbandausbau auf internationales Niveau bringen

Wir werden den Breitbandausbau bayernweit auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau bringen und die Digitale Agenda der EU erfüllen. Unser Ziel sind mindestens
1760 50 MBit in jedem Gewerbebetrieb und Haushalt bis 2020 und 100 MBit flächendeckend bis 2030. Wir unterstützen die BundesSPD, die eine flächendeckende und technologieneutrale Versorgung als Universaldienst gesetzlich verankern will.

1765

Der Zugang zum Internet ist aus unserer Sicht ein BürgerInnenrecht und somit Teil staatlicher Daseinsvorsorge. Auch die Bereitstellung öffentlicher WLAN Hotspots an zentralen öffentlichen Plätzen (z.B. Stadtbibliothek) zählt
1770 hierzu. Die SPD setzt sich gleichzeitig auf Bundesebene gegen die sogenannte Störerhaftung (WLAN-Betreiber müssen aktuell für entstehende Schäden haften) ein und ermöglicht damit innovative Konzepte der mobilen Internetanbindung.

1775

Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur in staatlicher Verantwortung

Wir werden mit Hilfe einer Entwicklungsgesellschaft, an der
1780 neben dem Staat auch Kommunen, Anbieter und Netzbetreiber beteiligt sind, den Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur in staatliche Verantwortung übernehmen und so die Kommunen unterstützen. Wir setzen uns für eine Versorgungsstudie ein, so dass eine
1785 störungstolerante Abdeckung mit einem hohen Durchsatz bayernweit ermöglicht wird. Auch werden wir die Einsatzhemmnisse beim Mobilfunkstandard LTE im grenznahen Raum beseitigen.

1790 Finanzierung

Der Wirtschaftsstandort Bayerns, vernünftiges Wachstum und gut bezahlte Arbeitsplätze hängen an den richtigen

Investitionsentscheidungen. Dabei geht es nicht nur um
1795 Investitionen in Forschung und Bildung. Ebenso wichtig sind
die Investitionen in die Infrastruktur. Insbesondere die
Verkehrsinfrastruktur wird aber seit Jahren auf Verschleiß
gefahren.

1800 Wir bayerischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
unterstützen den Beschluss „Fortschritt und Gerechtigkeit“
der BundesSPD. Nur durch mehr Steuereinnahmen werden
solche Zukunftsinvestitionsprogramme seriös und dauerhaft
finanziert. Für Bayern würden – durch die Umsetzung des
1805 SPD-Bundesprogramms – allein aus der Wiedereinführung
der Vermögensteuer und der Reform der Erbschaftsteuer
mehr als 1,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen pro Jahr
resultieren. Geld, das dringend für die kommunale und
staatliche Infrastruktur gebraucht wird.

1810

LKW- statt PKW-Maut

Die Verkehrsinfrastruktur erfordert aber mehr: Es müssen
diejenigen an den Kosten angemessen beteiligt werden, die
1815 die Infrastruktur am meisten abnutzen. Ein LKW nutzt eine
Straße bis zu 60.000 Mal stärker ab als ein PKW. Wir treten
deshalb für eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle
Bundestraßen und mittelfristig auch auf Staats- und
Kommunalstraßen ein. Daraus können mehrere Milliarden
1820 Euro jährlich für Bund, Länder und Gemeinden für den
Erhalt der Verkehrsinfrastruktur gewonnen werden.

Gleichzeitig ist dies das wirkungsvollste Mittel, um
Mautausweichverkehr zu bekämpfen und die
1825 Hauptverursacher von Straßen- und Brückenschäden zur
Kasse zu bitten. Die Einnahmen (max. 16 Cent/km) kommen
der Infrastruktur in Form von Investitionen zugute.
Außerdem sind 15 Prozent der Einnahmen zweckgebunden
in den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze zu
1830 investieren.

Wir lehnen die Einführung einer PKW-Maut ab. Sie trifft
insbesondere die Pendlerinnen und Pendler im ländlichen
Raum und hat zudem keine ökologische Lenkungswirkung.
1835 Ebenso lehnt die BayernSPD Pläne aus dem schwarz-gelben
Lager ab, Infrastrukturfinanzierung über Privatisierungen
und PPP-Projekte (öffentlich-private Partnerschaften) zu
organisieren. Denn das ist für uns versteckte
Staatsverschuldung.

1840

1845

Ländlicher Raum: Aktive Politik für ein starkes Bayern

1850 Der ländliche Raum in Bayern erstreckt sich über 85 Prozent der Landesfläche und ist für 60 Prozent der bayerischen Bevölkerung erlebte Heimat. Die Stärke des ländlichen Raumes sind seine Menschen und ihr sozialer Zusammenhalt. Das ehrenamtliche Engagement für die

1855 Mitbürgerinnen und Mitbürger und die Umwelt, sei es in Vereinen und Verbänden, in der Feuerwehr, beim Roten Kreuz, bei Elterninitiativen, in Kirchen oder bei der Brauchtums-Pflege, ist hoch.

1860 Diese hohe Lebensqualität möchten wir erhalten und steigern, damit wir den Verfassungsauftrag nach Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern endlich umsetzen können – besonders und gerade unter den Herausforderungen des demografischen Wandels und der

1865 Globalisierung.

Uns ist bewusst: Den „einen ländlichen Raum“ gibt es nicht. Vielmehr existiert ein breites Spektrum an vielfältigen ländlichen Regionen, die sehr unterschiedliche Lebens- und

1870 Wirtschaftsbedingungen repräsentieren. So entwickeln sich Stadtumlandregionen immer mehr zu dichtbesiedelten Gebieten mit raschem Bevölkerungszuwachs und wirtschaftlichem Aufschwung, Dabei werden meist enorme Flächen verbraucht und das ursprüngliche Landschaftsbild

1875 zerstört.

Im Unterschied dazu sehen sich vor allem die Regionen Nordost- und Südostbayerns, die nicht selten landschaftlich äußerst reizvoll sind, mit Herausforderungen wie

1880 Abwanderung und wirtschaftlicher Strukturschwäche konfrontiert.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

1885... **individuelle Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen erarbeiten, um somit mehr Möglichkeiten zur Eigenverantwortung für die Regionen zu ermöglichen.**

1890... **eine regionale Strukturpolitik anstoßen, die statt Leuchtturmpolitik die Stärkung regionaler Entwicklungskerne vorantreibt.**

... für schnelle Netze für den ländlichen Raum sorgen:

1895 **Schnelles Internet für alle Haushalte.**

... die Energiewende als Chance für die ländlichen Regionen nutzen und so die regionale Wertschöpfung

1900**optimieren.**

... die Grundversorgung im ländlichen Raum mit wohnortnaher Bildung, Sozialeinrichtungen, Gesundheitsversorgung und Einkaufsmöglichkeiten

1905**sicherstellen.**

... einen Entschuldungspakt für die Kommunen im ländlichen Raum auf den Weg bringen.

1910**Individuelle Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen**

Zwischen den städtischen Regionen und den strukturschwachen Gebieten, insbesondere in Nordostbayern, bleibt die Schere bei den wichtigen Wirtschaftskennzahlen weiterhin weit geöffnet. In keinem anderen Bundesland ist der Unterschied zwischen starken und schwachen Regionen so groß. Die Politik für den ländlichen Raum erstreckt sich aktuell unkoordiniert über diverse Ministerien wie Landwirtschafts-, Wirtschafts-, Kultus-, Sozial- und Umweltministerium, mit der Folge, dass in der CSU/FDP-Staatsregierung meistens jede/r und im Zweifelsfall niemand zuständig ist.

1925**Bündelung der Zuständigkeiten**

Wir werden mit einer Bündelung der Zuständigkeiten in einer Hand koordiniertes und effektives Handeln sicherstellen. Wir stehen zur **Subsidiarität** und werden die regionale Wertschöpfung steigern helfen, damit das erwirtschaftete Geld auch in der Region verbleibt und dort wieder investiert wird.

Stärkung der Eigenverantwortlichkeit

1935

Wir werden den Regionen mehr Möglichkeiten zur Eigenverantwortung auch im finanziellen Bereich geben. Ein erster Schritt kann dabei die Schaffung von Regionalbudgets auf der Ebene der regionalen Planungsverbände sein. Mit diesen Geldern können dann Regionalmanagement und Regionalmarketing verwirklicht werden.

Land im Gleichgewicht als Ziel

1945Dem Abwanderungsproblem der peripheren Regionen Bayerns steht der Zuwanderungsdruck in die Metropolen gegenüber. Während in Nordostbayern Kindergärten und Schulen geschlossen werden, stehen Kommunen in den Speckgürteln der großen Städte sowie in den Metropolen selbst vor großen Herausforderungen beim Bau neuer Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur.

Dies führt auf beiden Seiten zu langen Wegen für kurze Kinderbeine und Einschränkung von Lebensqualität, insbesondere für junge Familien und ältere Menschen, die in der Mobilität eingeschränkt sind. Die Staatsregierung lässt die Kommunen mit dieser Problematik seit Jahrzehnten alleine, schaut der Entwicklung tatenlos zu und hat nichts zu bieten außer Sonntagsreden und Worthülsen in Landesentwicklungsprogrammen.

Wir bekennen uns zu einer Politik für ein Land Bayern im Gleichgewicht. Stadt und Land stehen in einer Verantwortungspartnerschaft. Wir setzen auf eine Wirtschaftspolitik, die die strukturschwachen Räume nachhaltig stärkt und mit einer vor Ort individuell abgestimmten Entwicklungsstrategie Stadt und Land gemeinsam stark macht für die Zukunft.

1970 Regionale Strukturpolitik

Regionale Strukturpolitik bewegt sich im Spannungsfeld der Bereiche Industrie-, Technologie-, Innovationspolitik sowie Regional- und Infrastrukturpolitik und Regionalplanung und ist eng mit der Wirtschaftspolitik verknüpft. Sie dient den Zielen

... Wachstum, mit gleichen Chancen in allen Landesteilen,

1980... Stabilität, also der gleichmäßigen Entwicklung eines Wirtschaftsraums,

... Ausgleich, also der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Staatsraum, und

1985

... Nachhaltigkeit, also der Befriedigung der heutigen Bedürfnisse in einer Weise, die zukünftige Lebensgrundlagen nicht beeinträchtigt.

1990 Die Staatsregierung hat mit ihrem ausschließlichen Fokus auf Wachstum, **Cluster**, Metropolen, **Leuchtturmprojekten** und mit dem Prinzip des „Starken stärken“ sowie der Vernachlässigung von Ausgleich und aktiver Industriepolitik die Ungleichentwicklung der Regionen noch verstärkt.

1995

Arbeitsplätze kommen zu den Menschen und nicht umgekehrt

Oberstes Ziel einer SPD-geführten Staatsregierung ist die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern. Sie setzt auf die gut ausgebildeten Bürgerinnen und Bürger in ganz Bayern. Sie schafft die Grundlagen, dass Arbeitsplätze zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt. Im ländlichen Raum ist es die Innovationskraft gerade der kleinen und mittleren Unternehmen, die wir mit

gezielten Maßnahmen unterstützen werden. Denn wir haben erkannt: sie sind der Motor der Entwicklung vor Ort, hier muss staatliche Förderung ansetzen.

2010 **Risikokapital für Firmengründungen erleichtern**

Wir werden die Bedingungen zur Erlangung von Risikokapital für Firmengründungen erleichtern, die bürokratischen Belastungen für kleine und mittlere

2015 Unternehmen verringern, die **LfA Bayern** als staatliche Förderbank stärken, die Bagatellgrenzen bei Förderprogrammen zur Unterstützung von Mittelstandsunternehmen und Handwerksbetrieben im ländlichen Raum von 500.000 Euro auf 40.000 Euro senken, 2020 sowie Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen von kleinen und mittleren Unternehmen steuerlich fördern. Wir werden die CSU-Politik der einzelnen Leuchttürme beenden und eine Politik mit vielen über ganz Bayern verteilten Lichterketten auf den Weg bringen.

2025

Tourismus als Wirtschaftsmotor

Der Tourismus hat eine besondere wirtschaftliche Bedeutung im ländlichen Raum. Gerade in strukturschwachen Gebieten 2030 übernimmt er mangels Alternativen die Funktion der Leitbranche. Tourismusförderung ist damit regionale Wirtschaftsförderung im Sinne der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Deshalb werden wir diesem Bereich besonderes Augenmerk schenken und vor allem die

2035 Qualitätsinitiativen der Branche tatkräftig unterstützen.

Schnelle Netze für den ländlichen Raum

Der Anschluss an schnelles Internet ist heute wichtiger 2040 Standortfaktor für Unternehmen und entscheidender Bestandteil gleichwertiger Lebensbedingungen. Ein guter Breitbandanschluss bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, barrierefreien Zugang zu Informationen, neue Möglichkeiten der Kommunikation und ist damit Teil der 2045 Daseinsvorsorge.

Ohne schnelles Internet werden ganze Regionen und die dort wohnenden Menschen abgehängt.

2050 Gerade im ländlichen Raum wird schnelles Internet immer wichtiger, um die Herausforderungen des demografischen Wandels und damit die Folgen der vielerorts sinkenden Einwohnerzahlen zu bewältigen.

2055 **Energiewende als Chance für die ländlichen Regionen**

Heimische Biomasse statt Heizöl aus Nordafrika, Abwärme aus Biogasanlagen statt Erdgas aus Russland, eigener

Windstrom statt unberechenbarer Atomkraft: das bringt nicht
2060 nur den Klimaschutz voran, sondern auch die regionale
Wertschöpfung – gerade in den ländlichen Regionen. Der
wirtschaftliche Impuls wäre enorm und könnte gerade für
strukturschwache Gebiete einen Aufschwung durch die
Energiewende initiieren. Laut einer aktuellen Studie beträgt
2065 die mögliche Wertschöpfung durch erneuerbare Energie
allein in den beiden Planungsregionen Oberfranken-Ost und
Oberpfalz-Nord 300 bis 500 Millionen Euro jährlich. Wer
also die Energiewende torpediert, der torpediert auch die
wirtschaftliche Entwicklung auf dem Land.

2070

Kommunen bei der Energiewende unterstützen

Für die Kommunen gilt es, die Energiewende selbst aktiv zu
gestalten und die Energieversorgung wieder als Teil der
2075 Daseinsvorsorge und damit als eigene Aufgabe zu begreifen.
Zur Optimierung der Wertschöpfung ist es außerdem
wichtig, dass nicht nur Anlagen in der Region errichtet,
sondern auch mit Kapital aus der Region betrieben werden.
Anlagen in Bürgerhand stellen im Zusammenspiel mit
2080 **kommunalen Erzeugungsanlagen** die beste Lösung dar.
Dies steigert auch die Akzeptanz für den Ausbau
erneuerbarer Energie ganz allgemein. Schließlich kommt es
darauf an, die in der Region erzeugte Energie auch direkt an
Abnehmer aus der Region zu verkaufen und so regionale
2085 Wirtschaftskreisläufe zu schaffen. Ziel muss es sein, den
Umstieg auf erneuerbare Energie so zu gestalten, dass die
Region davon optimal profitiert.

Grundversorgung im ländlichen Raum sicherstellen

2090

Wir werden sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger
in den Regionen weiterhin kostengünstig mit dem Bus zum
Arzt, zur Schule und zum Einkaufen fahren können. Wir
werden einen Demografie-Faktor (höhere Pro-Kopf-
2095 Zuweisungen bei stark sinkenden Einwohnerzahlen) bei den
ÖPNV-Zuweisungen einführen, weil die Durchführung
eines gut funktionierenden ÖPNVs bei sinkenden
Einwohnerzahlen und sinkenden Schülerzahlen bislang nur
sehr schwer zu gewährleisten ist. Ein eingeschränkter ÖPNV
2100 verschärft aber den Abwanderungsdruck in den ländlichen
Regionen. Hier sind innovative Lösungen gefragt sowie
ehrenamtliches Engagement. Wir werden gemeinsam mit den
Kommunen individuelle Lösungen entwickeln.

2105 Die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung und der
Pflege im ländlichen Raum bedarf angesichts der
Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungstendenzen
besonderer Anstrengungen. Wir schauen hier nicht weg
sondern stellen uns dieser Aufgabe.

2110

Erhalt wohnortnaher Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen

Junge Familien wählen ihren Wohnortwahl nach dem Vorhandensein von Arbeitsplätzen, Schulen, Kultur, Ärzten und Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Eine gute Kinderbetreuung kann darüber entscheiden, ob eine Gemeinde ihre jungen Menschen hält oder nicht. Wir werden daher die **Landkindergartenregelung** so verbessern, dass auch kleine, hochqualitative Betreuungseinrichtungen unterhalten werden können und die Kommunen dabei finanziell ausreichend unterstützt werden. Wir werden den Erhalt wohnortnaher Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen als Selbstverpflichtung im Landesentwicklungsprogramm belassen und nicht, wie von der Staatsregierung geplant, streichen.

2130

Schulen als Standortfaktor

Gute Bildung, wohnortnahe Schulen, Ärzte und Sozialeinrichtungen in jeder Kommune sind ein wichtiger Standortfaktor. Das dreigliedrige Schulsystem in Bayern hat jedoch zur Auflösung von hunderten Schulstandorten insbesondere in strukturschwachen, dünnbesiedelten Gebieten geführt. Wo keine Schule mehr ist, da entleeren sich früher oder später Ortskerne, Wirtshäuser schließen, Pfarreien werden zusammengelegt.

Neue Unternehmen werden sich nur dort ansiedeln, wo es gut ausgebildete Arbeitskräfte gibt und wo Beschäftigte ein gutes Bildungsangebot für ihre Kinder erwarten können. Das Bildungsangebot gerade im ländlichen Raum wird durch unser Konzept der regionalen Gemeinschaftsschulen, in denen alle Schulabschlüsse angeboten werden, deutlich verbessert.

Wir werden das Angebot von guten Ganztagschulen bedarfsgerecht ausbauen, um durch mehr Fördermöglichkeit die Bildungschancen der einzelnen SchülerInnen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Wir werden die kommunalen Gebietskörperschaften mit mehr Zuständigkeiten bei der Erstellung einer verbindlichen und passgenauen Bildungs- und Schulplanung ausstatten. Dazu wird in jeder Region ein Bildungsplan erstellt, der laufend fortgeschrieben wird.

2160

Hochschulnetz enger knüpfen

Wir werden das Netz der Hochschulen für angewandte Wissenschaften im ländlichen Raum als

2165 Kristallisationspunkte für Nachwuchsgewinnung von
qualifizierten Arbeitskräften und für regionale
Innovationsimpulse stärken. Die Anzahl der Studienplätze
werden wir ausbauen und den Technologietransfer von
Hochschulen und kleinen und mittelständischen Betrieben
2170 fördern.

Entschuldungspakt für die Kommunen im ländlichen Raum

2175 Defizite in der Regional- und Strukturpolitik haben in Bayern
dazu geführt, dass gerade im ländlichen Raum viele
finanzschwache und ohne eigenes Fehlverhalten hoch
verschuldete Gemeinden aus eigener Kraft weder die
erforderlichen Investitionen in Infrastruktur und
2180 Daseinsvorsorge, noch die Sicherung und Stabilisierung ihrer
Haushalte leisten können. Nicht nur der Freistaat muss sich
entschulden, sondern auch die Kommunen. Wir werden
einen Entschuldungspakt mit den Kommunen schließen und
sie nicht im Regen stehen lassen wie die bisherige
2185 Staatsregierung.

2190

Kommunalpolitik: Starke Kommunen für ein starkes Bayern

Städte, Gemeinden und Kreise sind die Heimat der
2195 Menschen. Sie sind der Ort, an dem Politik hautnah erlebt
wird. Viele bayrische Kommunen werden von
Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regiert. Wir
kennen die Probleme vor Ort und zeigen dort täglich, dass
wir regieren können.

2200

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit
sind die Leitlinien unserer Politik für die Kommunen und mit
den Kommunen. Wir wollen soziale Ungleichheiten abbauen
und soziale Integration ermöglichen. Nur eine solidarische
2205 Kommune, in der Jung und Alt, Alteingesessene und
Neubürgerinnen und -bürger, Familien, Alleinerziehende,
Alleinstehende oder Menschen mit Behinderung die gleichen
Chancen haben, ist eine lebenswerte Kommune.

2210 Wir wissen: Die Stärkung der finanziellen Basis der
Kommunen ist die Grundlage für die Sicherung der
Lebensqualität und die Teilhabe von allen
Bevölkerungsschichten. Wir werden durch eine Ergänzung
der Bayerischen Verfassung eine angemessene

2215 Finanzausstattung für unsere Kommunen gewährleisten und
gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Bayerns
schaffen. Hierbei lassen wir die Städte und Gemeinden nicht

alleine.

2220 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

... die kommunale Selbstverwaltung stärken, das Subsidiaritätsprinzip achten und das Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ konsequent umsetzen.

... die Gewerbesteuer als zentrale Einnahmebasis der Kommunen stabilisieren und ihre Bemessungsgrundlage verbreitern sowie einen kommunalen Entschuldungsfonds auflegen.

... die bewährte, zuverlässige und bezahlbare Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit kommunalen Dienstleistungen gegen schwarz-gelbe Privatisierungsbestrebungen verteidigen.

... ein wohnortnahes Angebot an sozialer Infrastruktur sicherstellen und die finanzielle Ausstattung des bewährten Programms „Soziale Stadt“ wieder anheben.

... den Wohnungsbau durch eine deutliche Erhöhung der Landesmittel ankurbeln, das Genossenschaftswesen stärken und den Mietanstieg bremsen.

... zur Sicherung einer nachhaltigen Mobilität dem Öffentlichen Personennahverkehr, der Bahn und dem Radverkehr den Vorrang vor dem Individualverkehr einräumen.

... einen Dialog zur Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit einleiten.

... die Arbeit der Bezirke und Bezirkstage als dritte kommunale Ebene stärken.

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Kommunen sind von den Gesetzgebungen auf Europäischer, Bundes- und Landesebene unmittelbar betroffen, ohne in die Gesetzgebungsprozesse ausreichend mit eingebunden zu sein. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird den Städten und Gemeinden ein echter Partner sein und sie frühzeitig in für sie bedeutsame Gesetzgebungsvorhaben einbeziehen.

Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung und achten das Subsidiaritätsprinzip, wonach Kommunen eigenverantwortlich die sie betreffenden Aufgaben wahrnehmen. Denn unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker kennen die Probleme vor Ort am Besten.

2270

Prinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ konsequent umsetzen

Wir werden auch dafür sorgen, dass viele unnötige
2275gesetzliche und administrative Gängelungen der Kommunen
durch den Freistaat beendet werden und die Kommunen
mehr Freiheiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der
Umsetzung staatlicher Förderprogramme bekommen. Das
Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“
2280werden wir konsequent umsetzen.

Finanzpolitik für starke und leistungsfähige Kommunen

Die BayernSPD steht für starke und leistungsfähige
2285Kommunen. Voraussetzung hierfür ist eine
Finanzausstattung, die allen Kommunen einen angemessenen
Standard an kommunaler Daseinsvorsorge ermöglicht. Hier
steht der Freistaat besonders in der Pflicht, denn er ist an
allen wichtigen Steuergesetzen über den Bundesrat beteiligt
2290und er ist verantwortlich für einen gerechten kommunalen
Finanzausgleich in Bayern. Beim kommunalen
Finanzausgleich gibt es noch sehr viel zu tun, um den
berechtigten Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände
in Bayern zu entsprechen.

2295

Kommunalen Anteil am Steueraufkommen erhöhen

Die wichtigsten Forderungen der Kommunen in Bayern
dokumentieren, dass in den Regierungsjahren der CSU viele
2300finanzpolitischen Hausaufgaben unerledigt geblieben sind:
Der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund muss
schrittweise von bisher 12,75 Prozent auf 15 Prozent erhöht
werden. Bayern ist hier bei den großen Flächenländern im
alten Bundesgebiet bisher das unrühmliche Schlusslicht.

2305

Der kommunale Anteil am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund
beträgt nur 51 Prozent, obwohl er früher schon bei 65
Prozent lag. Auch hier werden wir den Ansatz schrittweise
erhöhen, vor allem die Ausgaben für den Bauunterhalt und
2310den ÖPNV.

Struktur- und finanzschwachen Gemeinden helfen

Den Ansatz für Bedarfszuweisungen an die Kommunen
2315werden wir über die bisher 100 Millionen Euro hinaus auf
150 Millionen Euro erhöhen, um struktur- und damit oft auch
finanzschwachen Gemeinden wirksamer helfen zu können.
Zudem werden wir für diese Gemeinden
Sonderstrukturhilfen außerhalb des Kommunalen
2320Finanzausgleichs einführen.

Die Erstattungen des Landes für Ausgaben, die bei der
Erfüllung staatlicher Aufgaben durch die Kommunen

entstehen, müssen die Ausgaben der Gemeinden vollständig
2325abdecken. Das klingt selbstverständlich, ist es aber leider
nicht. Wir werden daher eine komplette Übernahme der
Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei
Erwerbsminderung durch den Bund anstreben. Wir werden
ebenso sicherstellen, dass die Mittel des Bundes vollständig
2330an die Kommunen weitergeleitet werden.

Investitionen auf hohem Niveau halten

Wir unterstützen die Neuordnung der Eingliederungshilfe für
2335Menschen mit Behinderungen durch ein
Bundesleistungsgesetz mit einer vollständigen
Kostenübernahme durch den Bund.

Die investiven staatlichen Zuwendungen für Krankenhäuser,
2340Schulen, Kindertagesstätten, Straßenbau und Bauunterhalt
müssen auch in konjunkturellen Abschwungphasen auf
hohem Niveau gehalten werden.

Entlastung des Freistaats auf Kosten der Kommunen 2345beenden

Auch eine SPD-geführte Staatsregierung wird diesen über
lange Jahre aufgebauten Reformbedarf nicht auf einmal
erfüllen können, sondern Schritt für Schritt. Diesen Weg
2350wollen wir aber konsequent beschreiten: Wir werden die
bisherige Politik beenden, bei der sich der Freistaat Bayern
allzu häufig auf Kosten seiner Kommunen finanziell entlastet
hat. Wir werden endlich für ein faires Verhältnis zwischen
Staat und Kommunen sorgen. Dazu gehört für uns auch die
2355klare Zusage, dass mit der Übertragung neuer Aufgaben auf
die Kommunen die erforderlichen finanziellen Mittel bereit
gestellt werden müssen.

Schuldenabbau für Kommunen, Gewerbesteuer 2360ausbauen

Bayerns Kommunen müssen beim Schuldenabbau mit
einbezogen werden, weshalb die kommunalen Schulden mit
in eine umfassende Bestandsaufnahme der Schulden des
2365Freistaats einfließen müssen. Wenn nur Staatsschulden
getilgt werden, besteht die Gefahr, dass die Schulden in die
kommunalen Haushalte verlagert werden. Deshalb werden
wir beim Schuldenabbau des Staates gewährleisten, dass über
einen kommunalen Entschuldungsfonds auch die Kommunen
2370ihre Verschuldung reduzieren können. Die zentrale
Einnahmebasis vieler Kommunen, die Gewerbesteuer, muss
durch die Einbeziehung der Freiberufler ergänzt, verbreitert
und stabilisiert werden.

2375

Kommunalen Finanzausgleich fair gestalten

Die Auswirkungen des Fiskalpakts und der
2380 Schuldenobergrenze dürfen nicht dazu führen, dass der
Freistaat sich in konjunkturell schlechten Zeiten an den
Kommunen „schadlos“ hält, zum Beispiel durch eine
Verschlechterung beim Kommunalen Finanzausgleich. Die
SPD in Bayern wird die ausreichende Finanzkraft der
2385 bayerischen Gemeinden gemäß dieser Positionen stets im
Auge behalten und dafür kämpfen.

Preiswerte Versorgung mit kommunalen Dienstleistungen

2390

Mit der kommunalen Daseinsvorsorge stellen Städte und
Gemeinden die wirtschaftliche Grundversorgung der
Bürgerinnen und Bürger sicher. Dazu zählt die Versorgung
mit Energie und Wasser, dazu gehört die Infrastruktur für
2395 Nahverkehr und Wohnen sowie das Gesundheits- und
Rettungswesen. Und dazu gehört auch die Entsorgung von
Abwasser und Abfall. In vielen Kommunen erledigen
kommunale Stadt- und Gemeindewerke die Aufgaben der
Ver- und Entsorgung. Sie tun dies zuverlässig, preiswert und
2400 bürgernah. Die Bürgerinnen und Bürger wissen das zu
schätzen: Nach einer Erhebung des Verbands Kommunaler
Unternehmen aus dem Jahr 2009 genießen Stadtwerke mit 81
Prozent das höchste Vertrauen in der Bevölkerung. Das
hängt nicht nur mit der Qualität der Leistung zusammen,
2405 sondern auch damit, dass Bürgerinnen und Bürger in
kommunalen Unternehmen Einfluss ausüben können. Von
Bedeutung ist auch, dass kommunale Unternehmen nicht
dem **Prinzip des Shareholder-Value** verpflichtet sind
sondern statt Gewinnmaximierung das Gemeinwohl im Auge
2410 haben. Wir wissen: Die kommunalpolitische Verantwortung
ist ein Garant für eine sichere, preiswerte und bürgernahe
Daseinsvorsorge.

Kommunale Daseinsvorsorge gefährdet

2415

Diese Daseinsvorsorge in kommunalpolitischer
Verantwortung ist gefährdet. Neoliberale Kräfte wollen die
Aufgaben der Daseinsvorsorge dem Markt und einem
unbeschränkten Wettbewerb überlassen. Die preiswerte und
2420 sichere Ver- und Entsorgung wird damit bedroht. Eine SPD-
geführte Staatsregierung wird sich diesen Kräften heftig
widersetzen. Die Daseinsvorsorge muss Teil der
kommunalen Selbstverwaltung bleiben, die
Rahmenbedingungen zum Schutz der kommunalen
2425 Selbstverwaltung werden daher von uns ausgebaut und
verbessert.

2430 Eine SPD-geführte Staatsregierung wird

... dafür einstehen, dass die einzelnen Länder in der EU über die Daseinsvorsorge weiterhin selbst entscheiden können, um die Verantwortlichkeit der Kommunen zu erhalten.

2435

... darauf drängen, dass die EU den im Vertrag von Lissabon begonnenen Prozess der Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung fortsetzt und den Handlungsspielraum der Kommunen vergrößert.

2440

... sich dafür einsetzen, dass die EU das Beihilfeverbot im Bereich der Daseinsvorsorge weiter lockert.

... das kommunale Wirtschaftsrecht ändern, um die Zusammenarbeit mehrerer Kommunen zur Förderung der Energiewende zu ermöglichen. Denn in Zeiten der dezentralen und regenerativen Energieversorgung ist die Beschränkung der Zuständigkeit der Kommunen auf das jeweilige Gemeindegebiet überholt.

2445

... eine Privatisierung des Trinkwassers entschieden ablehnen.

**Nur eine solidarische Kommune ist eine lebenswerte
2455 Kommune**

Wir werden die bewährte soziale Infrastruktur vor Ort aufrecht erhalten und weiterhin für ein breites Angebot an wohnortnahen Einrichtungen sorgen, das der Vielfalt der unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten entspricht. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft ist die Sicherung eines qualitätsvollen Netzes an sozialen Angeboten sowie Einrichtungen der Gesundheitsversorgung unverzichtbar. Neue Formen des Miteinanders werden wir fördern, da sie einen wertvollen Beitrag zur solidarischen Kommune leisten. Hierzu gehören **Mehrgenerationenprojekte** und Formen des betreuten Wohnens genauso wie Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement.

2470 Wohnen muss für alle bezahlbar bleiben

Das Recht auf eine angemessene Wohnung hat in Bayern Verfassungsrang. Wir wollen diesen Anspruch ernst nehmen und dafür sorgen, dass alle Bevölkerungsschichten in Bayern Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. Gerade in den Wachstumsregionen, aber auch in den Tourismusgebieten, verschärft sich der Wohnraumangel zusehends. Immer mehr Durchschnittsverdiener, vor allem aber junge Familien, finden nur noch schwer bezahlbaren Wohnraum. Wir werden hier gegensteuern und nicht zulassen, dass die Mieten in den Ballungsräumen zum Armutsrisiko werden.

Sozialen Wohnungsbau steigern

2485 Durch die **Förderalismusreform I** wurde die soziale
Wohnraumförderung ausschließlich den Ländern überlassen.
Wir werden im Freistaat die Zukunft der sozialen
Wohnraumversorgung sicher stellen. Wir werden die Mittel
für den sozialen Wohnungsbau verstetigen und auf Regionen
2490 mit Wohnraummangel konzentrieren. Deshalb werden wir
die Landesmittel zur Wohnraumförderung in
Ballungsräumen massiv erhöhen und uns dafür einsetzen,
dass die Abschreibungsmöglichkeiten beim Bauen verbessert
werden. Jungen Familien soll die Bildung von
2495 Wohneigentum erleichtert werden.

Wohnungsbaugenossenschaften stärken

Als Partner für unsere Wohnungspolitik werden wir verstärkt
2500 öffentliche Wohnungsbauunternehmen und
Genossenschaften unterstützen. Wir werden hierzu das
Genossenschaftswesen wiederbeleben und stärken. Denn
Genossenschaften verbinden demokratische
Selbstverwaltung mit unternehmerischer Initiative,
2505 Selbsthilfe und sozialer Orientierung. Gerade im
Wohnungsbau leisten sie einen wertvollen Beitrag zur
Sicherung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Der
Auf- und Ausbau von Wohnungsgenossenschaften wird von
uns durch die Aufnahme in das bayerische
2510 Wohnraumförderungsgesetz künftig verstärkt gefördert. Mit
Baugrund und günstigen Darlehen wollen wir
Genossenschaften und kommunale
Wohnungsbaugesellschaften unterstützen.

2515 Mietanstieg bremsen und Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern

Seit Jahren verweigert die schwarz-gelbe Staatsregierung die
Schaffung der nötigen Rechtsgrundlage für Kommunen zum
2520 Erlass eines generellen Umwandlungsverbots von Miet- in
Eigentumswohnungen in **Erhaltungssatzungsgebieten**.
Damit geht Jahr für Jahr bezahlbarer Wohnraum verloren.
Eine SPD-geführte Staatsregierung wird unverzüglich diese
Rechtsgrundlage schaffen, damit in Kommunen mit
2525 Wohnraummangel Luxussanierungen verhindert werden und
die angestammten Mieterinnen und Mieter in ihren
Wohnungen bleiben können.

Mietanstieg begrenzen

2530 Für diese Kommunen werden wir ebenso sicher stellen, dass
die bewährte Politik des Zweckentfremdungsverbots – der
Umwandlung von Wohnraum in Büros – weitergeführt wird.
Die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossene
2535 Absenkung der Kappungsgrenze für zulässige

Mieterhöhungen bei bestehenden Mietverträgen auf 15 Prozent reicht nicht aus. Wir setzen uns für eine Begrenzung der Neuvermietungsrenten auf zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete ein, für eine Neuberechnung des Mietspiegels mit stärkerer Berücksichtigung der Bestandsrenten und vor allem für eine Absenkung der umlagefähigen Kosten bei Modernisierungsmaßnahmen auf höchstens neun Prozent pro Jahr.

2545 **Soziale und nachhaltige Stadtentwicklung**

Siedlungsdruck, Gewerbeflächenentwicklung und Verkehrswegebau nehmen immer mehr Flächen in Anspruch. Wir hingegen werden eine ressourcenschonende und umweltgerechte Stadtentwicklung durch flächensparende Baulandausweisung, kompakte Bauweise und eine Stadt der kurzen Wege auf den Weg bringen. Eine ideale Stadtentwicklung orientiert sich entlang der Strecken des Öffentlichen Personennahverkehrs. Somit verbinden wir mehr Lebensqualität mit einer sicheren Mobilität für alle und der Erreichbarkeit von allen notwendigen Einrichtungen der Grundversorgung.

Städtebauförderung erhöhen statt kürzen

2560

Wir unterstützen nachdrücklich die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion an die schwarz-gelbe Bundesregierung, die Kürzung der Mittel für die Städtebauförderung zurückzunehmen. Stattdessen werden wir auf Bundesebene die Mittel auf 700 Millionen Euro jährlich anheben und insbesondere auch die Mittel für das Programm Soziale Stadt wieder erhöhen. Gerade das Programm Soziale Stadt leistet einen wertvollen Beitrag zur Stabilisierung von Stadtteilen, die besonderer Unterstützung bedürfen.

2570

Mobilität für alle

Wir begrüßen die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zu einem Investitionspakt für die kommunale Verkehrsinfrastruktur. Wir setzen uns für die Verlängerung des **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes** ein und werden dafür sorgen, dass die Finanzierung dringend notwendiger Verkehrsinfrastruktur weiterhin gesichert ist. Dabei gilt für uns der Vorrang der Schiene vor der Straße. Neben dem Neu- und Ausbau von Verkehrswegen werden wir auch Investitionen in den Erhalt und die Sanierung von Schienen- und Straßennetz unterstützen. Für eine umweltgerechte und nachhaltige Mobilität hat für uns der Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes in den Städten und Gemeinden eine besondere Bedeutung.

Stärkung der regionalen Zusammenarbeit

2590

Bayern steht vor großen Herausforderungen in der Regionalentwicklung. Demographischer Wandel, Energiewende, die Bewältigung von Siedlungsdruck und zunehmende Verkehrsströme in Wachstumsregionen erfordern differenzierte regionale Strategien und übergeordnete Steuerungsmöglichkeiten. Dem stehen Abwanderungstendenzen aus ländlichen Räumen gegenüber, die nicht minder Probleme aufwerfen.

2600Die heutigen regionalen Planungsverbände können diese Aufgaben ohne grundlegende Reform nicht mehr bewältigen. Wir werden daher einen Dialog beginnen und gemeinsam mit den Verantwortlichen auf kommunaler und regionaler Ebene Überlegungen zu einer Stärkung der regionalen Zusammenarbeit entwickeln. Hierzu gehören eine Überprüfung des räumlichen Zuschnitts der Planungsregionen, eine Erweiterung von Kompetenzen und Planungsinstrumentarium sowie eine Stärkung der Organisationskraft.

2610

Bezirke als dritte kommunale Ebene stärken

Die Wiedereinrichtung demokratisch verfasster Bezirke als dritte Ebene der kommunalen Selbstverwaltung war eine Forderung der BayernSPD nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir stehen auch weiterhin zu den Bezirken und zur Tätigkeit unserer Bezirkstage als Bindeglied zwischen Verwaltung und Bürger.

2620Wir fordern weiterhin ein Bezirkswahlrecht für EU-Bürgerinnen und Bürger. Bisher können sich Bürger aus EU-Staaten zwar an Kommunalwahlen beteiligen. Ein Bezirkswahlrecht ist ihnen aber verwehrt. Wir wollen die Bezirke als dritte kommunale Ebene wahlrechtlich der kommunalen Familien gleichstellen.

Die Bezirke leisten gute Arbeit für eine moderne, humane und dezentrale psychiatrische Versorgung im Freistaat. Diese gilt es auszubauen. Die Bezirke sind als Träger der überörtlichen Sozialhilfe zuständig für die Hilfe bei Pflegebedürftigkeit und die Eingliederung für Menschen mit Behinderungen. Wir unterstützen die Zusammenführung der Hilfen für Menschen mit Behinderungen in einer Hand und die Übernahme der Kosten durch den Bund in einem neuen **Bundesleistungsgesetz**. Dies darf jedoch nicht zur Absenkung von bestehenden Leistungsstandards führen. Bestrebungen zur Privatisierung von Einrichtungen des Bezirks lehnen wir entschieden ab.

2640

Europapolitik: Denn Bayern ist mittendrin

Bayern ist die größte Region im Herzen Europas. Wir
2645 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen: Bayern
kann nur mit Europa und nicht gegen Europa erfolgreich
sein, denn Bayern ist ein großer Profiteur des europäischen
Binnenmarkts und des Euro. Der Export – gerade in unsere
Nachbarländer – nimmt in Bayern eine zentrale Stellung ein.
2650 Mit einer Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes von 51
Prozent wird mehr als jeder zweite Euro im Export
erwirtschaftet. Ganz klar: Ein starkes Europa ist wichtig für
ein starkes Bayern. Wir setzen uns daher für Solidarität in
Europa ein, weil diese auch den Menschen in Bayern hilft.

2655 Doch zum ersten Mal droht die europäische Einigung zerstört
zu werden. Die Gründungsidee der EU war, dass die
Menschen in Frieden zusammen leben und gemeinsam über
die Nationalgrenzen hinweg wirtschaften können. Die
2660 Situation in vielen Mitgliedstaaten mit hoher
(Jugend)Arbeitslosigkeit, sinkenden sozialen Sicherungen
und dem Schrumpfen der Wirtschaft lässt viele Menschen an
der EU zweifeln.

2665 Wir nehmen diese Ängste und Befürchtungen der Menschen
ernst und werden daher vehement dafür kämpfen, die Soziale
Marktwirtschaft zu erhalten und die von vielen konservativen
und marktliberalen Kräften angestrebte radikale
Marktwirtschaft zu verhindern. Was wir wollen ist ein
2670 stärkeres Europa – und das geht nur mit einem sozialeren
Europa.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung ihren
Einfluss geltend machen, um Folgendes auf den Weg zu
2675 bringen:

**... europäische Richtlinien für Arbeitszeit, Schutz der
LeiharbeiterInnen und Regulierung bei
Werkverträgen**

2680 **... eine einheitliche europäische Bankenaufsicht, die sich
jedoch allein auf die systemrelevanten Institute bezieht
und keine neuen Hürden und Belastungen für
Sparkassen, Genossenschaftsbanken und kleine
2685 Privatbanken mit sich bringt.**

**... kleine und mittlere Unternehmen durch Nutzung der
Struktur- und Sozialfonds stärken und ihnen schnelle
und unbürokratische Zugänge zu Fördermitteln
2690 ermöglichen.**

**... dafür sorgen, dass auch weiterhin Gelder aus den
Sozial- und Strukturfonds der Europäischen Union nach**

2695 **Bayern fließen und hier sinnvoll verwendet werden.**

... Förderung transparenter und einfacher gestalten.

Für ein demokratisches Europa

2700

Mit dem **Lissaboner Vertrag**, der seit Dezember 2009 in Kraft ist, wurde die demokratische Teilhabe und Mitbestimmung gestärkt. Zum einen hat das Europäische Parlament wesentlich mehr Mitbestimmungsrechte
2705 bekommen und zum anderen wurden die Beteiligungsrechte der Länder an den Entscheidungen der Europäischen Union verbessert. Wir werden auf Grundlage dieser Subsidiarität die Interessen Bayerns in Europa vertreten und unser gemeinsames Europa sozialer gestalten. Wir tun dies in dem
2710 Bewusstsein, dass die europäische Einigung in unser aller Interesse liegt.

Gemeinsames Wirtschaften

2715 Die Politik der EU-Kommission unter der Führung konservativer und neoliberaler Kräfte führte dazu, dass soziale Rechte und Standards immer mehr beschnitten wurden. Für die Mehrheit der Menschen wurde daraus eine soziale Abwärtsspirale. Gemeinsam über alle politischen
2720 Ebenen hinweg wollen wir diesen falschen politischen Kurs beenden. Wir brauchen europäische Richtlinien für Arbeitszeit, Schutz der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Regulierung bei Werkverträgen.

2725 Bankenregulierung

Wir fordern einen einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus von Banken, der sich jedoch allein auf die systemrelevanten Institute bezieht und keine neuen
2730 Hürden und Belastungen für Sparkassen, Genossenschaftsbanken und kleine Privatbanken mit sich bringt. Der angestrebte Bankenfond soll für die großen, sogenannten systemrelevanten Institute mit europäischer Bedeutung die Einlagensicherung für private Anleger
2735 übernehmen. Für Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben sich deren Haftungsverbände bewährt.

Betriebsverlagerungen strenger kontrollieren

2740 Ebenso fordern wir stärkere Kontrollen bei Betriebsverlagerungen, damit diese nicht auch noch subventioniert werden. Wir brauchen Richtlinien und Verordnungen für die Gleichstellung der Geschlechter, damit endlich gleicher Lohn gezahlt wird und die gleichen
2745 Aufstiegschancen für alle gelten.

Energiewende vor Ort stärken

2750 Eine besondere Bedeutung hat die Energiewende. Dabei kommt den kommunalen Stadtwerken eine entscheidende Rolle zu. Wir werden die Kommunen bei der **Re-Kommunalisierung** unterstützen und europäische Programme zur Steigerung der Energieeffizienz mit den
2755 Kommunen gemeinsam nutzen.

Mittelstand stärken, Fördergelder nutzen

Die Stärke der bayerischen Wirtschaft beruht vor allem auf
2760 einem starken Mittelstand. Viele kleine und mittlere Unternehmen sind in ihrer Branche Weltmarktführer. Wir werden diese Unternehmen weiterhin unterstützen. Dazu werden wir die europäischen Mittel aus den Struktur- und Sozialfonds nutzen und die **LfA Bayern** stärken. Wir werden
2765 für diese Unternehmen schnelle und unbürokratische Zugänge zu Fördermitteln ermöglichen.

Regional- und Strukturpolitik in Europa

2770 2013 endet die laufende Förderperiode der Europäischen Union. Wir werden in Europa dafür sorgen, dass auch künftig Fördermittel in angemessener Höhe aus dem **Fonds für Regionale Entwicklung** in bedürftige Regionen und aus dem **Sozialfonds** an sozial nachhaltige Projekte in Bayern
2775 fließen. Die Strukturpolitik ist für die EU von zentraler Bedeutung. Sie steht für eine ausgewogene, nachhaltige und gerechte Entwicklung in ganz Europa. Die geförderten Projekte sorgen für mehr BürgerInnennähe und gewährleisten auf lange Sicht Entwicklung und Stabilität.
2780 Gleichzeitig ist die Strukturpolitik in der Lage, angemessen und langfristig auf lokale, regionale oder globale Herausforderungen zu reagieren. Sogenannte „Ziel-2-Gebiete“ müssen auch künftig förderfähig bleiben, also Regionen, die sich durch Strukturwandel oder die
2785 Globalisierung grundlegend ändern und bei diesem Wandel Hilfe benötigen.

Fördergelder sparsam und verantwortungsbewusst einsetzen

2790 Es gilt allerdings nicht nur darauf zu achten, dass Finanzmittel in angemessener Höhe bereitstehen, sondern dass diese auch sparsam und verantwortungsbewusst verwendet werden. Verteilung nach dem Gießkannenprinzip
2795 darf es nicht geben. Vielmehr muss man sich auf die Hauptziele Bildung, Forschung, Innovation, Technologie und Energieeffizienz konzentrieren. Wir setzen uns dafür ein, die Verwendung der Strukturmittel möglichst effektiv und einfach zu gestalten. Gleichzeitig muss die Förderung
2800 transparenter und einfacher werden. Der europäische

Rechnungshof kritisiert zu Recht die hohe Fehlerquote. Dabei müssen wir jedoch zwingend zwischen Fehlern, die aufgrund der hohen Komplexität entstehen, Betrug und mangelnder Kontrolle in den Regionen unterscheiden.

2805

Eine sozialdemokratisch geführte Staatsregierung wird sich für eine einfachere, transparentere und koordinierte Förderung im Rahmen der europäischen Regionalpolitik einsetzen. In der aktuellen Förderperiode (2007-2013)

2810fließen aus der europäischen Regionalpolitik knapp 900

Millionen Euro nach Bayern. Wir werden dafür sorgen, dass auch weiterhin alle Regionen förderfähig bleiben, nicht nur die ärmsten. Die Ergebnisse und Erfahrungen aus den vielzähligen und vielfältigen aktuellen Projekten und

2815Programmen sind deutliche Belege für die Erfolge

europäischer Regionalpolitik. Aber diese Erfolgsbilanz kann und muss noch deutlich ausgebaut werden.

Wir streben einen **Europäischen Investitions- und**
2820**Aufbaufonds** an, der die Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung verbindlich macht.

2825

Kooperationen mit den Fachleuten vor Ort

Wir setzen uns deshalb für die **Partnerschaftsverträge** ein.

Die Akteure der kommunalen und regionalen Ebene kennen
2830die Bedürfnisse vor Ort. Daher muss die Staatsregierung diese regionalen Stellen frühzeitig in die Ausgestaltung der Programme einbinden.

Bayern in den europäischen Netzen

2835

Bayern ist eine starke Region im Herzen Europas. Vor allem der Industriestandort Bayern ist von Exporten nach ganz Europa und in den Rest der Welt abhängig. Hierfür ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur mit nahtlosen

2840Grenzübergängen in die Nachbarländer immens wichtig.

Ohne gut ausgebaute Schienen-, Binnenschiffahrts- und Straßennetze ist der effiziente Transport zu den Hochseehäfen Europas und somit in den Rest der Welt nicht möglich. Wir setzen uns daher für die termingerechte

2845Umsetzung der transeuropäischen Verkehrsnetze ein. Die zehn Verkehrskorridore des Kernnetzes müssen 2030 endlich in Betrieb genommen werden. Zwei dieser Korridore führen

durch Bayern und werden den Freistaat direkt mit Frankreich, der Ostsee, dem Mittelmeer und dem Schwarzen

2850Meer verbinden. Mehr hierzu auch im Kapitel „Infrastruktur“.

Gemeinsame Agrarpolitik in Europa

2855

Die EU-Agrarpolitik steht auf dem Prüfstand. Das jährliche Budget für Agrarausgaben und Direktbeihilfen beträgt derzeit rund 60 Milliarden Euro und ist mit einem Anteil von 43 Prozent am Gesamthaushalt der größte Einzelposten.

2860 Bayerns Bauern erhalten aus diesem Topf rund 1,5 Milliarden Euro. Es geht aber nicht nur ums Geld in der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020, sondern auch um die Richtung. Wir wollen, dass nicht nur die großen industriellen Hochleistungsbetriebe den Wettbewerb
2865 bestehen, sondern auch unsere bäuerliche Landwirtschaft.

Zukunftssicherung der Landwirtschaft geht alle an

Unser Ziel ist es, eine flächendeckende, multifunktionale
2870 Landwirtschaft zu erhalten, den Bäuerinnen und Bauern mit fairen Preisen ein leistungsgerechtes Einkommen zu sichern und sie in die Lage zu versetzen, die natürlichen Ressourcen zu schonen, den ländlichen Raum zu erhalten und zu entwickeln und nicht nur quantitativ die Verbraucher zu
2875 versorgen, sondern auch qualitativ mit gesunden Lebensmitteln. Deshalb geht die Zukunftssicherung unserer landwirtschaftlichen Betriebe alle an. Sie betrifft die gesamte Gesellschaft.

2880 Krise der Währungsunion überwinden

Enger noch als in der EU sind die wirtschaftlichen Verbindungen und gegenseitigen Abhängigkeiten in der Europäischen Währungsunion. Wird nicht bald umgesteuert
2885 und die Krise gelöst, wird es auch in Deutschland und Bayern wirtschaftlich zu Problemen kommen. Die Käufe unserer Partner sind unsere Exporte. In drei Jahren viel zu zaghafter, verschleppter „Antikrisenpolitik“ – maßgeblich gesteuert von der Bundeskanzlerin – ist nichts besser,
2890 sondern vieles schlechter geworden. Die südeuropäischen Länder steuern immer tiefer in die Rezession – nicht weil sie zu wenig sparen, sondern weil die ihnen aufgezwungenen drastischen Einschnitte bei Löhnen und Staatsausgaben ihre Ökonomien abwürgen. „Es wird immer klarer, dass die
2895 alleinige Konzentration auf Haushaltskennzahlen die Krise nicht beenden wird“, sagte hierzu bereits Peer Steinbrück. Die Südeuropäer können sich immer weniger leisten. Kein Wunder, dass jetzt auch in Deutschland die Wachstumszahlen drastisch zurückgehen. Erfolgreiche
2900 Haushaltskonsolidierung geht nur, wenn die Wirtschaft wächst. Deswegen brauchen wir ein Umdenken: weg von drakonischen Spardiktaten hin zu einem Wachstums- und Aufbauprogramm.

2905

Falsches Krisenmanagement bedroht sozialen Frieden

Nicht die Politik, sondern einzig die Europäische Zentralbank hat einen richtigen Schritt getan: Die Ankündigung, wenn nötig Staatsanleihen unbegrenzt aufzukaufen, hat die Anleihemärkte etwas beruhigt. Diese Garantiefunktion muss die Zentralbank, wie in anderen Ländern auch, übernehmen und nicht der Steuerzahler mit immer neuen Rettungsschirmen. Nur so werden die Krisenländer aus dem Würgegriff spekulativer Attacken der Finanzmärkte befreit.

Das bisher falsche Krisenmanagement bedroht die europäische Demokratie und den sozialen Frieden. An demokratischen Wahlen und an Parlamenten vorbei werden den Völkern Europas „Reformprogramme“ verordnet, die jeden Rest an sozialer Sicherheit und Perspektive zerstören. Wer soll sich da wundern, wenn sich die Menschen von Europa abwenden.

Das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen

Es kann nicht darum gehen, das „Vertrauen der Märkte“ zu gewinnen, sondern es muss um das Vertrauen der Menschen gehen. Bisher zahlen nur die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für eine Krise, die sie nicht verursacht haben. Deswegen wird es höchste Zeit, die Lasten anders zu verteilen. Deswegen hat die SPD die ersten Schritte zur **Finanztransaktionssteuer** durchgesetzt. Deswegen brauchen wir den Beitrag der Vermögenden zur Finanzierung der Krisenfolgen.

Wenn wir wollen, dass die Währungsunion aus der Krise kommt, dann muss auch Deutschland selbst etwas tun, um die entstandenen Handelsungleichgewichte abzubauen. „Wir sollten nicht vergessen, dass die Defizite der Südeuropäer spiegelbildlich zu unseren Überschüssen sind“, sagte hierzu Helmut Schmidt. Recht hat er. Jahrelang ist die Lohnentwicklung in Deutschland hinter den Gewinnen und der Produktivität zurückgeblieben. Deswegen müssen wir mehr für die Binnennachfrage tun, damit wir nicht nur auf dem „Exportbein“ stehen, während das andere lahmt. Deutschland muss – und Bayern auch – die öffentlichen Investitionen ausweiten, wir brauchen wieder gute Löhne, den gesetzlichen Mindestlohn und prekäre Arbeit muss zurückgedrängt werden. Dafür steht die BayernSPD.

2955

2960 Arbeit

Arbeitsmarkt und ArbeitnehmerInnenfragen: Einsatz für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne

2965

Eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist die entscheidende Grundlage für ein Land, das nur mit guten Produkten und Produktionsverfahren sowie hoch qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Wettbewerb erfolgreich ist. Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis, sondern gute Arbeitsbedingungen und Arbeit, die gerecht entlohnt wird.

2970

2975

Auch in Bayern arbeiten viele Menschen im Niedriglohnbereich. Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit und mit Schein-Werkverträgen, in befristeten und geringfügigen Arbeitsverhältnissen steigt zu Lasten unbefristeter und sozial abgesicherter Normalarbeit.

2980

Scheinpraktikanten wird ihre gerechte Vergütung vorenthalten.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

2985

... Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion unterstützen und eigene Bundesratsinitiativen einbringen, um bundesweite Regelungen für gute Arbeit durchzusetzen. Bayern wird dann nicht mehr Bremser auf diesem politischen Feld sein, sondern Antreiber.

2990

... ein Bayerisches Mindestlohngesetz einführen, um den Beschäftigten des Landes, der Kommunen und der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts gerechte Löhne zu zahlen.

2995

... die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausbauen.

... den Datenschutz am Arbeitsplatz sicherstellen.

3000

... junge arbeitslose Eltern besonders unterstützen.

... einen Sozialen Arbeitsmarkt aufbauen, um Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen.

3005

... auch Menschen mit Behinderungen eine Perspektive auf dem regulären Arbeitsmarkt geben.

3010

... dem Fachkräftebedarf in Bayern vor allem durch bessere Bildung und Ausbildung sowie die Nutzung der Potentiale der älteren Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer entgegenreten.

3015... **einen Weiterbildungspakt für Bayern anstoßen und das lebenslange Lernen stärker fördern.**

... **die Berufsorientierung bereits in der Schule verstärken und dann auch dafür sorgen, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen.**

... **eine Fachkräfteoffensive für den Pflege- und Erziehungsbereich starten.**

3025... **die UN-Behindertenrechtskonvention auch und gerade in der Arbeitswelt umsetzen.**

Bundratsinitiativen für Gute Arbeit

3030Bayern sitzt im Bremserhäuschen, wenn es um bundesweite Regelungen für „Gute Arbeit“ geht. Das werden wir ändern, indem wir Bundratsinitiativen einbringen

... für einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von am Anfang mindestens 8,50 Euro, der auf Vorschlag einer paritätischen Kommission vom Bundesarbeitsministerium jährlich an die allgemeine Preis- und Einkommensentwicklung anzupassen ist, die Reichweite von Tarifverträgen durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit zu vergrößern

... zur Stärkung des Tarifvertragssystems und der Tarifbindung.

3045... um die Beschäftigten im kirchlichen Bereich allen anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umfassend rechtlich gleichzustellen.

... für gleichen Lohn für gleiche Arbeit – zwischen Mann und Frau genauso wie zwischen LeiharbeiterInnen und Stammbeschaft.

... zur Abschaffung der Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen.

3055 ... mit der Zielsetzung der Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen.

... zum Schutz von Praktikantinnen und Praktikanten. Sie sollen etwas lernen und dürfen nicht als billige Arbeitnehmer zweiter Klasse behandelt werden.

... für eine Neugestaltung der geringfügigen Beschäftigung. Außerdem müssen bestehende Rechte für Minijobs bekannter und besser durchgesetzt werden, damit zum Beispiel

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Recht auf Aufstockung der Arbeitszeit etc. wirklich gewährt und Minijobs nicht zur Armutsfalle werden.

3070... für ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen beendet.

... für eine Quote von 50 Prozent für jedes Geschlecht bei der Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten.

3075

Freistaat muss guter Arbeitgeber werden

Bei guter Arbeit muss der Freistaat aber auch mit gutem Beispiel voran gehen. Daher müssen im staatlichen Bereich 3080Niedriglöhne sofort beseitigt werden. Nach dem Vorbild Bremens wollen wir ein Bayerisches Mindestlohngesetz einführen für die Beschäftigten des Landes, der Kommunen und der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Das Gesetz soll auch Anwendung in Bereichen 3085finden, in denen das Land als Auftraggeber handelt oder in denen Fördermittel und Zuwendungen vergeben werden. Eine Landesmindestlohnkommission, in der die Spitzenorganisationen der Tarifparteien vertreten sein sollen, soll den Mindestlohn jährlich überprüfen und wenn nötig 3090anpassen. Mit einem Vergabegesetz werden wir sicherstellen, dass öffentliche Aufträge des Landes und der Kommunen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen.

3095Wir werden dafür sorgen, dass im Zuständigkeitsbereich des Freistaats Bayern Frauen bei Beförderungen gleichziehen und die Lohndiskriminierung beendet wird.

Mit uns wird es keine Haushaltskonsolidierung auf dem 3100Rücken des öffentlichen Dienstes geben. Wir wollen gute Arbeit und faire Bezahlung für die Beschäftigten des Freistaats. Eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme von Tarifabschlüssen auf die Bediensteten ist für uns selbstverständlich. Wir werden wieder umfassende Vorsorge 3105für künftige Versorgungsleistungen treffen und die Pensionsvorsorge wieder solide aufstellen. Wir werden keine Lasten in die Zukunft schieben, wir werden kein 3-Milliarden-Euro-Loch bis 2017 entstehen lassen.

3110Wir begreifen den öffentlichen Dienst in Bayern mit den Tarifbeschäftigten und den Beamtinnen und Beamten als einen entscheidenden Standortfaktor in Bayern. Kein zentraler Bereich der Politik kann ohne einen dauerhaft leistungsfähigen öffentlichen Dienst funktionieren – das gilt 3115für die innere Sicherheit, den Ausbau der Kinderbetreuung, kleinere Klassen und individuelle Förderung an Schulen, die Ausbildung an den Hochschulen, den Erhalt und Ausbau der staatlichen Infrastruktur, die Energiewende und einen

umfassenden und gerechten Steuervollzug.

3120

Der Freistaat Bayern braucht eine „Fachkräfte und Nachwuchsinitiative 2030“ für seinen öffentlichen Dienst.

Wir sind uns bewusst, dass sich der Freistaat bei seinen Beschäftigten in zunehmender Konkurrenz mit der freien

3125Wirtschaft um Fach- und Nachwuchskräfte befindet bei

stagnierender und alternder Bevölkerung. Wir brauchen belastbare Bedarfsprognosen, welche Nachwuchskräfte in den Verwaltungen des Freistaats erforderlich sein werden, und vor allem tragfähige Konzeptionen, wo diese Kräfte

3130herkommen sollen und wie ihr Interesse für den öffentlichen

Dienst geweckt werden kann. Das Versprechen eines sicheren Arbeitsplatzes reicht nicht aus. Der Freistaat muss attraktive Einkommens- und Karriereperspektiven, moderne Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit von Familie und

3135Beruf bieten.

Sparen auf Kosten der Beamtinnen und Beamten hat im von der CSU regierten Freistaat Tradition. Die CSU ließ die Bediensteten 19 Monate lang bis zum 1. November 2012 auf

3140die Erhöhung der Bezüge um 1,5 Prozent warten. Nach der

Landtagswahl 2003 kam mit dem berichtigten Nachtragshaushalt die 42-Stunden-Woche für die Beamtinnen und Beamten und nach der Landtagswahl 2008 die Absenkung der Eingangsbesoldung, die 12-monatige

3145Wiederbesetzungssperre und das Aussetzen der

Leistungsbezüge. Jetzt sind diese massiven Einschnitte im Jahr 2013 als vermeintliches Wahlkampfgeschenk zurückgenommen worden.

3150Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds als

Vorsorgesysteme für kommende Pensionsleistungen sind abgeschafft. Anstelle dieser Vorsorgesysteme sollen jährlich nur noch 100 Mio. Euro in einen neuen Bayerischen Pensionsfonds fließen. Dadurch werden bis 2017 über 3 Mrd.

3155Euro weniger an Vorsorge für künftige

Versorgungsleistungen getroffen, als es ursprünglich in der gesetzlichen Grundlage vorgesehen war. Vor diesem Hintergrund macht auch die Tilgung von insgesamt 2 Mrd. Euro Staatsschulden in 2012/2013/2014 wenig Sinn, wenn an

3160anderer Stelle Milliardenlöcher wieder aufgerissen werden.

Befristungen und Leiharbeit nur als Ausnahme

Befristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen im öffentlichen

3165Dienst nur die Ausnahme sein. Die Umwidmung regulärer

Stellen in solche für – formal freiberuflich tätige – Honorarkräfte ist ebenso zu beenden. In landeseigenen Unternehmen sowie in den Behörden des Freistaats muss in der Regel auf den Einsatz von Leiharbeit verzichtet werden.

3170

Echte Mitbestimmung auch im Öffentlichen Dienst in Bayern

Viele Regelungen des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes sind veraltet und entsprechen dem immer noch vorherrschenden Hierarchiedanken. Sie sind nicht mehr passend, den gesellschaftlichen Problemen unserer Zeit und den Aufgaben einer wirklichen Personalvertretung gerecht zu werden.

Wir bringen deshalb eine Novellierung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes, angelehnt an das Betriebsverfassungsgesetz, auf den Weg mit dem Ziel:

- mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte sowie

bessere Freistellungsmöglichkeiten und Weiterbildungsansprüche

sicher zu stellen. Wir streben außerdem die Rückkehr der Tarifgemeinschaft der Länder in die öffentliche Tarifgemeinschaft an.

Datenschutz am Arbeitsplatz sicherstellen

Zahlreiche Datenschutzskandale in der Wirtschaft zeigen, dass uns die moderne Informations- und Kommunikationsgesellschaft auch im Arbeitsleben vor neue Herausforderungen stellt. Der verantwortungsbewusste Umgang mit sensiblen Daten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss in der betrieblichen Praxis immer sichergestellt sein. Wir werden dafür sorgen, dass das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht ein effektiver Ansprechpartner der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist.

Sogenannte Whistleblower, also Beschäftigte, die auf Missstände in ihrem Betrieb hinweisen, müssen vor Sanktionen geschützt sein. Für Beschäftigte des Freistaats werden wir deswegen ein effektives Beschwerdemanagement einführen.

3215

Arbeit statt Arbeitslosigkeit

Die Arbeitsmarktzahlen im Bund und auch in Bayern sind günstig. Es muss dennoch unser Ziel bleiben, die noch vorhandene Arbeitslosigkeit abzubauen. Gerade Langzeitarbeitslosen fällt der Wiedereinstieg schwer. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die aktive Arbeitsmarktpolitik in Milliardenhöhe gekürzt. Diese Kürzungen sind ein großer Fehler, können durch den

3225 Freistaat finanziell aber nicht ausgeglichen werden.

Wir wollen aber trotzdem im Rahmen der Möglichkeiten eines Bundeslandes Schwerpunkte – unter Einsatz von Mittel des Europäischen Sozialfonds und eigenen Mitteln – setzen.

3230

Junge arbeitslose Eltern besonders unterstützen

Junge arbeitslose Eltern wollen wir in den Fokus unserer Bemühungen rücken. Ihnen muss geholfen werden, eine Berufsausbildung abzuschließen und für ihre Familie sorgen zu können. Teilzeitausbildungsangebote und „Familiencoaches“ werden hier weiterhelfen. Wir werden Eltern helfen, nach Erziehungspausen wieder in den Beruf einzusteigen. Es geht hier aber auch um

3240 Alphabetisierungskurse und den Spracherwerb bei Migrantinnen und Migranten.

Sozialen Arbeitsmarkt aufbauen

3245 Für diejenigen, die ohne Unterstützung keine Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben, wollen wir einen sozialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter Beschäftigung aufbauen und zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse anbieten. Denn trotz guter

3250 Konjunktur sind in Bayern rund 63.000 Menschen (Stand: September 2012) langzeitarbeitslos. Örtliche Gremien, an denen Gewerkschaften, Kammern und andere arbeitsmarktpolitische Akteure beteiligt sind, sollen über diese Beschäftigungsangebote entscheiden.

3255

Zur dauerhaften Finanzierung des Sozialen Arbeitsmarktes durch den Bund wird Bayern die Chancen und Risiken des Passiv-Aktiv-Transfers, die Vor- und Nachteile eines eigenen Budgets im Eingliederungstitel und alternative

3260 Möglichkeiten prüfen und hierzu Bundesratsinitiativen starten.

Fachkräftebedarf in Bayern sichern

3265 Zwar kann von einem allgemeinen Fachkräftemangel derzeit nicht gesprochen werden. Allerdings existieren bei einzelnen Berufen und in einigen Teilen Bayerns gravierende Engpässe. Mittel- und langfristig wird sich die demografische Entwicklung auf den Arbeitsmarkt auswirken.

3270 Das Potenzial an Arbeitskräften wird in den kommenden Jahren schrumpfen. Im selben Zeitraum wird der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften spürbar ansteigen.

Fachkräftemangel ist eine schwere Hypothek für die Zukunft: Denn Investoren gehen dorthin, wo Menschen gut ausgebildet sind und wo zukünftige wirtschaftliche Expansion nahe liegt. Fachkräftemangel heißt, dass die

wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Landes nicht ausgeschöpft werden.

3280

Die Handlungsfelder sind für uns klar: Wir müssen die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschlüsse reduzieren und die Übergänge in den Beruf verbessern, Ausbildungs- oder Studienabbrüche deutlich verringern,

3285Erwerbspartizipation und Lebensarbeitszeit von Menschen über 55 erhöhen, Erwerbspartizipation und Arbeitszeitvolumen von Frauen steigern sowie Qualifizierung und Weiterbildung vorantreiben.

3290Qualifizierung und Weiterbildung vorantreiben

Mit Kammern und Gewerkschaften werden wir eine Kampagne durchführen, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen für die anstehenden Herausforderungen stärker
3295zu sensibilisieren und die Notwendigkeit lebenslangen Lernens aufzuzeigen.

Wir werden den Aufbau öffentlicher Bildungs- und Weiterbildungsberatung unterstützen, die es jedem
3300Interessierten ermöglicht, lebenslanges Lernen zu realisieren.

Wir wollen zudem einen „Weiterbildungspakt“ für Bayern etablieren. Zentral ist für uns, vernetzte und bezahlbare Weiterbildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen sicherzustellen.

3305

Wir werden deshalb für Bayern eine bezahlte Bildungsfreistellung von drei Arbeitstagen pro Jahr einführen. Für die Träger der Bildungseinrichtungen des „lebenslangen Lernens“ werden wir eine verlässliche und
3310bedarfsgerechte Finanzierung durch Landeszuschüsse sicherstellen. Wir werden die Volkshochschulen daher finanziell besser fördern.

Weiterbildung auch an den Hochschulen

3315

Nach der gesetzlichen Öffnung der Hochschullandschaft für beruflich Qualifizierte ohne Abitur ist es unsere Aufgabe, diesen Menschen die Aufnahme eines Studiums auch in der Praxis zu erleichtern. Dazu benötigen wir Beratungs- und
3320Unterstützungsangebote an den Hochschulen und eine bessere Anerkennung von Leistungen der beruflichen Bildungsgänge. Wir möchten, dass Hochschulen sich stärker in die Aufgabe der Weiterqualifizierung einbringen.

3325Mit dem Bachelor auf den Arbeitsmarkt

Studierende sollen mit einem Bachelorabschluss echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten – aber auch das Studium in der Masterphase fortsetzen können. Für uns gilt:

3330Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelorstudium schafft das

Recht zur Aufnahme eines Masterstudiums.

Berufsorientierung in der Schule

- 3335 Ein verändertes Schulsystem gibt mehr Schülerinnen und Schülern bessere Chancen. Wir werden die Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher kontinuierlich reduzieren. Wir wollen erreichen, dass keiner die Schule ohne gefestigte und nachhaltige Lese-, Schreib- und
- 3340 Rechenkompetenzen verlässt. Der Übergang von der Schule in den Beruf sollte frühzeitig in unseren Schulen vorbereitet werden. Berufsorientierung muss zur schulischen Allgemeinbildung gehören – unabhängig von der Schulform. Schulsozialarbeit kann einen Teil dieser Arbeit übernehmen.
- 3345 Schülerinnen und Schüler brauchen schon während der Schulzeit Einblicke in die Berufspraxis, damit der Berufsfindungsprozess erfolgreich unterstützt und begleitet werden kann. Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen können die Schülerinnen und Schüler bei Fragen rund um die
- 3350 Berufswahl sowie bei der Vermittlung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen unterstützen. Auch an den berufsbildenden Schulen werden wir die Schulsozialarbeit ausbauen, um die Abbruchquote zu reduzieren.

3355 Berufliche Ausbildung für alle

- Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine berufliche Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss. Wir werden über den Bund eine Ausbildungsgarantie sicherstellen, die
- 3360 sich nicht nur auf Schulabgängerinnen und Schulabgänger, sondern auch auf Altbewerberinnen und Altbewerber bezieht. Junge Menschen sollen möglichst ohne Warteschleifen in eine berufliche Erstausbildung kommen. Wir werden daher den Übergang von der Schule in die
- 3365 Ausbildung klarer strukturieren – mit regionalen Übergangsmangements und einer stärkeren sozialpädagogischen Begleitung.

Ausbildende Unternehmen unterstützen

- 3370 Wir fordern die Wirtschaft auf, ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen bereitzustellen und damit ihrer Verantwortung für die Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie für die soziale Integration der jungen Menschen in die
- 3375 Berufswelt gerecht zu werden.

- Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen, die im Verbund mit anderen Unternehmen oder einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte ausbilden,
- 3380 organisatorisch und finanziell unterstützen.

Soziale und wirtschaftliche Barrieren abbauen

3385

Wer MeisterIn werden will, ist großen finanziellen Belastungen ausgesetzt. Wir werden akademische und berufliche Ausbildung nicht gegeneinander ausspielen, sondern nicht nur die abgeschafften Studiengebühren 3390gegenfinanzieren, sondern auch für eine Entlastung bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung, insbesondere bei der Meisterprüfung, sorgen. Unser Ziel: soziale und wirtschaftliche Barrieren für bessere Bildungsabschlüsse überall dort abbauen, wo sie Durchlässigkeit und Aufstieg 3395entgegenstehen.

Gute Arbeitsbedingungen in allen Lebensphasen

Wir wollen die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf 3400für Frauen und Männer ermöglichen. Deshalb werden wir die Infrastruktur für die Betreuung und Bildung von Kindern weiter ausbauen. Wir werden besonders den Ausbau qualitativer Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und des Angebots an Ganztagschulen 3405forcieren. Wir müssen aber auch daran arbeiten, dass mehr Kinderbetreuungseinrichtungen beispielsweise für Beschäftigte mit Schichtarbeitszeiten zur Verfügung stehen. Es kann nicht sein, dass eine alleinerziehende Verkäuferin mit Arbeitszeiten in den Abendstunden und am Wochenende 3410nicht berufstätig sein kann, weil sie keine Möglichkeit für eine Kinderbetreuung hat.

Wir wissen: Vor allem familiengerechte, flexible Arbeitszeiten helfen bei der Vereinbarkeit von Familie und 3415Beruf. Hier muss die Politik eingreifen. Ebenso bei der altersgerechten Gestaltung von Arbeitsbedingungen und beim Gesundheitsmanagement, damit nicht nur junge Menschen, sondern auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 60 in ihrem Beruf arbeiten können.

3420

Fachkräfteoffensive für den Pflege- und Erziehungsbereich

Wir werden den Fachkräftenachwuchs in der Pflege durch 3425die Bewerbung der Pflegeberufe und die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der Pflege sichern. Die erhebliche Steigerung der Schülerinnen- und Schülerzahlen an den Pflegeschulen ist eine Voraussetzung dafür, dass es gelingt, den Fachkräftemangel in der Pflege zu beseitigen. 3430Dafür muss die Ausbildung für alle Pflegeberufe gebührenfrei sein.

Um eine Aufwertung der Sozial-, Pflege-, medizinischen Heil- und Hilfsberufe sowie der Erziehungsberufe und der 3435entsprechenden Ausbildungen zu erreichen, brauchen wir eine grundlegende Reform der Ausbildungen. Wir streben

dabei die möglichst weitgehende bundeseinheitliche Neuordnung dieser Berufsbilder nach dem Berufsbildungsgesetz an. Nur so können 3440 geschlechtsspezifische Rollenmuster überwunden, Zugänge erleichtert, Ausbildungsvergütungen und –bedingungen tariflich geregelt, Schulgeld abgeschafft, Aufstiegschancen auch in hochschulischen Studiengängen eröffnet, bundesweite und europäische Mobilität gewährleistet und 3445 Qualität gesichert werden.

Ladenschlussgesetzgebung

Wir halten am Ladenschluss fest. Die Freigabe des 3450 Ladenschlusses strapaziert das schon jetzt durch Schichtdienst und Sonntagsarbeit belastete Familienleben und generell die Freizeit noch weiter. Außerdem sie ist für kleine Einzelhändler, Handwerker und mittelständische Betriebe existenzgefährdend, weil sich lange Öffnungszeiten 3455 dort oft nicht rechnen.

Inklusion in der Arbeitswelt

Inklusion ist in der Arbeitsmarktpolitik ein wichtiges Thema. 3460 Wir wollen und werden auch Menschen mit Behinderungen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt geben. Dies erfolgt vor allem in enger Kooperation mit den Partnern aus den Werkstätten. Ziel ist es aber, dass Menschen mit Behinderungen nicht nur in Werkstätten arbeiten, sondern 3465 von allen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Chance erhalten, in jedes Unternehmen eingegliedert zu sein und dort gute Arbeit zu leisten.

Auf dem Weg zu einem inklusiven Bayern

3470 Der Freistaat muss gesellschaftliche Teilhabe auch dann garantieren, wenn körperliche, seelische oder lernbedingte Beeinträchtigungen vorhanden sind. Inklusion und Barrierefreiheit stehen im Mittelpunkt unseres Handelns. 3475 Vorurteile und bestehende Benachteiligungen wollen wir konsequent abbauen und schließlich beseitigen. Durch die Einführung eines „**Disability Mainstreamings**“ werden wir Bayern zum Vorreiter in der Politik für behinderte Menschen in Deutschland machen.

3480

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat für uns Priorität. Der entsprechende Aktionsplan für Bayern ist 3485 derzeit jedoch unzureichend und muss dringend um konkrete Vorgaben, Maßnahmen und Ziele ergänzt werden. Diese Weiterentwicklung werden wir partnerschaftlich mit den Betroffenen sowie den beteiligten Verbänden und

3490 Organisationen organisieren.

Barrierefreiheit umfasst nicht nur bauliche Maßnahmen, sondern auch den vollen Zugang zur sozialen und wirtschaftlichen Umwelt, also gleichberechtigte Teilhabe an 3495 Bildung, Arbeit, Kultur, Sport, Zugang zu Medien und Kommunikationswegen und vieles mehr. Sie bedeutet aber auch Barrierefreiheit im Denken aller beteiligten Akteure und Gesellschaftsgruppen. Hieran wollen wir arbeiten.

3500

3505 Soziales

Sozialpolitik: So geht soziale Gerechtigkeit

3510 Soziale Gerechtigkeit ist das zentrale Thema der Gegenwart und der Zukunft. Soziale Gerechtigkeit sorgt für sozialen Frieden. Soziale Gerechtigkeit ist Wertefundament der zivilisierten Gesellschaft und bayerischer Verfassungsauftrag. Nicht zuletzt ist die soziale Gerechtigkeit eine Frage der Solidarität zwischen den 3515 Menschen. Es geht um den Zusammenhalt zwischen Jüngeren und Älteren, Reicheren und Ärmeren, zwischen den Regionen eines Landes. Es ist und bleibt deshalb Auftrag der Sozialdemokratie seit nunmehr 150 Jahren, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

3520 Gerecht ist, wenn alle Menschen die Chance haben, ihr Leben eigenverantwortlich gestalten zu können, wenn sie an der Gesellschaft teilhaben können, wenn sie von ihrer Arbeit anständig und würdig leben können. Gerecht ist auch, wenn 3525 alle gleiche Bildungschancen haben. Gerade in einem wohlhabenden und erfolgreichen Land wie Bayern dürfen wir nicht zulassen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet. Die deutschen Bischöfe haben das so formuliert: „Heute fährt für manche Gruppen der 3530 Fahrstuhl nach wie vor nach oben, während andere schon auf den unteren Etagen aussteigen müssen“. Das wollen wir ändern und uns für mehr Chancen- und Teilhabegerechtigkeit einsetzen.

3535 Wir nehmen auch die Herausforderungen des demografischen Wandels an und begreifen die Gesellschaft des längeren Lebens als eine Chance. Eine Chance für längere Aktivität und mehr Lebensfreude im Alter. Aber auch als eine Chance für einen humanen Umbau in wichtigen 3540 Teilen der Politik, der auch den jüngeren Generationen zugutekommt. Deshalb zieht sich die Einbindung der individuellen Lebenssituationen und Bedürfnisse der älteren

Bürgerinnen und Bürger durch unsere gesamte Politik. Das betrifft Gesundheitsversorgung und Pflege und die funktionelle Gestaltung von Wohnraum genauso wie z.B. den Sport und insbesondere nötige Veränderungen des Arbeitsplatzes. Das Wissen und die Erfahrung Älterer muss für die Gesellschaft erhalten bleiben. Wir wehren uns gegen Altersdiskriminierung. Wir fördern mit all unseren Maßnahmen die Solidarität zwischen Alt und Jung. Einem Kampf der Generationen werden wir entgegenreten.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

3555... **einen Pakt für Familien schließen, von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über eine Kindergrundsicherung bis hin zu familienunterstützenden Instrumenten auf dem Arbeitsmarkt.**

3560

... eine gesetzliche Grundsicherung für alle Kinder einführen, um Kinderarmut zu verhindern.

... das Betreuungsgeld wieder abschaffen.

3565

... mittelfristig dafür sorgen, dass die Bildung in Kindertagesstätten wie die Schulbildung gänzlich gebührenfrei gestellt wird. Ab 2013 wird als erster Schritt ein gebührenfreies Kindergartenjahr finanziert.

3570

... für die Kindertageseinrichtungen bessere Rahmenbedingungen schaffen, insbesondere durch mehr Personal.

3575...**neue Wohnformen für Ältere fördern, damit diese möglichst lang selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben können.**

3580... **für eine Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer paritätisch finanzierten und armutsfesten Versicherung mit einer solidarischen Beitragspflicht für alle kämpfen.**

3585... **die Unterfinanzierung der vielen Selbsthilfegruppen beenden.**

Vorsorgender Sozialstaat

Ganz im Sinne nachhaltiger Politik ist es unbedingt notwendig, einen Schwerpunkt auf Vorsorge zu legen. Ein vorsorgender Sozialstaat setzt Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortlichkeit voraus. Jeder trägt grundsätzlich Verantwortung für sein eigenes Leben und für seine individuelle Lebensgestaltung. Der vorsorgende Sozialstaat kümmert sich verlässlich um diejenigen, die noch nicht oder

nicht mehr für sich selbst sorgen können.

Der vorsorgende Sozialstaat ist auf die Solidarität aller angewiesen. Wir akzeptieren nicht, dass sich gerade die 3600leistungsfähigsten und einkommensstärksten Mitglieder der Gesellschaft zunehmend der Solidargemeinschaft entziehen. Wir wollen die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren stärken. Wir werden nicht zulassen, dass gerade in einem wohlhabenden Land wie Bayern die Armut 3605weiter wächst. Und schon gar nicht die Armut von Kindern. Es ist weder gerecht noch akzeptabel, dass die Mietkosten in Ballungszentren in immer stärkerem Maße die Existenz der Menschen gefährden. Eine chancengleiche Gesellschaft zu erreichen, wie dies auch von der deutschen 3610Bischofskonferenz in ihrem Papier „**Chancengerechte Gesellschaft – Leitbild für eine freiheitliche Ordnung**“ formuliert wird, ist Ziel unserer Sozialpolitik.

Pakt für Familien und Kinder in Bayern

3615

Wir werden in Bayern zusammen mit den Verbänden und Kommunen einen Pakt für Familien und Kinder schließen. Familien brauchen die beste Unterstützung in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen. Wir werden deshalb für 3620die Familien beste Rahmenbedingungen schaffen, beginnend bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über eine Kindergrundsicherung bis hin zu familienunterstützenden Instrumenten auf dem Arbeitsmarkt. Eine qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung legt den Grundstein für 3625das Leben unserer Kinder und eröffnet ihnen gleiche Chancen.

Kinderarmut verhindern

3630Um Kinderarmut zu verhindern, werden wir eine gesetzliche Grundsicherung für alle Kinder einführen. Familien mit niedrigerem Einkommen sollen besser gefördert werden. Deswegen unterstützen wir alle Bemühungen, ein nach Einkommen gestaffeltes und somit faires Kindergeld 3635einzuführen. Dies ist ein erster Schritt hin zu einer Kindergrundsicherung. Wir werden nicht weiter hinnehmen, dass Familien oder Alleinerziehende, die arbeiten, aufgrund des Bedarfes ihrer Kinder Sozialhilfe beantragen müssen.

3640Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln

In ganz Bayern werden wir Kindertagesstätten zu niederschwelligen, integrierten und wohnortnahen Familienzentren weiterentwickeln, die Kinder und junge 3645Erwachsene in ihrer Entwicklung fördern und Familien bei der Bewältigung des täglichen Lebens unterstützen. Familienzentren sind Orte der Begegnung zwischen Jung und Alt und vereinen Betreuung, Erziehungshilfe,

Bildungsangebote, Krisenintervention und Beratung unter
3650einem Dach.

Betreuungsgeld abschaffen, Solidarbeitrag einführen

Das von der derzeitigen Bundesregierung beschlossene
3655Betreuungsgeld lehnen wir ab. Das steuerfinanzierte
Betreuungsgeld ist eine sozial ungerechte Umverteilung von
unten nach oben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die
Finanzmittel, die für das Betreuungsgeld bereitgestellt sind,
in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf investiert
3660werden. Wir werden in Bayern ein bedarfsgerechtes Angebot
an Kinderbetreuungseinrichtungen schaffen, damit Eltern
endlich Wahlfreiheit erhalten. Außerdem unterstützen wir die
Einführung eines Solidarbeitrages aller Menschen zur
Finanzierung der Infrastruktur für Bildung und Betreuung.
3665Ein solcher Solidarbeitrag kann etwa über die Anhebung des
Spitzensteuersatzes oder über die Einführung einer
Vermögenssteuer realisiert werden.

Gebührenfreie Bildung als Ziel

3670

Wir betrachten die Zeit vor der Schule als Bildungszeit.
Bildungs- und Erziehungsziele auf wissenschaftlicher
Grundlage werden wir in Bayern gesetzlich verankern. Den
Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung wollen wir
3675stufenweise um einen Ganztagsanspruch einschließlich der
sogenannten Randzeiten erweitern. Gerechtigkeit bedeutet,
dass jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern
Zugang zu kindgerechter Bildung auch vor der Schule hat.
Wir werden deshalb mittelfristig dafür sorgen, dass die
3680Bildung in Kindertagesstätten wie die Schulbildung gänzlich
gebührenfrei gestellt wird. Ab 2013 wird als erster Schritt ein
gebührenfreies Kindergartenjahr finanziert.

Beste Rahmenbedingungen für die 3685Kindertageseinrichtungen

Wir werden in Bayern durch eine Änderung des Bayerischen
Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes für bessere
Rahmenbedingungen in den Kindertageseinrichtungen
3690sorgen.

Der Anstellungsschlüssel wird schrittweise auf 1 zu 10 und
dann auf 1 zu 8 gesenkt. Für unter dreijährige Kinder und für
Kinder mit besonderem Bedarf wird die Zahl der Fachkräfte
3695erhöht. Wir werden die Elternrechte in den
Kindertageseinrichtungen stärken. Eine Initiative zur
Steigerung der Attraktivität der Fachberufe in den
Kinderbetreuungseinrichtungen gehört zu den ersten
Maßnahmen einer von der SPD geführten Landesregierung
3700in Bayern ab 2013.

Seniorenmitwirkungsgesetz für Bayern

Wir werden ältere Menschen stärker in die Gesellschaft
3705 einbeziehen und beteiligen. Deshalb werden wir ein
Seniorenmitwirkungsgesetz für Bayern einbringen. Wir
werden das Miteinander von Jung und Alt fördern und
ehrenamtliche Initiativen im Rahmen von „Lokalen
3710 Generationenbündnissen“ anregen, die vor Ort die
Lebensbedingungen verbessern. Wir werden die
Kompetenzen und Fähigkeiten älterer Menschen so lange
wie möglich erhalten und mehr als bisher nutzen.

Älter werdende Belegschaft in der Arbeitswelt stärken

3715

Wir brauchen alters- und altersgerechte Arbeitsplätze,
betriebliche Präventions- und Rehabilitationsangebote sowie
bedarfsgerechte und geeignete Weiterbildungsangebote für
ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch flexibilisierte
3720 Arbeitszeiten, Job-Rotation, Arbeitszeitkonten und ähnliche
Maßnahmen können betriebliche Rahmenbedingungen
geschaffen werden, die die Leistungsfähigkeit der
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch im
fortgeschrittenen Alter berücksichtigen. Wir unterstützen das
3725 von der SPD im Bundestag durchgesetzte Programm
„Perspektive 50plus – Beschäftigungspakte für Ältere in den
Regionen“ und werden uns für eine Fortführung einsetzen.
Außerdem schlagen wir einen „Runden Tisch ältere
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern“ vor, an
3730 dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilnehmen sollen.

Neue Wohnformen für Ältere

Wir werden in Bayern neue innovative Wohnformen wie
3735 zum Beispiel Hausgemeinschaften und selbstbestimmte
Wohnformen im Alter stärker unterstützen und ausbauen.
Die Barrierefreiheit ist für ältere Menschen von großer
Bedeutung. Dies gilt auch für den öffentlichen Personennah-
und -fernverkehr, die Gleiszugänge und Bahnhöfe. Mit
3740 einem Förderprogramm „Barrierefreies Bayern“ werden wir
die Kommunen Schritt für Schritt bei den notwendigen
Investitionen unterstützen. Außerdem werden wir
Bundesratsinitiativen starten, die massiven Kürzungen des
Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ sowie die
3745 Streichung der Bundesmittel für das Programm
„Altersgerecht umbauen“ zurückzunehmen und die
Mehrgenerationenhäuser weiter zu unterstützen.

Verlässliche, solidarische Rente

3750

Voraussetzung für ein gutes Leben im Alter ist die materielle
Absicherung. Wir werden uns für eine Weiterentwicklung
der Rentenversicherung zu einer paritätisch finanzierten und
armutsfesten Versicherung mit einer solidarischen

3755 Beitragspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger einsetzen.
Damit können wir die Rentenversicherung trotz der älter werdenden Gesellschaft nachhaltig auf ein solides finanzielles Fundament stellen und zugleich für auskömmliche Renten sorgen.

3760

Das Rentenniveau darf nicht unter das derzeitige Niveau von 50 Prozent absinken. Die armutsfeste Lebensstandardsicherung muss das Hauptziel der Gesetzlichen Rentenversicherung sein und vor der Förderung 3765 privater Vorsorge – die sich nicht alle leisten können – Vorrang haben. Private Vorsorge kann nur eine freiwillige Ergänzung, darf aber nicht der Ersatz für die gesetzliche Rente sein. Am bewährten Umlageverfahren, mit dem die Erwerbstätigen und Arbeitgeber die Renten solidarisch 3770 finanzieren, werden wir nicht rütteln. Zugunsten der Beitragssatzstabilität müssen wir vorsorgen und sprechen uns dafür aus, in der Gesetzlichen Rentenversicherung einen Demografie-Fonds einzurichten.

3775 **Flexibles Renteneintrittsalter**

Wir werden uns für ein flexibles und individuell organisiertes Renteneintrittsalter einsetzen, das sich an der Erwerbsbiographie orientiert. Dazu werden wir uns auf 3780 Bundesebene für die Teilrente ab 60 Jahren sowie einen abschlagsfreien Renteneintritt nach 45 Versicherungsjahren einsetzen. Anstelle der an viele Bedingungen geknüpften Zuschussrente für wenige, unterstützen wir die **steuerfinanzierte Solidarrente** für langjährig Versicherte, 3785 um Altersarmut zu vermeiden. Wir werden auch dafür Sorge tragen, dass Ausfall- oder Beitragsminderungszeiten wegen Kindererziehung, Pflege, Freiwilligendienst, oder Arbeitslosigkeit bei der Rentenberechnung stärker berücksichtigt werden. Wir schlagen vor, die gesetzlichen 3790 Abschläge bei der Erwerbsunfähigkeitsrente ganz abzuschaffen, da Erwerbsunfähigkeit nicht auf einer freiwilligen Entscheidung der Betroffenen beruht.

Ehrenamt ist unverzichtbar

3795

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind unverzichtbar für die Gesellschaft. Das Ehrenamt darf allerdings nicht missbraucht werden, Sparmaßnahmen des Staates auszugleichen. In Bayern engagieren sich etwa 36 3800 Prozent der Bevölkerung ehrenamtlich. Ohne deren Engagement wären viele soziale Aktivitäten nicht mehr möglich. Das verdient Respekt und Anerkennung.

Wir werden in Bayern das Ehrenamt weiter fördern, für die 3805 Erstattung von Auslagen sorgen und uns für eine bessere Berücksichtigung der ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Steuer einsetzen. Außerdem werden wir eine angemessene

Berücksichtigung der ehrenamtlichen Arbeit bei der Rentenberechnung prüfen.

3810

Selbsthilfe stärken

Die gegenseitige Unterstützung, der Austausch und das Helfen in Selbsthilfegruppen stärken den Einzelnen.

3815Selbsthilfe kann auch dazu beitragen, unabhängige Informationen zu erhalten, Selbsthilfegruppen können zu Lobbyisten in eigener Sache werden und damit wichtige Impulse für das Gesamtsystem geben.

3820Die BayernSPD unterstützt daher die Selbsthilfe. Wir werden die bisherige Unterfinanzierung der Selbsthilfe in Bayern beenden und die Förderung auf den Bundesschnitt anheben, die ergänzende Förderung der Selbsthilfekontaktstellen analog zu anderen Bundesländern einführen und die

3825Förderung für die Selbsthilfekoordination entsprechend der gewachsenen Inanspruchnahme dynamisieren. Die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) muss künftig auch wieder durch das Bundesfamilienministerium

3830gefördert werden.

3835

Gesundheitspolitik und Pflege: Gute Versorgung flächendeckend

Gesund und unversehrt leben – das ist der Wunsch aller Menschen. Das Gesundheitssystem kann trotz aller Prävention und Vorsorge nicht alle Krankheiten verhindern, es kann aber dafür sorgen, dass alle Menschen die bestmögliche Versorgung bekommen. Egal wie alt sie sind, egal wo sie leben und egal wie viel Geld sie im Portemonnaie haben.

Eine sichere Gesundheitsversorgung und eine bedarfsgerechte Versorgung im Pflegebereich sollten selbstverständlich sein. Und doch sind sie es vielerorts nicht. Gerade im ländlichen Raum ist die wohnortnahe Versorgung in Gefahr. Immer mehr Menschen müssen immer weitere Wege zu Ärzten, Krankenhäusern und Rehabilitationsmaßnahmen zurücklegen.

3855Am komplexen und von vielen widerstreitenden Interessen geprägten Gesundheitssystem haben sich schon viele Minister die Zähne ausgebissen. Das ist für uns aber noch lange kein Grund, nicht mit aller Macht für ein gerechteres System zu kämpfen.

3860

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... für eine Bürgerversicherung eintreten, um die Zwei-Klassen-Medizin zu beenden.

3865

... die wohnortnahe Gesundheitsversorgung mithilfe von Medizinischen Versorgungszentren und Anreizen für Ärzte sicherstellen.

3870... **die psychiatrische Versorgung in Bayern verbessern, vor allem in der Krisenintervention und der Kinder- und Jugendpsychiatrie.**

... für eine verlässliche Finanzierung der Krankenhäuser sorgen.

3875

... eine leistungsgerechte Bezahlung für das pflegerische und ärztliche Personal in Krankenhäusern durchsetzen.

3880... **die Pflegesituation in Bayern verbessern und pflegende Angehörige besser unterstützen.**

... die Gesundheitspolitik nach den Grundsätzen „Prävention vor Behandlung“ und „Rehabilitation vor Pflege“ ausrichten.

3885

... Schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdiges Leben bis zum Tod ermöglichen.

3890... **den Altenpflegeberuf attraktiver gestalten und die Pflegeausbildung modernisieren.**

Bürgerversicherung statt Zwei-Klassen-Medizin

3895Die Finanzierung einer umfassenden Gesundheitsversorgung sowie einer menschenwürdigen Pflege ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität in der gesamten Gesellschaft. Wir werden daher aus Bayern eine Initiative für die Einführung einer Bürgerversicherung Gesundheit und
3900einer Bürgerversicherung Pflege starten. Dabei wollen wir zur gleich hohen Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber zurückkehren. Einkommensunabhängige Zusatzbeiträge („Kopfpauschalen“) und eine Privatisierung des Lebensrisikos Pflege („Pflege-Bahr“) lehnen wir ab.

3905

Wir wollen aber das System nicht von heute auf morgen komplett ändern: Alle neu zu versichernden Bürgerinnen und Bürger werden automatisch zum Tarif der Bürgerversicherung versichert. Wer bisher privat versichert
3910ist, kann in einer Übergangszeit in den Bürgerversicherungstarif wechseln. An der beitragsfreien Familienversicherung hält die Bürgerversicherung fest. Mit der Bürgerversicherung beenden wir die zunehmende Zwei-

Klassen-Medizin und stellen die Finanzierung von
3915Gesundheit und Pflege endlich auf ein solides Fundament.

Wohnortnahe Gesundheitsversorgung

Wichtig ist uns die wohnortnahe stationäre sowie ambulante
3920haus- und fachärztlichen Gesundheitsversorgung auch im
ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen.
Unterversorgung droht in Bayern vor allem im
hausärztlichen Bereich. Wir werden daher die Hausärzte
stärken und ihre Funktion als Lotsen im Gesundheitssystem
3925ausbauen. Über eine Bundesratsinitiative wollen wir dazu die
von der Bundesregierung ausgehobelten Hausarztverträge
wieder stärken. Medizinische Versorgungszentren (MVZ)
sind eine wertvolle Ergänzung zur bestehenden ambulanten
Versorgung. Eine Weiterentwicklung zu hausärztlichen
3930Versorgungszentren ist sinnvoll.

Regionalen Bedarf ermitteln

Die Nutzung arztentlastender Instrumente durch
3935qualifiziertes Pflegepersonal bis hin zur Telemedizin wollen
wir vorantreiben. Die Bedarfsplanung wollen wir zur
patientenorientierten Versorgungsplanung weiterentwickeln,
um so den regionalen Versorgungsbedarf im hausärztlichen,
fachärztlichen und psychotherapeutischen Bereich
3940wirklichkeitsgetreu abbilden zu können. Zur Einbeziehung
regionaler Interessen sollen die Kommunen in jedem Fall am
gemeinsamen Landesgremium beteiligt sein.

Zum Abbau der Unterversorgung in strukturschwachen
3945Regionen gehört andernorts der Abbau bestehender
Übersorgung zwingend dazu. Wir werden aber auch den
Fokus verstärkt auf die Nachwuchsgewinnung legen. Die von
der Staatsregierung aufgelegten Förderprogramme sind nicht
wirkungsvoll genug. Wir werden darauf hinwirken, den
3950Stellenwert der Allgemeinmedizin an den Universitäten zu
erhöhen, um Medizinstudierenden frühzeitig die zentrale
Rolle und die Bedeutung der hausärztlichen Versorgung
vermitteln zu können. Die Einrichtung von weiteren
Lehrstühlen für Allgemeinmedizin an bayerischen
3955Hochschulen ist ebenso notwendig wie die gezielte
Förderung von Weiterbildungsverbänden oder die
Überarbeitung der Auswahlkriterien fürs Studium.

Psychiatrische Versorgung verbessern

3960

Wir werden die Psychiatrische Versorgung in Bayern
verbessern und hierzu zu allererst Daten der
psychiatriespezifischen Versorgungsforschung erheben, die
für effiziente Planungs- und Entwicklungsprozesse
3965unabdingbar sind. Deutliche Defizite gibt es in der
Krisenintervention, die im Freistaat sehr unterschiedlich

verteilt und meistens auf Städte (München, Würzburg, Bayreuth-Kulmbach) konzentriert ist. Hier fordern wir flächendeckende Krisendienste. In den Bereichen der 3970Erwachsenen-Psychiatrie, aber v.a. auch in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und Gerontopsychiatrie gibt es sowohl im ambulanten wie auch stationären Bereich Engpässe, die z.T. den Versorgungsauftrag der KVB betreffen aber v.a. im stationären Bereich in die Verantwortung des Freistaats 3975fallen. Hier werden wir uns für ausreichend Therapieplätze und Angebote einsetzen, die auch dem Anspruch einer gemeindenahen psychiatrischen Versorgung gerecht werden.

Fragen des Erhalts des Arbeitsplatzes bzw. der Reintegration 3980werden durch Schnittstellenprobleme Land-Bezirk-Kommune- Arbeitsagentur-Maßnahmenträger-GKV verkompliziert. Hier werden wir uns für flexible, bedarfsgerechte und individuelle Lösungen stark machen.

3985Gute Bedingungen für Krankenhäuser

Wir stehen für eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung der bayerischen Krankenhäuser auch in Hinblick auf den ländlichen Raum. Hier sind Bund und Land 3990gleichermaßen in Verantwortung. Die drastischen Investitionskürzungen haben in den bayerischen Krankenhäusern einen immensen Investitionsstau zu Folge. Dieser muss Stück für Stück abgebaut werden. Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung 3995ein. Dazu gehören vor allem auch gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

In einem gerechten Finanzierungssystem müssen die Personalkosten ausreichend berücksichtigt werden, damit die 4000Krankenhäuser nicht auf ungerechtfertigte Mengenausweitungen ausweichen. Patientinnen und Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass Behandlungen allein medizinisch begründet sind. Qualität und Patientensicherheit soll bei der Krankenhausplanung und 4005-finanzierung eine stärkere Rolle spielen."

Darüber hinaus brauchen wir wieder einen staatlichen Investitionskostenzuschuss für die Modernisierung, Renovierung bzw. den Bau von Alters- und Pflegeheimen, 4010um die Pflegesatzentwicklung zu entlasten.

Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und eine leistungsgerechte Bezahlung für das pflegerische und ärztliche Personal in Krankenhäusern ein. Einsparungen 4015dürfen nicht zu Lasten der Patienten und des Pflegepersonals gehen. Zugunsten einer qualitativ hochwertigen Versorgung fordern wir eine Personalbemessungsverordnung.

4020 **Effizienter öffentlicher Gesundheitsdienst**

Zur wohnortnahen Gesundheitsversorgung gehört für uns auch ein effizienter öffentlicher Gesundheitsdienst. Dieser muss nicht nur dringend personell gestärkt werden, damit er 4025 die vielfältigen Aufgaben verantwortungsvoll wahrnehmen kann, sondern auch im Hinblick auf seine Funktion als dritte Säule im Gesundheitswesen, neben Krankenhaus und ambulanter Versorgung, weiterentwickelt werden.

4030 **Für mehr Prävention und Rehabilitation**

Nach den Grundsätzen „Prävention vor Behandlung“ und „Rehabilitation vor Pflege“ werden wir medizinische Früherkennungs- und Vorsorgeuntersuchungen ausbauen, die 4035 körperliche und geistige Aktivität älterer Menschen durch wohnortnahe Präventionsangebote fördern und diese Angebote über eine Bundesratsinitiative in einem Präventionsgesetz verbindlich regeln.

4040 Vorsorge und Versorgung müssen miteinander verzahnt und in integrierte Versorgungskonzepte systematisch eingebunden werden. Durch die Vernetzung von lokalen und regionalen Gesundheitsangeboten in Bayern werden wir die Präventionsmaßnahmen stärken. Außerdem setzen wir uns 4045 dafür ein, dass das Rehabilitationsbudget der Rentenversicherung entsprechend der älter werdenden Gesellschaft steigt. Vermeidbare Erkrankungen zu vermeiden und Gesundheit wiederherzustellen oder zu erhalten hilft den Menschen in Bayern, senkt die Kosten im Gesundheitswesen 4050 und stärkt die wirtschaftliche Struktur unserer Heil- und Kurbäder.

Gute Pflege in Bayern

4055 Der Bedarf an Pflegeleistungen wird in den nächsten Jahrzehnten deutlich steigen. Ohne beste Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige und anständige Bezahlung der Fachkräfte wird ein Pflegenotstand nicht zu verhindern sein. Deshalb wollen wir die 4060 Umwandlung der derzeit als „Teilkassko“ gestalteten Pflegeversicherung in eine Vollversicherung prüfen. Wir werden eine ganzheitliche, an der individuellen Biographie und am Grad der Selbständigkeit orientierte, aktivierende und kultursensible Pflege einführen. Die Bedürfnisse der 4065 Pflegebedürftigen werden dabei im Mittelpunkt stehen, nicht Ort und zeitlicher Aufwand der Leistung. Deshalb werden wir alles dafür tun, dass die Empfehlungen des Beirates zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs aus dem Jahre 2009 endlich umgesetzt werden. Damit wird auch die 4070 zeitintensivere Betreuung von Demenzkranken endlich angemessen berücksichtigt.

Pflegende Angehörige besser unterstützen

4075 Wir werden in Bayern dafür sorgen, dass pflegende Angehörige besser unterstützt und entlastet werden als bisher. Dafür werden wir wohnortnahe Beratungsstellen und ambulante Pflegedienste stärker ausbauen und uns dafür einsetzen, dass gesetzliche Ansprüche auf Kurzzeit- und 4080 Verhinderungspflege erhöht werden, damit pflegende Angehörige ihren Alltag bewältigen können. Schließlich unterstützen wir die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Pflege zu Hause. Dazu gehören ein Freistellungsanspruch mit Lohnersatzzahlung und eine 4085 gesetzliche Rückkehrgarantie an den alten Arbeitsplatz, aber auch die Berücksichtigung von Pflegezeiten bei der Rentenberechnung und ein Anspruch auf ein flexibles Zeitbudget für die Pflege von Angehörigen.

4090 Würdiges Leben bis zuletzt

Schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdiges Leben bis zum Tod zu ermöglichen und ihnen beim Sterben zur Seite zu stehen, ist eine wichtige und 4095 verantwortungsvolle Aufgabe. Wir werden deshalb in Bayern die Schaffung eines flächendeckenden Netzes von Hospizeinrichtungen vorantreiben.

Altenpflegeberuf attraktiver machen

4100 Wir werden in Bayern ab 2013 Altenpflegeberufe attraktiver machen. Die Ausbildung wird kostenfrei gestellt. Entsprechend werden wir in Bayern eine Ausbildungumlage einführen. Wir unterstützen eine der hohen Arbeitsbelastung 4105 und Verantwortung entsprechend höhere Bezahlung der Fachberufe in der Pflege.

Wir setzen uns für eine gemeinsame Pflegeausbildung ein, welche die Ausbildungen in der Altenpflege, Gesundheits- 4110 und Krankenpflege sowie Gesundheits- und Kinderkrankenpflege vereint. Ebenso wichtig ist uns die Förderung der akademischen Ausbildung, um die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen, die Professionalisierung voranzutreiben und den gestiegenen 4115 Anforderungen an die Qualität der Pflege gerecht zu werden.

Organspende

Die BayernSPD steht zur Organspende und setzt sich für eine 4120 umfassende Aufklärung der Datenmanipulationen an bayerischen Transplantationszentren ein. Um den enormen Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit wiederherzustellen, wollen wir mehr Transparenz in dem sensiblen Bereich der Organspende, veränderte Rahmenbedingungen und 4125 Konsequenzen bei Fehlverhalten.

Religionsgemeinschaften und Freie Wohlfahrtspflege: Säulen der Gesellschaft

4130 Kirchen und Religionsgemeinschaften sind in Bayern wichtige Akteure der Zivilgesellschaft. Sie verdienen staatliche Anerkennung und öffentliche Unterstützung. Bayern ist ein christlich geprägtes Land, aber ebenso auch eine multireligiöse Gesellschaft, zu der auch unsere
4135 muslimischen und jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gehören. Religionsfreiheit, religiöse Toleranz und gegenseitiger Respekt sind uns wichtige Werte.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

4140

... die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege besser fördern.

... die soziale Infrastruktur zusammen mit diesen
4145 **Verbänden verbessern.**

...die Selbsthilfe besser fördern und deren Landesarbeitsgemeinschaft besser ausstatten.

4150 **... die Bündnisse für Toleranz im ganzen Land fördern und unterstützen.**

Die BayernSPD würdigt die Leistungen der christlichen Kirchen in Bayern, insbesondere ihren Beitrag in der
4155 sozialen Arbeit, der Kinderbetreuung, der Familienhilfe, der Flüchtlingsarbeit und vieles mehr. Wir wissen: Ohne kirchliches Engagement und den haupt- und ehrenamtlichen Einsatz zahlreicher kirchlicher Organisationen und Verbände könnte die soziale Infrastruktur nicht aufrechterhalten
4160 werden.

Wir bekennen uns zum Prinzip der Subsidiarität. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wollen wir besser fördern und unterstützen. Gemeinsam mit den kommunalen und staatlichen Institutionen gewährleisten sie ein breites
4165 Angebot an sozialen Diensten und Einrichtungen. Der Bayerische Sozialbericht zeigt, dass an vielen Stellen die soziale Infrastruktur verbessert werden muss. Gemeinsam mit der Freien Wohlfahrtspflege werden wir die notwendigen Maßnahmen entwickeln und vorantreiben.

4170 Der Beitrag der Selbsthilfe in der Sozial- und Gesundheitspolitik ist lange Zeit unterschätzt worden. Wir verstehen uns als Partner der Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfe in Bayern, die wir besser ausstatten werden.

4175 Wir begrüßen und unterstützen das Engagement des Bayerischen Bündnisses für Toleranz und der örtlichen Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Rassismus und

Antisemitismus.

4180

Bildung

Bildungspolitik: Das ist gerecht!

4185 Bildung ist ein Menschenrecht und daher eines der höchsten
Güter unserer Gesellschaft. Unser Verständnis von guter und
hochwertiger Bildung ist ganzheitlich und versteht Lernen
als lebensbegleitenden Prozess: moderne Bildungspolitik
muss daher die Bildungslaufbahn jedes Einzelnen von
4190 Anfang an und ein Leben lang begleiten. Das
Bildungsangebot der Zukunft muss ein schlüssiges
Gesamtkonzept sein, das sowohl gut als auch gerecht ist.
Unser Ziel ist es, allen Menschen gleiche Bildungschancen
zu ermöglichen und niemanden auf dem Weg des Lernens
4195 zurückzulassen. Bildung ist der Schlüssel zu einer
demokratischen Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft
und befähigt sie zu einer aktiven Mitgestaltung.

Wir wollen Schule neu denken und ein Schulsystem, in dem
4200 Leistung gefördert und Chancenvielfalt ermöglicht wird.
Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen heißt Bildungserfolg
unabhängig von Herkunft, finanziellem Hintergrund und
Bildungsstatus der Eltern zu garantieren.

4205 Bei allen Maßnahmen geht es nicht um eine kompromisslose
Abkehr von allem Bestehenden, sondern darum, passgenaue
Alternativen für eine starke Bildungszukunft unserer jungen
Menschen zu schaffen.

4210 **Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

**... bessere Rahmenbedingungen für Lehrkräfte und
Schulen schaffen.**

4215 **... individuelle Förderung als zentrale Aufgabe begreifen.**

**... Längeres gemeinsames Lernen als zusätzliches
Angebot ermöglichen.**

4220 **... den Schulen mehr Selbstverantwortung geben.**

**... ein Recht auf einen guten Ganztagschulplatz
verankern.**

4225 **... mit der Gemeinschaftsschule den ländlichen Raum
stärken.**

**... berufliche Bildung als starke Säule neben dem
Studium ausbauen.**

4230

... lebensbegleitendes Lernen durch ein Recht auf

Bildungsurlaub sichern.

In Bayerns Schulen und Bildungseinrichtungen wird täglich
4235 hervorragende Arbeit geleistet – und das oft unter
ungünstigen Rahmen- und Arbeitsbedingungen. Dies
verdanken wir engagiert arbeitenden Lehrkräften, unseren
Schulleiterinnen und Schulleitern sowie Erzieherinnen und
Erziehern. Die Schülerinnen und Schüler, unterstützt durch
4240 ihre Eltern, bringen in nationalen und internationalen
Vergleichsarbeiten hervorragende Ergebnisse. Alle
Schularten, von der Grundschule über Mittel-, Realschule,
Wirtschaftsschulen, Gymnasium bis zu den beruflichen
Schulen und den Förderzentren tragen zu den anerkannt
4245 guten Ergebnissen ihren Anteil bei.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das bayerische
Schulsystem hoch selektiv ist und viele Talente auf der
Strecke bleiben. Gute Bildung hat das Ziel, jedes einzelne
4250 Potenzial zu entfalten. Um diesem Anspruch gerecht zu
werden, lassen wir uns nicht mehr auf eine Bildungspolitik
der Korrekturen und Reparaturmaßnahmen ein, sondern
haben den Mut, uns die Qualitätsfrage immer wieder aufs
Neue zu stellen. Wir müssen alte Strukturen an neuen
4255 Erkenntnissen und Wissenschaftsstandards überprüfen und
an diesen neu ausrichten. Dieser Mut ist Bayern in den
letzten Jahrzehnten abhanden gekommen.

Keiner darf verloren gehen

4260

Wir wollen Schule neu denken und in einer ehrlichen
Diskussion gemeinsam mit allen gesellschaftlich relevanten
Kräften die Zukunftsfrage Bildung neu stellen. Am Ende des
Weges steht ein Schulsystem, in dem keiner verloren geht,
4265 Leistung gefördert und Chancenvielfalt ermöglicht wird.
Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen heißt Bildungserfolg
unabhängig von Herkunft, finanziellem Hintergrund und
Bildungsstatus der Eltern zu garantieren. Noch immer haben
Kinder von Akademikerinnen und Akademikern eine fast
4270 siebenmal höhere Wahrscheinlichkeit, an ein Gymnasium zu
wechseln. Noch immer ist ein guter Schulabschluss oftmals
Ergebnis teurer Nachhilfe. Noch immer bleiben Kinder mit
Migrationshintergrund auf der Strecke. Gute Bildungspolitik
muss alle Qualitätsstandards und Schulabschlüsse
4275 wohnortnah ermöglichen, lange Schulwege vermeiden und
regionale Schulmodelle zulassen, um gleiche Chancen in
Stadt und Land zu schaffen.

Kinder in den Mittelpunkt stellen

4280

Wir werden Schule zu einem Ort des Lernens machen, der
gleichzeitig Lebensraum und ein Ort für Inspiration und
Kreativität ist. Das leisten nur starke Schulen, die personell
sowohl mit Lehrkräften als auch mit zusätzlichem

4285pädagogischem Fachpersonal wie Sozial- und Heilpädagogen gut aufgestellt sind. Gemeinsames Anliegen aller muss es sein, das Kind in den Mittelpunkt zu stellen und im Team intensiv zusammenzuwirken. Schulen müssen sich auf klare Rahmenbedingungen durch die Politik verlassen können.
4290Dazu gehört auch, dass ausreichend Personal eine gesicherte Unterrichtsversorgung gewährleistet und kleine Klassen ermöglicht.

Beste Rahmenbedingungen für Lehrkräfte und Schulen

4295

Lehrkräfte brauchen unser Vertrauen und Unterstützung. Wir werden dafür sorgen, dass sie durch die Zusammenarbeit in Lehrerteams Synergien nutzen und dafür auch ausreichend Zeit und Ausstattung bekommen. Entscheidend für uns ist
4300eine zeitgemäße Fortbildung und professionelle Begleitung der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals. Für eine Schule, die längeres gemeinsames Lernen ohne Aussieben der Schwächeren, aber auch die Teilhabe von Kindern mit und ohne Handicaps ermöglicht, brauchen wir eine neue
4305LehrerInnenbildung. Wir wollen die LehrerInnenbildung neu ausrichten und die Anforderungen an eine moderne Schule in den Blick nehmen.

Unabhängig von ihrem späteren Einsatzgebiet braucht jede
4310zukünftige Lehrkraft ein profundes pädagogisches Grundgerüst, das mit Blick auf die Umsetzung der Inklusion auch Kenntnisse über Förderpädagogik beinhaltet. Dabei darf die fachwissenschaftliche Ausbildung nicht zu kurz kommen. Im Rahmen des Bologna-Prozesses wird auch die
4315LehrerInnenbildung grundlegend reformiert. Wir gehen von der Gleichwertigkeit der Lehrämter aus, sodass der Grundsatz gelten muss: kein Lehramt ohne Masterabschluss. Für uns ist eine intensive Verzahnung von Praxis und Studium von großer Bedeutung.

4320

Ganzheitliche Bildung - Individuelle Förderung als zentrale Aufgabe

Im Mittelpunkt einer guten Schule steht stets das Kind selbst.
4325Jedes Kind ist einmalig. Die Bildungsangebote müssen sich an den Bedürfnissen des Einzelnen orientieren. Die Lehrpläne der bayerischen Schularten sind vollgestopft mit Einzelwissen und betonen zu sehr den kognitiven Bereich. Wir wollen den Artikel 131, Absatz 1 der Bayerischen
4330Verfassung ernst nehmen: „Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.“ In diesem Sinne streben wir eine gründliche Überarbeitung der Lehrplaninhalte aller Schularten an und nehmen die Entwicklung der gesamten
4335Persönlichkeit der jungen Menschen in den Blick. Dabei müssen Unterrichtsinhalte wie „Alltags- und Lebensökonomie“ in allen Schularten genauso ihren Platz

haben wie eine lebensnahe Umweltbildung. Aus der Lern- und Gehirnforschung wissen wir, dass nur selbstgesteuertes und selbstaktives Lernen zu wirklich nachhaltigen Ergebnissen führt. Dabei geht es nicht darum, Wissen in der Wiedergabe von möglichst vielen Fakten zu verstehen, sondern Wissen zu vernetzen und vielfältige Kompetenzen zu erlernen. So bringen wir echte individuelle Förderung ins System und werden jedem einzelnen Kind gerecht.

Längeres gemeinsames Lernen als zusätzliches Angebot

Gute Bildungspolitik ist nie abgeschlossen, sondern entwickelt sich immer weiter unter Berücksichtigung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Neben den bewährten Schulangeboten müssen neue Wege ermöglicht werden. Längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen wird daher durch unsere Initiativen auch in Bayern eine Chance erhalten.

Pädagogische und organisatorische Weiterentwicklung ist grundsätzlich Aufgabe aller Schularten. So werden sich Realschulen und berufliche Oberschulen gemeinsam zu einer starken Säule neben dem Gymnasium positionieren. Mittelschulen und Wirtschaftsschulen werden bei diesem Prozess aktiv mit einbezogen. Jede Schulart kann und soll in der vielfältigen bayerischen Schullandschaft einen zukunftsweisenden Platz einnehmen.

4365

Wahlrecht zwischen G 8 und G 9 schaffen

Nach der überstürzten Einführung des achtjährigen Gymnasiums sehen wir gerade beim bayerischen Gymnasium Nachbesserungsbedarf: In Verbindung mit einer pädagogischen Ausrichtung hin zu selbstaktiven Lernformen, einer Reduzierung der Pflichtstundenzahl in der Unter- und Mittelstufe und einem raschen Ausbau des Ganztagsangebots entlasten wir die Schülerinnen und Schüler. Durch eine Flexibilisierung der gymnasialen Oberstufe schaffen wir ein Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten und damit ein Wahlrecht für eine acht- oder neunjährige Schulzeit.

Neue Wege gehen

4380

Aber auch Schulen, die andere Wege gehen wollen, brauchen unsere Unterstützung. Wir werden daher Anreize für pädagogische Neuausrichtungen schaffen. Wir werden es allen Schulen ermöglichen, sich auf Antrag zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln, damit vor Ort ein neues pädagogisches Angebot entstehen kann. Dafür werden wir das Schulgesetz so anpassen, dass regionale Schulmodelle und längeres gemeinsames Lernen auch an kleinen ländlichen Schulstandorten ermöglicht werden können. Leistungsstarke und pädagogisch hochwertige

Schulen sind unser Leitbild für eine Schule der Zukunft.

Schulen durch mehr Selbstständigkeit stärken

4395Dreh- und Angelpunkt für Unterrichtsqualität ist die Schule selbst. Sie muss mehr Verantwortung, aber auch mehr Entscheidungsrecht bekommen. Dazu braucht sie auch die nötigen Strukturen und Ressourcen. Eine herausragende Rolle spielt dabei die Schulleitung. Schulleiterinnen und 4400Schulleiter brauchen für ihre Aufgaben entsprechende Leitungszeit und professionelle Ausbildung. Alle Schulen werden von uns endlich mit einer ausreichenden Zahl von Verwaltungskräften ausgestattet. Eine Verlagerung der Verantwortlichkeiten auf die Einzelschule verlangt auch eine 4405Neuorganisation der staatlichen Schulaufsicht. Dabei kann die erfolgreiche Struktur der Ministerialbeauftragten als Bindeglied zwischen Kultusministerium und Schule als Beispiel dienen.

4410Eine selbstständige Schule ist aber auch auf eine starke Mitbestimmungskultur angewiesen. Wichtige Entscheidungen können und dürfen nur in einem demokratischen Abstimmungsprozess getroffen werden, bei dem die Schülerinnen und Schüler altersgemäß aktiv beteiligt 4415werden und Eltern wie auch Lehrkräfte stark eingebunden sind. Demokratie muss gelebt werden. Werte wie Gerechtigkeit, Toleranz und Geschlechtergleichheit müssen mit Leben gefüllt werden.

4420Für die Schulen braucht es mehr Selbstbestimmung, gleichzeitig wollen wir auch engere Zusammenarbeit in der Bildung: Wir werden auf Bundesebene den kooperativen Bildungsföderalismus durch Artikel 104c GG umsetzen.

4425Vielfalt als Chance

Die Vielfalt der jungen Menschen als Chance betrachten: Das muss Grundlage des pädagogischen Handelns in der Schule der Zukunft sein. Kinder mit Migrationshintergrund 4430sind eine Bereicherung und erfordern unsere größtmögliche Aufmerksamkeit. Da Schulerfolg von den Sprachkenntnissen erheblich abhängt, sorgen wir dafür, dass sie bestmöglich beim Erwerb der deutschen Sprache unterstützt werden und auch Unterricht in ihrer Muttersprache erhalten

4435 Bayern muss die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ernst nehmen und schnellstmöglich inklusive Bildungseinrichtungen schaffen. Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem 4440Förderbedarf sind somit künftig ganz normale Mitglieder unserer Schulgemeinschaften. Voraussetzung dafür ist aber, alle Schulen für diese Herausforderung fit zu machen und mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. Inklusion ist

Aufgabe aller Schulen.

4445

Gute Ganztagschulen

Jedes Kind muss das Recht auf einen gebundenen Ganztagsplatz erhalten. Eine gute Ganztagschule ist mehr als eine Nachmittagbetreuung. Sie organisiert verbindlich Lern- und Übungszeiten, aber auch Arbeitsgemeinschaften und Freizeitangebote über den ganzen Schultag verteilt, sodass Schülerinnen und Schüler ausreichend Zeit und Raum für ganzheitliche Bildung und Persönlichkeitsentwicklung bekommen.

Eine qualitativ hochwertige Ganztagschule braucht einen abwechslungsreichen Tagesablauf und individuelle Fördermöglichkeiten für die Kinder. Expertinnen und Experten von außen bereichern das Schulleben. Lokale Einrichtungen wie gemeindliche Jugendarbeit und Vereine verschiedener Prägungen müssen eingebunden werden. Die Ganztagschule endet hausaufgabenfrei in der Regel um 16 Uhr. Dann bleibt ausreichend Zeit, den persönlichen Interessen nachzugehen oder sich in örtlichen Vereinen und in der Jugendarbeit zu engagieren. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, muss in Zusammenarbeit mit den Kommunen ein Betreuungsangebot auch nach 16 Uhr und in den Ferienzeiten ermöglicht werden.

Wir wissen: Guter Ganzttag kostet. Wir werden daher den Schulen zusätzliche Stunden geben, damit ein abwechslungsreiches Unterrichts- und Lernangebot auf hohem Niveau bis in den Nachmittag hinein angeboten werden kann. Ganztagschulen brauchen zudem für zusätzliches Personal auch ausreichende Finanzmittel. Damit die Kommunen die Anpassung der Schulräume an die Anforderungen eines guten Ganztags ermöglichen können, werden wir gezielte Förderprogramme auflegen.

Schule im ländlichen Raum

Die demografische Veränderungen und eine zunehmende „Landflucht“ machen es wichtiger denn je, die ländlichen Regionen attraktiv für junge Familien zu halten, indem wir auch kleine Schulstandorte auf dem Land sichern. Wir wollen flächendeckend ein wohnortnahes Bildungsangebot mit hohen Qualitätsstandards sichern. Denn ein attraktives Schulangebot ist ein wichtiger Standortfaktor für jede Gemeinde. Dabei erhalten die Kommunen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung regionaler Bildungslandschaften. Vorhandene Schulstandorte sollen sich zu Gemeinschaftsschulen weiter entwickeln können und durch alle Schulabschlüsse wieder attraktiver werden. Gemeinschaftsschulen wird es aber nur dort geben, wo

Kommune und Schulfamilie diese beantragen. Damit vorhandene Schulangebote nicht gefährdet werden, werden wir für jeden Landkreis einen eigenen Bildungsplan erstellen.

4500

Berufliche Bildung als starke Säule

Jedes Jahr entscheiden sich mehr als die Hälfte der Jugendlichen nach Ende der Schulzeit für eine berufliche Ausbildung. Die duale Ausbildung ist ein über die deutschen Grenzen hinaus gefragtes Bildungsmodell. Wir werden deshalb alles tun, über diesen bewährten Weg den zunehmenden Fachkräftebedarf zu sichern.

4510Sorge bereitet uns einerseits die immer noch zu hohe Zahl von Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Abschluss und mit mangelnder Ausbildungsfähigkeit, andererseits die teilweise enorm gestiegenen Anforderungen der Betriebe. Zu viele junge Menschen müssen derzeit in Übergangssystemen auf den Einstieg in das Berufsleben vorbereitet werden. Die dafür notwendigen Mittel müssen besser in die allgemeine und berufliche Schulzeit investiert werden, um direkte Einstiege in die Ausbildungsberufe zu ermöglichen. Sozialpädagogische Unterstützungsmaßnahmen müssen bei Bedarf die Übergänge von Schule und Beruf begleiten. Wir werden daher eine breite Qualifikationsbündelung bei der Ausbildung sicherstellen, die zum beruflichen Handeln befähigt, die Grundlagen für selbstständiges Weiterlernen schafft und vielseitige Vermittlungs- und Arbeitsmarktchancen eröffnet. Ausbildungen mit kürzerer Ausbildungsdauer müssen auf das Notwendigste beschränkt bleiben und dienen allenfalls dem Einstieg in die berufliche Ausbildung.

4530Wir wollen geschlechtersensible Bildung

Nicht nur bei der Berufswahl gibt es Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Mädchen und Jungen werden - oft unbewusst - zu unterschiedlichem Rollenverhalten erzogen. Wir setzen uns ein für eine geschlechtersensible Bildung. Dieser Gedanke muss auch Eingang finden in die Ausbildung der AkteurInnen des Bildungssystems (ErzieherInnen, Dozierende, Lehrkräfte...). Auch die vorhandenen Lehr- und Lernmaterialien wollen wir auf diesen Aspekt hin überprüfen und überarbeiten. Weitere Schritte müssen folgen.

Zuwanderer besser fördern, Geschlechtertrennung überwinden

4545Menschen mit Zuwanderungshintergrund bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit und gezielte Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Chancen. Beruflich qualifizierten Zuwanderern müssen wir den Zugang zu den Hochschulen erleichtern und die in der beruflichen Ausbildung

4550erworbenen Qualifikationen auf ein Hochschulstudium anrechnen. Die geschlechtsspezifische Trennung bei der Ausbildung müssen wir mit geeigneten Maßnahmen überwinden.

4555 **Berufsschulen stärken**

Im Rahmen der dualen Ausbildung hat der Staat eine große Verantwortung, die Berufsschulen handlungsfähig zu erhalten und für eine gute Personalausstattung zu sorgen.

4560Dazu gehört, die Angebote der Doppelqualifizierung durch Berufsschule und Fachhochschulreife an allen Berufsschulstandorten auszubauen und auch, die Lehrtätigkeit für externe Meisterinnen und Meister attraktiv zu halten, damit die Nähe zur realen Wirtschaft garantiert ist.

4565Die Berufsschulen müssen zu starken Partnern für allgemeinbildende Schulen, aber auch für die Weiterqualifizierung und den Bereich des lebensbegleitenden Lernens zu vielseitigen Kompetenzzentren werden.

4570 **Lebensbegleitendes Lernen**

Bildungspolitik ist nicht nur Schulpolitik. Schon von Anfang an müssen wir dafür sorgen, dass alle Kinder Zugang zu Bildung bekommen. Ebenso müssen wir ein starkes

4575Bildungsangebot nach der Schule bereitstellen. Die Bedeutung der Bildung nach der Schule wird immer größer. Die Förderung individueller Kompetenzen und Lebenserfahrungen, die soziale Integration und die politische Partizipation – kurz: der Erhalt der Teilhabe am
4580gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Lebensalter – ist eine zentrale Aufgabe der Zukunft.

Bildung ist ein Menschenrecht. Für uns gilt das dann aber auch für die Bildung nach der Schule und Ausbildung. Die

4585Umsetzung des Prinzips des lebensbegleitenden Lernens geschieht derzeit nicht systematisch und ist dem Einzelnen überlassen. Bayern wird dieser wachsenden Bedeutung nicht ausreichend gerecht. Wir werden die Erwachsenenbildung auf die persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen
4590Bedürfnissen der Lernenden abstimmen.

Erwachsenenbildung beinhaltet damit alle Formen organisierten Lernens nach der Schule, in den gleichrangigen und gleichwertigen Bereichen der allgemeinen, politischen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung.

4595

Erwachsenenbildung aufwerten

Wir werden die Teilnahme und die Abschlüsse an den Angeboten des lebensbegleitenden Lernens durch einen

4600staatlich anerkannten und zertifizierten Weiterbildungspass dokumentieren und die Angebote der Erwachsenenbildung in den Zentren für Aus-, Fort- und Weiterbildung als

Grundversorgung definieren und verbindlich mit öffentlichen Mitteln finanzieren. Zur Grundversorgung gehören unter
4605anderem Angebote der politischen Bildung, Angebote zum Ausbau und Erwerb von Schlüsselqualifikationen wie Sprach-, Kultur- und Medienkompetenzen, Arbeits- und berufsbezogene Weiterbildung.

4610Wir werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Altersstufen einen bedarfsgerechten **individuellen Freistellungsanspruch** einräumen und schulabschlussbezogene Maßnahmen des lebensbegleitenden Lernens im Sinne einer „zweiten Chance“ staatlich
4615finanzieren. Die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltung beim Thema Qualifizierung werden wir ausbauen, die Finanzierung der Fort- und Weiterbildung organisieren und dabei sicherstellen, dass die Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Wir
4620werden ein umfassendes Beratungsangebot im Sinne einer Bildungsberatung für lebensbegleitendes Lernen schaffen, das Erwachsenen-BAföG ausbauen, um den Zugang zu Bildung ein Leben lang zu ermöglichen.

4625**Weiterbildungsgesetz soll den Menschen dienen**

Wir werden ein Weiterbildungsgesetz einbringen nach folgendem Grundprinzip: Erwachsenenbildung dient dem Menschen, seinen persönlichen, beruflichen und
4630gesellschaftlichen Bedürfnissen. Erwachsenenbildung beinhaltet damit alle Formen organisierten Lernens nach der Schule, in den gleichrangigen und gleichwertigen Bereichen der allgemeinen, politischen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung.

4635

4640Hochschulen, Wissenschaft und Forschung: Hohe Qualität erhalten, sozial gestalten

Wissenschaftliche Bildung und die Qualität der Forschung unserer Hochschulen sind Motoren der gesellschaftlichen,
4645wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes. Nur mit hervorragenden Ausbildungsbedingungen für alle Studierenden sind an unseren Hochschulen wissenschaftliche Spitzenleistungen möglich.

4650Ziel unserer Hochschulpolitik ist, möglichst viele junge Menschen zu einem erfolgreichen Studium zu führen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

4655... **einen chancengleichen, gebührenfreien Zugang zum**

Hochschulstudium garantieren.

... die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Barrieren für ein Studium abbauen.

4660

... die Hochschulen besser ausstatten und das Personal aufstocken.

... die demokratische Gestaltung der Hochschulen vorantreiben, die verfasste Studierendenschaft einführen und die Selbstverwaltung stärken.

... die nicht umgesetzten Ziele der Bologna-Reform anpacken: Mobilität und Sozialverträglichkeit erhöhen, Verschulung senken.

... den Anteil weiblicher Wissenschaftlerinnen mit gezielten Fördermaßnahmen und einer Quote erhöhen.

... die Arbeitsbedingungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verbessern.

... Menschen mit Behinderung ein barrierefreies Studium ermöglichen.

4680

Kostenfreie Bildung

Die Einführung der Studienbeiträge war ein Einstieg in die Privatisierung und Ökonomisierung unseres

Bildungssystems. Studiengebühren verstärken die **soziale Selektion beim Hochschulzugang**. Die Sozialdemokratie in Bayern hat maßgeblich an der Abschaffung dieser Studiengebühren mitgewirkt und setzt sich für eine langfristige Kompensation dieser Mittel aus dem

Staatshaushalt in vollem Umfang ein, um Planungssicherheit an den Hochschulen sicher zu stellen. Wir wollen die Verteilung der Mittel gerecht und durch Entscheidung des Landtags gewährleisten. Die weggefallenden Beträge werden

auch künftig aus dem Staatshaushalt in vollem Umfang kompensiert. Die Studierenden sind, wie bisher, in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Gleichzeitig werden wir, um die Ausbildung allen zu ermöglichen, das BAföG ausbauen.

4700

Hochschulen besser ausstatten

Die Hochschulen in Bayern sind chronisch unterfinanziert. Der Sanierungsstau beläuft sich inzwischen auf fünf

Milliarden Euro. Wir werden die Sanierung der maroden Hochschulbauten angehen und ein Hochschul-Investitionsprogramm auflegen.

Hochschulen werden mit langfristig garantierten, höheren
4710Mitteln ausgestattet. Mehr Sachmittel, Personal und die
Verbesserung der Situation der Hochschulbibliotheken sind
dringend notwendig, um für die Studierenden eine qualitativ
hochwertige Hochschulausbildung zu gewährleisten.

4715 **Autonomie und Mitbestimmung stärken**

Zentrales Anliegen bei einem weiteren Ausbau der
Autonomie von Hochschulen ist es, die Effizienz der
Hochschulen zu stärken und gleichzeitig die demokratische
4720Teilhabe zu fördern. Die mit der Eigenständigkeit der
Hochschulen verbundene – bisher durch den Landtag
vertretene – demokratische Legitimation muss durch eine
innere Demokratisierung der Hochschulen ergänzt werden.
Der Staat wird aus seiner Verantwortung für die
4725Wissenschafts- und Bildungspolitik jedoch nicht entlassen.

Wir werden die Autonomie der Hochschulen stärken, indem
wir verbindliche Zielvereinbarungen zwischen dem
Ministerium und den Hochschulen abschließen. Diese
4730Rahmenvorgaben werden an die Stelle der bisherigen
detaillierten, tief in die tägliche operative Leitung der
Hochschulen eingreifenden Vorgaben des Ministeriums
treten. Hochschulräte bzw. Kuratorien begleiten die
Umsetzung. Diese treffen – anders als bisher – keine
4735operativen Entscheidungen, sondern sollen vielmehr die
Gesellschaft als Ganzes repräsentieren.

Demokratische Kontrolle der Hochschulleitung

4740Professionelle Leitungsstrukturen erfordern an den
Hochschulen umfassende Kontroll-, Mitwirkungs- und
Mitbestimmungsrechte aller am Wissenschaftsprozess
beteiligter Personen und Gruppen. Wenn es um
Hochschulpolitik und -entwicklung geht, dann dürfen nicht
4745alleine finanzielle Aspekte die Richtung bestimmen. Was an
den Hochschulen passiert, muss offen und unter Mitwirkung
der Gesellschaft diskutiert werden. Und am Ende dieser
Prozesse müssen nachvollziehbare, demokratische
Entscheidungsverfahren stehen.

4750

Viertelparität einführen, Mittelbau stärken

Das Satzungsrecht der Hochschulen wird von uns gestärkt.
Professorinnen und Professoren, Mittelbau, nicht-
4755wissenschaftliche Angestellte und Studierende sollen die
Geschicke der Hochschulen von den Departments bis zum
Senat viertelparitätisch besetzt bestimmen. Alle Ämter
werden von diesen vier Gruppen frei gewählt. Künftig wird
die Hochschulleitung nicht mehr alleine über die Auswahl
4760der Kandidatinnen und Kandidaten bestimmen.

Ein Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird verpflichtend eingerichtet, um die Position des Mittelbaus zu stärken und diesem mehr Mitspracherechte einzuräumen.

Verfasste Studierendenschaft einführen

Bayern ist das letzte Bundesland, das in seinem Hochschulgesetz keine Verpflichtung zu einer selbst verwalteten Studierendenvertretung vorsieht. Die studentische Interessensvertretung in Bayern ist dadurch im Vergleich zu anderen Bundesländern um wesentliche Punkte beschnitten.

4775

Wir werden die **verfasste Studierendenschaft** mit umfassender Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat wieder einführen. Die Studierendenschaften werden Körperschaften des öffentlichen Rechts. Nur dann können die Studierenden ihre Rechte und Pflichten als Bürgerinnen und Bürger auch an der Hochschule wahrnehmen. Erst wenn die Studierenden selber darüber entscheiden, wie sie sich organisieren und für was sie ihre Mittel ausgeben wollen, kann von einer wirklichen Vertretung gesprochen werden. Und nur mit einer verfassten Studierendenschaft stehen auch genügend Mittel zur Verfügung, um das studentische Leben wirklich mitgestalten zu können.

Lehre quantitativ und qualitativ ausbauen

4790

Wir werden die Lehre stärken. Die Studierenden brauchen nicht nur profilierte Forscherinnen und Forscher, sondern auch exzellente Lehrende. Wir setzen uns dafür ein, dass gute Lehre schrittweise guter Forschung gleichgestellt wird. Die Lehrkompetenz muss ein entscheidendes Berufungskriterium werden.

Wir werden die Lehre quantitativ und qualitativ ausbauen. Die Einführung der Bachelor/Master-Studiengänge sowie der Anstieg der Studierendenzahlen werden nur bewältigt, wenn der akademische Nachwuchs stärker gefördert und die Weiterqualifizierung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstärkt wird. Die bayerischen Hochschulen brauchen ein Nachwuchsförderungsprogramm, um sicherzustellen, dass mit dem Ansteigen der Studierendenzahlen in allen Fachrichtungen genügend qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Neueinstellungen bzw. Wiederbesetzungen von Professorinnen- und Professorenstellen zur Verfügung stehen. Wir werden auch für eine fundierte didaktische Ausbildung in der Lehre sorgen. Die Lehramtsausbildung erhält einen größeren Praxisbezug und eine bessere Verzahnung von Praxis und Studium.

Studieren auch ohne Abitur

Wir werden auch Modelle fördern, die Studienangebote für Menschen bereithalten, die mitten im Berufsleben stehen und keine klassische Hochschulzugangsberechtigung haben. Das setzt vor allem einen Lernprozess und kulturellen Wandel an den Hochschulen voraus, die sich noch zu stark abschotten gegen Studieninteressierte ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung. Die nach wie vor traditionelle, starre Trennung zwischen beruflicher und akademischer Bildung werden wir überwinden. Wechsel zwischen beiden Bildungsbereichen sollen künftig selbstverständlich sein.

4830

Hohe Qualität für alle und überall

Leistungsorientierung und Chancengleichheit schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Ziel unserer Hochschulpolitik ist es, hervorragende Ausbildungsbedingungen in der Breite für alle Studierenden und damit auch die Basis für wissenschaftliche Spitzenleistungen überall in Bayern zu schaffen. Soll Bayern auch in Zukunft erfolgreich sein, muss es der Vielfalt der Begabungen und Interessen gerechter werden. Voraussetzung dafür ist ein chancengleicher Zugang zum Hochschulstudium, ohne soziale und wirtschaftliche Barrieren. Wir werden dafür sorgen.

Eine hohe Qualität von Lehre und Forschung über alle Standorte in Bayern hinweg ist unser Ziel. Profilbildung darf nicht zu Lasten der Studierenden gehen. Das Studium an verschiedenen Standorten muss von vergleichbarer Qualität bleiben.

4850

Bologna umsetzen, Studium studierbar machen

Die Beteiligung Deutschlands am **Bologna-Prozess** war ein richtiger Schritt. Die Schaffung eines europäischen Hochschulraums ist ein wesentliches Element der europäischen Integration. Die Ziele des Bologna-Prozesses unterstützen wir. Diese Ziele sind jedoch noch nicht erreicht, es besteht vielmehr Korrekturbedarf in vielen Bereichen. Wir werden daher die Reform der Reform in Kooperation mit den Hochschulen in Form von Zielvereinbarungen angehen. Wir werden

... die innereuropäische Mobilität erhöhen.

... die Verschulung auf ein erträgliches Maß reduzieren.

... die Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen herstellen.

4870... auf die Verringerung der Abbruchquoten hinarbeiten.

... für die Sozialverträglichkeit des Studiums sorgen, denn es muss auch in Zukunft möglich sein, neben dem Studium zu jobben oder Kinder zu haben.

4875

... die Bildungsdimension des Studiums stärken.

... die Weiterbildungsangebote ausbauen und lebenslanges Lernens ermöglichen.

4880

Entgegen der ursprünglichen Zielsetzung ist es für Studierende heute schwerer und nicht etwa leichter geworden, im Ausland zu studieren. Diesen Trend wollen wir in Kooperation mit den Hochschulen umkehren. Das Projekt 4885der Europäischen Integration verlangt nach mehr Austausch und mehr europäische Internationalität im Bildungsbereich. Der Zugang zu Master-Studiengängen wird daher geöffnet, das Angebot entsprechend ausgeweitet und besser auf die Bachelor-Programme abgestimmt. Für uns gilt: Ein 4890erfolgreich abgeschlossenes Bachelorstudium schafft das Recht zur Aufnahme eines Masterstudiums.

Gleichstellung an den Hochschulen fördern

4895Frauen sind in der Wissenschaft unterrepräsentiert. Im Verlauf einer wissenschaftlichen Karriere – vom Studium über die Promotion und **Juniorprofessur** oder Habilitation bis zur Professur – nimmt der Frauenanteil kontinuierlich ab. Das hat nichts mit Leistung oder wissenschaftlicher 4900Qualifikation zu tun. Die vielfältigen Ursachen reichen von Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Karriere über durchsetzungsstarke Männernetzwerke bis zu unsicheren Beschäftigungsverhältnissen.

4905Solange Frauen auch in den Kollegialorganen und anderen Gremien der Universität unterrepräsentiert sind, gehören aktive Frauenfördermaßnahmen auch in Form von verbindlichen Zielquoten zu den notwendigen Instrumenten. Um diesen Missstand zu beseitigen, erstellt jede Hochschule 4910künftig ein Gleichstellungskonzept. Und wir sorgen dafür, dass dieses auch umgesetzt wird.

Unser Ziel ist es, den Frauenanteil in der Wissenschaft – insbesondere ihren Anteil an den Professuren – deutlich zu 4915erhöhen. Dazu wollen wir mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen verbindliche Ziele festlegen und über entsprechende Kriterien bei der Programmfinanzierung Anreize setzen. Zur Steigerung des Frauenanteils werden wir Quoten einführen.

4920

Studium ohne Barrieren schaffen

4925 Die bayerischen Hochschulen müssen nach dem Hochschulgesetz dafür Sorge tragen, dass Studierende mit Behinderungen und chronischen Krankheiten in ihrem Studium nicht benachteiligt werden und die Angebote der Hochschulen möglichst ohne fremde Hilfe in Anspruch
4930 nehmen können. Ein barrierefreies Studium ist für die Studierenden an den Hochschulen jedoch nicht möglich. Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen schließt ganz wesentlich die Teilhabe an Bildung und Studium als Voraussetzung für eine umfassende gesellschaftliche
4935 Inklusion ein. Hochschulgebäude müssen für alle zugänglich werden. Es braucht unterschiedliche Unterstützungsangebote, ausreichend Personal, barrierefreie, zentral gelegene Wohnheimplätze und unbürokratische Unterstützung aus einer Hand. Auch Prüfungen müssen barrierefrei gestaltet
4940 und den Bedürfnissen der Studierenden mit Behinderung angepasst werden.

Soziale Infrastruktur stärken

4945 Die soziale Infrastruktur, die zumeist von den lokalen **Studentenwerken** bereitgestellt wird, ist wichtiger Bestandteil eines guten Studiums. In den letzten zwölf Jahren sind die Zuschüsse für die bayerischen Studentenwerke um 50 Prozent gekürzt worden. Wohnheimplätze, Mensen und
4950 Cafeterien, psychologische und andere Beratungsangebote müssen mit der steigenden Zahl von Studienplätzen mithalten. Vor allem bei der Zahl der Wohnheimplätze ist in den nächsten Jahren ein hoher, wenn auch regional sehr unterschiedlicher Bedarf absehbar, dem das Angebot gerecht
4955 werden muss.

Studieren mit Kind erleichtern

Trotz unterschiedlicher Maßnahmen ist die
4960 Familienförderung an vielen Hochschulen noch unzureichend. Wir werden dafür sorgen, dass die bisherigen Rahmenbedingungen so verbessert werden, dass sich mehr Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für ein Kind entscheiden können.

4965

Auch bei der Gestaltung von Studiengängen müssen die Bedürfnisse von Studierenden mit Kindern berücksichtigt werden. Eine flexiblere Studienplanung, zum Beispiel durch **Teilzeitstudiengänge**, muss möglich sein.
4970 Kinderbetreuungsplätze in Einrichtungen, deren Öffnungszeiten an die Hochschulpräsenzzeiten angepasst sind, müssen an allen Hochschulen ausgebaut werden.

4975

Gute Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft

Der akademische Mittelbau, zu dem Dozentinnen und Dozenten, Assistentinnen und Assistenten sowie 4980 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezählt werden, erfüllt im Bereich Lehre und Forschung bis zu 80 Prozent aller anfallenden Aufgaben. Um die Lehre an bayerischen Hochschulen qualitativ und quantitativ zu verbessern, müssen diese Stellen ausgebaut werden.

4985

Gleichzeitig werden wir die Arbeitsbedingungen im Mittelbau verbessern: So werden wir eine Mindestbefristung für Verträge nach dem **Wissenschaftszeitvertragsgesetz** von zwei Jahren festschreiben. Wir werden die Rechtsstellung der 4990 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Blick auf ihre eigenständige Forschungs- und Lehrtätigkeit stärken und sicherstellen, dass der Erwerb von Qualifikationen wie Promotion und Habilitation und das eigenständige Publizieren in der vertraglich vereinbarten 4995 Arbeitszeit erfolgen kann.

Wir werden der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts folgend klarstellen, dass Lehrkräfte für besondere Aufgaben nicht unter das Wissenschaftszeitvertragsgesetz fallen und 5000 daher grundsätzlich unbefristet zu beschäftigen sind. Für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte streben wir eine Aufnahme in den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TVL) an, hilfsweise einen eigenständigen Tarifvertrag.

5005

Wir werden die Attraktivität der Wissenschaft als Beruf weiter steigern. Ein wesentliches Ziel ist es, verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft zu schaffen. Den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern muss durch gute 5010 und verlässliche Rahmenbedingungen wissenschaftliches Arbeiten auch tatsächlich ermöglicht werden.

Wir werden die Juniorprofessur weiterentwickeln und bei erfolgreicher Evaluation früher als bislang den nahtlosen 5015 Übergang in eine Professur als Dauerstellung (tenure) eröffnen.

Die starre Pensionierungsgrenze wird aufgehoben und durch flexible Modelle ersetzt.

5020

Forschung ausbauen, Kooperationen verbessern

Das hohe Niveau der Forschung an bayerischen Universitäten soll bewahrt und ausgebaut werden. Wir 5025 bekennen uns klar zur Grundlagenforschung an den Hochschulen. Gleichzeitig streben wir eine engere

Kooperation außeruniversitärer und universitärer Forschung an, ohne die institutionelle Selbständigkeit der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Frage zu stellen. Die für die Universitäten charakteristische enge Verknüpfung von Forschung und Lehre muss unbedingt erhalten bleiben. Der sich abzeichnende Trend zur Entkoppelung von Forschung und Lehre an den Universitäten geht am Ende zu Lasten der Studierenden. Wir werden ihn stoppen.

Angewandte Forschung spielt an den **Hochschulen für angewandte Wissenschaften** eine zunehmende Rolle. Bei einem weiteren Ausbau der Hochschullandschaft liegt ein besonderes Gewicht auf den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Fächern mit ausgeprägten Schwerpunkten in angewandter Forschung muss das Promotionsrecht eingeräumt werden.

An vielen Standorten besteht eine Kooperation von Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Die Zusammenarbeit soll ausgebaut werden. Gemeinsame Graduiertenkollegs oder Forschergruppen werden gefördert.

5050

Die in den vergangenen Jahren entstandenen standortübergreifenden **Forschungsverbünde** sind ein Erfolg. Dieser Weg ist weiter und offensiver zu beschreiten. Weitere Verbünde haben vorrangig das Ziel, das starke Übergewicht der Gesundheits-, Ingenieur- und Naturwissenschaften zu korrigieren, indem die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften verstärkte Anreize erhalten, Verbünde zu schließen.

5060

Gleichstellung

5065

Gleichstellungspolitik geht alle an

In der vom Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner maßgeblich geprägten Bayerischen Verfassung steht in Artikel 118 geschrieben: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Der verfassungsgemäße Anspruch, die bestehenden Nachteile zu beseitigen und den Gleichstellungsgrundsatz zu erfüllen, wird von der konservativen Staatsregierung nicht respektiert und nicht erfüllt. Wir allerdings sehen in der Umsetzung ein Gebot der Gerechtigkeit und eine notwendige Anpassung an veränderte Lebensrealitäten von Männern und Frauen in unserem Land.

5080 Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Verfassungsauftrag ernst nehmen und endlich für tatsächliche Gleichstellung sorgen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

5085

... die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Frauen und Männer bei der persönlichen Lebensgestaltung und -planung frei entscheiden können.

5090... eine geschlechtergerechte Gesellschaft verwirklichen.

... die Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt ermöglichen.

5095... gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit einführen und Altersarmut von Frauen rechtzeitig entgegenwirken.

... in einem Vergabegesetz für Bayern festschreiben, dass bei Auftragsvergaben durch den Freistaat und die

5100 **Kommunen in Bayern gleicher Lohn für gleiche Arbeit Voraussetzung ist.**

... das Bayerische Gleichstellungsgesetz überarbeiten, um Änderungen beispielsweise bei Personalschlüssel, Budget,

5105 **Etablierung und Schulung von Gleichstellungsbeauftragten durchzuführen.**

... mit einer gesetzlichen Geschlechterquote von 50 Prozent die Führungsetagen von Unternehmen

5110 **weiblicher machen.**

... die geschlechtergerechte Gestaltung von öffentlichen Haushalten einführen.

5115... die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf sowie Pflege und Beruf herstellen sowie für ausreichend Kinderbetreuungsplätze sorgen.

... Gewalt gegen Frauen entschieden entgegen treten,

5120 **Frauenhäuser fördern und Beratungsstellen ausbauen.**

Für uns ist Gleichstellungspolitik ein Querschnittsthema, das wir in allen Politikfeldern und auf allen politischen Ebenen einbringen. Wir setzen Gleichstellungspolitik nicht mit Familienpolitik gleich. Es geht nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern zum Beispiel um Aspekte wie Arbeitsmarktbedingungen oder Bildungschancen.

5130 Wir werden daher die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Männer und Frauen bei der persönlichen Lebensgestaltung und -planung frei entscheiden können.

Unsere Gesellschaft macht von Anfang an viel zu starke Unterschiede zwischen Mann und Frau. Alte und traditionelle Abhängigkeiten lehnen wir ab und brechen sie auf, wo sie noch vorhanden sind. Unser Ziel ist es, eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu verwirklichen. Bayern muss das vorhandene vielfältige Potential von Frauen nutzen, um zukunftsfähig zu sein. Starke Frauen für ein starkes Bayern: Ohne Gleichstellung kein Fortschritt.

Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt

Frauen verdienen in Bayern bei gleicher bzw. gleichwertiger Arbeit im Durchschnitt 26 Prozent weniger als Männer, nochmal vier Prozent mehr als im ohnehin zu hohen Bundesdurchschnitt. Selbst bei gleicher Ausbildung, gleichem Alter und gleichem Beruf verdienen Frauen viel weniger als ihre männlichen Kollegen. Das werden wir ändern.

Erwerbsunterbrechungen, Teilzeit und Dauer der Berufserfahrung gehen oft zu Lasten von Frauen. Zusätzlich liegt der Einkommensunterschied daran, dass Frauen häufig im sozialen, gesundheitlichen oder pädagogischen Bereich und in Dienstleistungsberufen arbeiten, die schlecht bezahlt sind. Diese Berufe, die in erster Linie von Frauen ausgeübt werden, müssen ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend anerkannt und entlohnt werden.

5160

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Leiharbeit war über lange Zeit hinweg eine Beschäftigungsform für Männer, sie hat für Frauen in den vergangenen Jahren überproportional zugenommen. Und auch in der Leiharbeit verdienen Frauen weniger als ihre männlichen Kollegen. Wir setzen uns für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und Qualifikation ein. Der erste Schritt muss die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns sein.

Arbeitgeber Freistaat muss mit gutem Beispiel voran gehen

Ungleiche Einkommensverhältnisse herrschen auch in den bayerischen Ministerien und der Verwaltung. Wir werden in der öffentlichen Verwaltung Bayerns als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen. Wir werden in einem Vergabegesetz in Bayern festschreiben, dass bei Auftragsvergaben durch den Freistaat und die Kommunen in Bayern gleicher Lohn für gleiche Arbeit Voraussetzung ist. Und wir werden das Bayerische Gleichstellungsgesetz überarbeiten, es den tatsächlichen Bedürfnissen anpassen und dabei die dringend gebotenen Änderungen beispielsweise bei Personalschlüssel, Budget, Etablierung und Schulung von

Gleichstellungsbeauftragten durchführen.

Gute Arbeit – auch für Frauen

5190 Frauen verdienen in Bayern nicht nur 26 Prozent weniger als ihre gleichqualifizierten männlichen Kollegen, sondern stellen einen Anteil von 77 Prozent aller geringfügig Beschäftigten im Jahr 2010. Normalarbeitsverhältnisse mit einer gerechten und Existenz sichernden Bezahlung sollen 5195 die Regel sein. Wir sind überzeugt: Die Nutzung der Potenziale und Kompetenzen von Frauen ist auch Voraussetzung für Prosperität und Fortschritt.

Altersarmut ist weiblich

5200 Der Anteil derjenigen, die trotz Vollbeschäftigung unterhalb der Niedriglohnschwelle verdienen, ist bei Frauen besonders hoch. Die Frauenerwerbsquote liegt in Bayern zwar bei gut zwei Dritteln, allerdings arbeiten Frauen meist zu prekären 5205 Bedingungen. Die Zahl der in Teilzeit und in Minijobs beschäftigten Frauen steigt an, während die Zahl der in Vollzeit beschäftigten Frauen stagniert. Drei Viertel derer, die ein geringeres Nettoeinkommen von 500 Euro im Monat erhalten, sind Frauen. Das führt über geringere Einzahlung in 5210 die sozialen Sicherungssysteme zu verstärkter Altersarmut bei Frauen. Bereits heute ist Altersarmut in Bayern weiblich. Die Durchschnittsrente beträgt bei Frauen 521 Euro, bei Männern 1012 Euro.

5215 Für Minijobs, die zur Schlechterstellung der Frauen beitragen, werden wir eine personalisierte Versicherungspflicht ab dem ersten Euro einführen. Der gesetzliche Mindestlohn muss auch für Minijobs gelten. Wir werden in Bayern Anstellungsbedingungen für Frauen 5220 schaffen, die sie für ihre Lebensplanung brauchen. Frauen dürfen nicht gezwungen sein, in Teilzeit zu arbeiten.

Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft nötig

5225 Wir werden uns auf Bundesebene dafür stark machen, das Diskriminierungsverbot im Teilzeit- und Befristungsgesetz durchzusetzen. Darüber hinaus werden wir das Recht auf Teilzeitarbeit mit einem gesetzlich verankerten Rückkehrrecht auf den Vollzeitarbeitsplatz verbinden. Wir 5230 werden die Grundlagen schaffen und alles daran setzen, dass Frauen und Männer gemeinsam und partnerschaftlich an Beruf, Gesellschaft und Familie teilhaben können. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass ein Gleichstellungs-Gesetz für die Privatwirtschaft eingeführt 5235 wird.

Mehr Frauen in Führungsetagen – mehr Erfolg für

Unternehmen

5240

Es ist längst bewiesen: Unternehmen mit gemischten Führungsteams sind erfolgreicher. Dieser Erfolg zeigt sich an ökonomischen Kennzahlen und in der Unternehmenskultur. Unternehmen, in denen mehr als drei Frauen im Vorstand

5245sitzen, erwirtschaften eine bis zu 53 Prozent höhere Eigenkapitalrendite.

Trotz dieser Fakten sind Frauen in Führungspositionen stark unterrepräsentiert. Sie kommen häufig nicht bis in die

5250Führungsetagen, sondern stoßen an die sogenannte Gläserne Decke: Hochqualifizierte Frauen schaffen den Aufstieg innerhalb von Unternehmen oder Organisationen oft nur bis zur Ebene des mittleren Managements.

5255Der Frauenanteil in der obersten Führungsebene bayerischer Wirtschaftsunternehmen liegt mit rund 24 Prozent unter dem bundesdeutschen Schnitt von 27 Prozent. Nur drei Prozent aller Aufsichtsratsmitglieder der börsennotierten Unternehmen in Bayern sind weiblich. Selbst im

5260Dienstleistungsbereich, einer sogenannten typischen Frauendomäne, haben gerademal 28 Prozent Frauen eine Stelle in der ersten Führungsebene. Ähnlich sieht es im Öffentlichen Dienst aus: Lediglich 23 Prozent der Führungspositionen sind mit Frauen besetzt. Und auch in der

5265Wissenschaft dringen Frauen häufig nicht bis zur Spitze vor.

Wir unterstützen daher eine längst überfällige Frauenquote oder Geschlechterquote von 50 Prozent Frauen in den Vorständen und Aufsichtsräten. In Bayern werden wir für

5270den öffentlichen Dienst eine 50-Prozent-Quote von Frauen in Führungspositionen einführen und eine quotierte Besetzung von Gremien verwirklichen. Bei den Gesellschaften, an denen der Freistaat beteiligt ist, wirken wir auf die Erfüllung der 50-Prozent-Quote hin. Der Freistaat Bayern muss seiner

5275Vorbildfunktion gerecht werden und im öffentlichen Dienst Frauen in Führungsverantwortung bringen. Führungsverantwortung heißt aber auch, dass wir Karrierechancen von Frauen in jedem Beruf und auf jeder Ebene der Erwerbstätigkeit verbessern.

5280

Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming bedeutet: Bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und

5285Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Den Grundsatz des Gender Mainstreaming werden wir konsequent verfolgen.

5290**Geschlechtergerechte Gestaltung von öffentlichen**

Haushalten

Die geschlechtergerechte Gestaltung von öffentlichen Haushalten (Gender Budgeting) dient der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen, deshalb werden wir dies in allen Haushaltsplanungen und -steuerungen Schritt für Schritt umsetzen.

Als Einstieg für eine systematische Umsetzung werden wir umgehend Pilotprojekte in verschiedenen Ministerien realisieren. Im Anschluss werden wir schrittweise in allen Bereichen der Landesverwaltung eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung und -steuerung verwirklichen. Wir werden uns dafür einsetzen, das europäische Ziel – 2015 Gender Budgeting auf allen Ebenen – umzusetzen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familie und Beruf sind in Bayern schwer vereinbar. Die Verbindung von Familie und Karriere ist in Bayern ein Weg mit vielen Stolpersteinen. Viel zu oft müssen sich Frauen entscheiden, ob Beruf oder Kinder, ob sie Familienangehörige pflegen oder berufstätig bleiben. Das werden wir ändern!

Wer Chancengleichheit wirklich durchsetzen möchte, muss die Rahmenbedingungen in unserem Land ändern. Denn die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie bildet die Grundvoraussetzung für gleiche Teilhabechancen. Dazu zählt der Ausbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder. Das Ausbautempo und die Ausbauqualität der Kinderbetreuung lassen nach wie vor zu wünschen übrig. Das Ausbauziel von 35 Prozent für unter Dreijährige wird Bayern nicht erreichen.

Damit wird der Freistaat den ab 2013 gültigen Rechtsanspruch für einen Betreuungsplatz von Kindern unter drei Jahren nicht halten können – was für betroffene Eltern, insbesondere Alleinerziehende, ein existenzielles Problem ist. Auch bei der Ganztagschulbetreuung hinkt Bayern hinterher. Für uns sind der Ausbau von qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung und der Ganztagschulen vorrangige Ziele.

5335

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Was für die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf gilt, muss auch für die Vereinbarkeit von Pflege naher Angehöriger und Beruf gelten. Immer noch sind es meist Frauen, die die Pflege übernehmen. Das ambulante Netz muss so dicht sein, dass für pflegende Familienangehörige, insbesondere Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist.

5345Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen

Darüber hinaus wollen wir einen gezielten Ausbau und die Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen nach den Regeln von fairer Arbeit. Dies ist eine wichtige
5350Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebenslagen wie Krankheit, Erwerbsarbeit, Familie und Alter.

Keine Gewalt gegen Frauen

5355

Die BayernSPD steht für das Recht, dass alle Menschen gewaltfrei leben dürfen. Doch jede dritte Frau, egal aus welchem Teil der Gesellschaft sie kommt, wird im Laufe ihres Lebens Opfer von Gewalt. Ungleiche
5360Machtverhältnisse in Lebensgemeinschaften, finanzielle Abhängigkeiten und alte hierarchische Rollenverständnisse begünstigen Gewalt. Fakt ist: Konsequente Gleichstellungspolitik hilft, echte Partnerschaften zu ermöglichen. Sie ist somit eine wichtige Grundlage, um
5365Gewalt vorzubeugen.

Um die Situation von bereits betroffenen Frauen zu verbessern, tritt die BayernSPD für den Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffenen Frauen und
5370deren Kinder ein. Wir sehen auch, dass insbesondere Gewaltopfer mit Behinderungen, Migrantinnen oder illegal in Deutschland lebende Frauen einen besonderen Beratungsbedarf haben. Dies bedeutet für uns im Einzelnen, dass wir

5375

... für eine bundesweit verbindliche Finanzierungsregelung von Frauenhäusern eintreten werden. Sie sind wichtige Zufluchts-, Schutz- und Beratungsstellen bei häuslicher Gewalt.

5380

... darüber hinaus in Bayern ein flächendeckendes Netz von ambulanten Beratungsstellen, Frauennotrufen und Fachzentren für Frauen nach sexualisierter Gewalterfahrung aufbauen werden. Diese Frauennotrufe leisten wertvolle
5385Arbeit und benötigen planbare Regelfinanzierung von Fachpersonal in den Städten und besonders im ländlichen Raum.

5390

Queere Lebensweisen: Bayern ist vielfältig und bunt

Für die bayerische Sozialdemokratie ist es selbstverständlich,
5395dass Menschen nicht wegen ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden dürfen. Queere Lebensweisen, egal ob es hierbei um Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente,

Transgender oder Intersexuelle (LSBTTI) Mitmenschen handelt, sind Teil unserer gesellschaftlichen Gemeinschaft. 5400 Gleichgeschlechtliche Partnerschaften verdienen Anerkennung, Respekt und rechtliche Absicherung. Die Würde aller Menschen zu respektieren und vor Ausgrenzung, Diskriminierung, Isolation und Gewalt zu schützen, ist Aufgabe und Herausforderung einer sozialdemokratisch 5405 geführten bayerischen Staatsregierung.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... einen Landesaktionsplan gegen Diskriminierung, 5410 Homophobie und Transphobie erarbeiten.

... eine landesweite Akzeptanzkampagne – insbesondere im ländlichen Raum – starten.

5415... **eine gesamtbayerische Koordinierungs- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI- Fragen schaffen.**

... die Akzeptanz von LSBTTI-Menschen in öffentlichen Verwaltungen und Ministerien voranbringen.

5420

... entsprechende Gesetzesentwürfe und Gesetzesvorhaben bundesweit unterstützen und aktiv fördern statt ausbremsen.

5425 Die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen stellt für uns eine wichtige Querschnittsaufgabe dar, welche wir durch eine gezielte Förderung der Akzeptanz in einer landesweiten Kampagne entwickeln möchten. Durch die gemeinsame Erarbeitung eines Landesaktionsplanes werden 5430 hierbei in Zusammenarbeit aller Verbände, Initiativen, Vereine, Selbsthilfevereinigungen und Ministerien konkrete Maßnahmen für den Abbau von Diskriminierungen, Homophobie und Transphobie in Bayern erarbeitet und umgesetzt.

5435

Wir werden zur Förderung der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen eine landesweite Akzeptanzkampagne initiieren, die sich an die Allgemeinbevölkerung in Bayern wendet. Als Beispiel dient 5440 hier die Kampagne in Nordrhein-Westfalen.

Um auch gerade in den ländlichen Gegenden eine effektive Akzeptanzarbeit und hilfreiche Selbstorganisation leisten zu können, werden wir die ehrenamtlichen Projekte des 5445 ländlichen Raum besonders fördern und stärken.

Wir werden eine Koordinations- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI errichten um eine gesamtbayerische Anlaufstelle für die Probleme und Fragen rund um das Thema 5450 Diskriminierung zu errichten. Da diese Form von

Koordinations- und Gleichstellungsstelle bereits in der Landeshauptstadt München seit Jahren sehr gute Arbeit leistet, ist nun auch eine gesamt-bayerische Anlaufstelle für Kommunen und kleine Städte dringend notwendig.
5455 Gerade im öffentlichen Dienst gibt es in den Verwaltungen und Ministerien immer noch Probleme mit der Akzeptanz von LSBTTI-Menschen. Ein Outing ist hier nur sehr schwer möglich und meistens nicht ohne Folgen. Dies führt zum Verlust von Arbeitszeit und Kraft. Homosexuelle
5460 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind heutzutage genauso selbstverständlich wie andere Religionen, Lebensweisen oder Nationalitäten. Aus diesem Grund werden wir uns auch der Charta der Vielfalt anschließen.

5465 Wir werden auch die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt innerhalb der bayerischen Ministerien und öffentlicher Verwaltungen fördern. Dabei werden wir jegliche Form der Diskriminierung, Ausgrenzung und Nichtakzeptanz sexueller Vielfalt in öffentlich
5470 erkennbarer Weise ächten. Hierzu bedarf es der Sensibilisierung der Ministerien und öffentlicher Verwaltungen, angefangen bei den Führungsspitzen. Eine Entwicklung von Diversity-Richtlinien für den bayerischen öffentlichen Dienst steht dabei im Fokus und wird von uns in
5475 Zusammenarbeit mit allen Betroffenen erarbeitet.

Die vollständige Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und von Rechten und Pflichten homosexueller Menschen ist heute immer noch ein
5480 langsamer und mühsamer Weg. 2001 ging die SPD mit Schaffung des Rechtsinstituts der „eingetragene Lebenspartnerschaft“ und mit dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) zwar erste Schritte in die richtige Richtung, aber weitere Schritte konnten bislang
5485 politisch nicht durchgesetzt werden. Hier gibt es mit veränderten Mehrheitsverhältnissen noch viel zu tun. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird daher

... die Unterstützung von Initiativen für die rechtliche
5490 Gleichstellung von Männern und Frauen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung fördern.

... Bundesratsinitiativen zur Vollendung der rechtlichen Gleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft im
5495 Steuer- und Adoptionsrecht unterstützen.

... Bundesratsinitiativen vorantreiben, die endlich eine Rehabilitierung der nach §175 StGB verurteilten Homosexuellen ermöglichen.
5500

... in öffentlichen Debatten zum Abbau von Diskriminierungen gegenüber Transidente sowie Transgender aktiv werden und sich für die Verwirklichung

deren Selbstbestimmungsrechts im Rahmen der Reform von 5505 Bundesgesetzen über den Bundesrat einsetzen.

Jugendpolitik: Besser fördern, aktiv gestalten

Unsere Jugendpolitik versteht junge Menschen als 5510 vollwertige, gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft – unabhängig davon, ob sie volljährig oder wahlberechtigt sind. Wir wollen es jungen Menschen ermöglichen, ihr Leben selbstständig nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

5515 Dabei steht die Politik in der Verantwortung, jungen Menschen den „Start“ ins Erwachsenenleben zu ermöglichen. Dazu gehören die Teilhabe am Arbeitsmarkt, die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die Unterstützung der Jugendverbandsarbeit und die 5520 Bereitstellung von Freizeitmöglichkeiten sowie die demokratische Teilhabe.

Junge Menschen wollen sich aktiv in die Gesellschaft einbringen. Sie wollen sie verändern und mitgestalten. Unser 5525 Ziel ist es, jungen Menschen dies zu ermöglichen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... allen jungen Menschen eine Berufsausbildung 5530 ermöglichen, die Qualität der beruflichen Ausbildung verbessern und sicherstellen sowie den Berufseinstieg junger Menschen ohne prekäre Beschäftigungsverhältnisse gewährleisten.

5535 **... die Jugendverbandsarbeit finanziell deutlich besser ausstatten und dabei die massiven Kürzungen seit 2004 und den Anstieg der Preise und Tariflöhne ausgleichen sowie die Rahmenbedingungen der Jugendverbandsarbeit verbessern.**

5540

... das Wahlalter für Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken sowie auch nicht wahlberechtigten Jugendlichen demokratische Mitwirkung zu ermöglichen.

5545 **... Armut junger Menschen entschieden und umfassend bekämpfen, für sie ausreichend bezahlbaren Wohnraum anbieten und bezahlbare Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln gewährleisten.**

5550 Jugend findet in unterschiedlichen Lebenssituationen, abhängig vom Wohnort, den Familienverhältnissen, den sozialen Bedingungen und den eigenen Vorstellungen und Prägungen statt. Wir werden daher ein umfassendes Bild der Lebenslagen junger Menschen in Bayern erheben und daraus 5555 unser politisches Handeln ableiten. Wir orientieren uns dabei daran, dass die Lebenssituationen und die Wünsche junger

Menschen individuell berücksichtigt werden müssen. Es gibt nicht „eine Jugend“, sondern eine Vielfalt unterschiedlicher Vorstellungen und Lebenswege.

5560

Politik von und für junge Menschen muss sich den Herausforderungen und Veränderungen des demografischen Wandels stellen, der sich in Bayerns Regionen unterschiedlich gestaltet. Es gibt Regionen, in die junge Menschen ziehen, weil dort Studienplätze zur Verfügung stehen oder die Berufsperspektiven attraktiv sind. Andere Regionen sind von der Abwanderung junger Menschen betroffen. Eine attraktive Gestaltung von Jugendarbeit in allen Regionen, gerade auch bei der Bereitstellung von 5570Infrastruktur, ist ein Weg, die Abwanderung junger Menschen zu stoppen. Daher gilt es Konzepte zu entwickeln, die den ländlichen Raum auch für junge Menschen attraktiver gestalten. In diesem Sinne tritt die BayernSPD für die Aufnahme von jugendpolitischen Fragen in das 5575Landesentwicklungsprogramm ein. Bei den bisherigen Überlegungen hat „Jugend“ und ihre spezifischen Herausforderungen keinen Eingang in die Vorlagen der FDP-/CSU-Vorschläge gefunden.

5580Jugend muss sich entfalten dürfen

Aus dem Anspruch junger Menschen, sich mit ihren eigenen Vorstellungen zu entfalten, durch das In-Frage-Stellen von gesellschaftlichen Konventionen, durch neue 5585Lebensentwürfe etc., entstehen aber auch Konflikte. Mit diesen Konflikten muss die Politik umgehen. Wir wollen uns nicht einseitig zugunsten einer Seite positionieren – weder durch ein „Laissez-faire“, das entstehende Belastungen einfach ignoriert, noch durch repressive Politik, die jedes 5590„abweichende“ Verhalten zu unterbinden versucht. Unsere Politik moderiert die entstehenden Konflikte und ermöglicht es, dass im Dialog zwischen gleichberechtigten Partnern Lösungen gefunden werden.

5595Jugendpolitik modernisieren

Der Bayerische Landtag hat mit der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ bereits in der Wahlperiode 2003 bis 2008 umfangreiche Vorschläge für die Neuorientierung der 5600Jugendpolitik in Bayern vorgelegt. Von der Staatsregierung sind diese Vorschläge bisher ignoriert worden. Wir werden die Vorschläge dieser Enquête-Kommission im Dialog mit jungen Menschen, den Jugendverbänden und in der Jugendarbeit Aktiven weiterentwickeln und politisch 5605umsetzen.

Ob junge Menschen ihr Leben selbstbestimmt und nach ihren Vorstellungen entscheiden, hängt wesentlich davon ab, ob es ihnen gelingt, eine Berufsausbildung, die ihrem

5610 Berufswunsch entspricht, zu finden und anschließend oder nach einer Hochschulausbildung den Einstieg in ein gesichertes Beschäftigungsverhältnis zu schaffen.

Unser Ziel ist daher, jedem jungen Menschen, der dies
5615 möchte, eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Auch wenn Bayern insgesamt eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen aufweist, gibt es erhebliche regionale und branchenspezifische Ungleichgewichte. Hinzu kommt, dass in Bayern ein erheblicher Anteil junger Menschen nicht
5620 direkt in die berufliche Ausbildung gelangt, sondern über schulische Ausbildungen oder durch Berufsvorbereitungsjahre und andere „Notmaßnahmen“ aufgefangen wird. Dies belastet gerade auch die Kommunen erheblich.

5625

Berufsausbildung für alle jungen Menschen

Wir werden die Anreize und die Unterstützung für ausbildende Betriebe verbessern. Unser Ziel ist eine
5630 Beschäftigungsgarantie für junge Menschen, wie sie auch von der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament gefordert wird. Das erreichen wir durch:

... eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz für jeden jungen
5635 Menschen, die wir mit den TarifpartnerInnen aushandeln werden.

... die Berücksichtigung der Ausbildungsleistung eines Betriebs im Rahmen eines landesweiten Vergabegesetzes.

5640

... die Unterstützung und Qualifizierung ausbildender Betriebe und der Ausbilderinnen und Ausbilder, gerade auch für den Umgang mit besonders förderungsbedürftigen Auszubildenden.

5645

... die Unterstützung regionaler Ausbildungsverbände und branchenspezifischer Umlagesysteme.

Qualität der beruflichen Ausbildung verbessern, 5650 Berufseinstieg erleichtern

Gleichzeitig werden wir auch die Qualität der beruflichen Ausbildung verbessern und sicherstellen. Bei Betrieben, die Auszubildende als günstige Arbeitsverhältnisse einsetzen,
5655 statt der Ausbildungsverpflichtung nachzukommen, werden wir durch die Fachaufsicht konsequent einschreiten. Wo notwendig, sind Sanktionen zu verschärfen.

Auch der Berufseinstieg nach Berufsausbildung oder
5660 Studium gestaltet sich für junge Menschen schwierig. Statt einer Übernahme nach der Ausbildung in eine unbefristete, sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung ist die

junge Generation massiv mit problematischen, unsicheren Beschäftigungsformen wie Befristungen, Niedriglöhnen und sonstigen schlechten Arbeitsbedingungen wie Leiharbeit, Praktika etc. konfrontiert. Beschäftigungs- und Einkommensunsicherheiten wachsen. Dies hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Lebenswelt junger Menschen und erschwert eine langfristige Lebens- und Familienplanung. Insbesondere gering qualifizierten Jugendlichen gelingt es kaum, einen Einstieg in den regulären, sozial abgesicherten Arbeitsmarkt zu finden

Unsichere Arbeitsverhältnisse eindämmen

5675

Die Regulierung des Arbeitsmarktes ist weitgehend Angelegenheit des Bundes. Wir werden aber durch entsprechende Bundesratsinitiativen dafür Sorge tragen, dass die sozial ungesicherten Arbeitsverhältnisse eingedämmt werden. Der Staat und staatliche Betriebe werden hier Vorbildfunktionen übernehmen. Auch stellen wir uns einer Aufweichung des Kündigungsschutzes entgegen. Gemeinsam mit den Tarifparteien wollen wir eine grundsätzliche Übernahmegarantie für Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Ausbildung festschreiben.

Jugendarmut umfassend bekämpfen

Viele junge Menschen wachsen in sozial angespannten Verhältnissen auf. Sie sind angewiesen auf eine Sozialpolitik, die sie begleitet, unterstützt und mit den notwendigen materiellen Ressourcen ausstattet. Wir treten daher unter anderem für eine bedarfsgerechte Anpassung der Regelsätze des SGB II ein, um insbesondere auch jungen Menschen die Freiräume für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung zu eröffnen.

Soziale Probleme, in denen junge Menschen aufwachsen, äußern sich aber nicht nur in materieller Armut. Es geht auch um mangelhaften Zugang zu Bildung und Gesundheit, um prekäre Wohnbedingungen, Ernährung, schwierige Familienverhältnisse etc. Die Verbesserung der sozialen Lage nicht nur junger Menschen erfordert daher einen umfassenden Ansatz, der neben den klassischen Instrumenten auch zum Beispiel die Stadtplanung, das Angebot an Freizeit- und Kulturmöglichkeiten etc. einbezieht. Im Dialog mit den Kommunen, den Sozialverbänden und Gewerkschaften werden wir geeignete Strategien zur Bekämpfung von materieller und immaterieller Armut entwickeln und umsetzen. Zentral bleiben gleiche Bildungschancen und Zugänge zu Ausbildungs- und Arbeitsstellen.

Jugendsozialarbeit ausbauen

5715

Auch werden wir die niedrigschwelligen Beratungs- und Hilfsangebote und die Jugendsozialarbeit ausbauen. Daneben werden wir im Dialog mit den Kommunen auch die Familienunterstützung durch die Jugendämter verstärken.
5720 Neben der Unterstützung durch staatliche Institutionen ist auch ein breit ausgebautes Netz von nichtstaatlichen Hilfen unter anderem durch die Wohlfahrtsverbände notwendig. Daher werden wir diese verstärkt fördern.

5725 Kommunen bei Kinder- und Jugendhilfe unterstützen

Das SGB VIII regelt zwar bundeseinheitlich die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, für die Umsetzung sind jedoch in der Regel der Freistaat Bayern als überörtlicher und die
5730 Landkreise und kreisfreien Städte als örtliche Träger verantwortlich. Die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen vor allem die Kommunen in Bayern erbringen, die sich aber aufgrund der ständig wachsenden Anzahl an Bedürftigen und der Ausweitung ihres Aufgabefeldes bei
5735 der Finanzierung vom Freistaat alleine gelassen fühlen. Wir treten dafür ein, dass für die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe und für die Präventionsarbeit entsprechende Mittel bereit gestellt und an die ausführenden Ebenen weitergegeben werden. Ferner unterstützen wir die
5740 Fortentwicklung sinnvoller Konzepte und Ideen für das Zusammenwirken von Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit.

Günstigen Wohnraum schaffen, Mobilität fördern

5745 Junge Menschen haben oft niedrige Einkommen. Sie sind daher besonders darauf angewiesen, dass günstiger Wohnraum zur Verfügung steht. Dies ist vor allem in den Ballungszentren nicht mehr gewährleistet. Wir werden daher
5750 vor allem durch eine erhebliche Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und die Bekämpfung der Mietspekulation dafür sorgen. Außerdem werden wir die Studentenwerke mit ausreichend Mitteln ausstatten, um den Wohnheimbau erheblich auszuweiten.

5755 Gerade auch junge Menschen sind auf einen flächendeckenden, verlässlichen und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Der Ausbau des ÖPNV, auch in Randzeiten, ist daher ein Ziel der
5760 Jugendpolitik. An allen Hochschulstandorten wollen wir Semestertickets anbieten: Für die Verfassten Studierendenschaften und die Studentenwerke werden die Rechtsgrundlagen geschaffen, Verträge für Solidarmodelle mit den jeweiligen Verkehrsgesellschaften abzuschließen.
5765 Auch für Auszubildende schaffen wir flächendeckend vergünstigte Tickets. Wir prüfen, ob und in wieweit wir die Schulwegkostenfreiheit auf alle Schularten ausdehnen und

bestehende Altersgrenzen abschaffen können.

5770

Jugendverbände stärker unterstützen

Den Jugendverbänden – ob aus der „klassischen“ Jugendarbeit, Sport, Freizeit, sozial oder politisch tätig oder kirchlich orientiert – kommt eine zentrale Rolle dabei zu, wenn es darum geht, jungen Menschen die selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens zu ermöglichen. Sie leisten durch ihre vielfältigen Strukturen entscheidende und vor allem umfassende Hilfe.

5780

Bayerisches Jugendprogramm auflegen und mit Leben füllen

Konzeptionelle Grundlage der bayerischen Kinder- und Jugendpolitik ist das entsprechende Jugendprogramm der Staatsregierung. Seit vielen Jahren drängt die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag auf eine Fortschreibung des Jugendprogramms aus dem Jahre 1998 und einer entsprechenden bedarfsgerechten finanziellen Ausstattung. Wir werden mit anderen Mehrheiten endlich entsprechende Finanzmittel und Personalressourcen für die aktuellen und zukünftigen Aufgaben der Jugendarbeit bereitstellen. Bislang stellt der Freistaat für so wichtige Themen wie die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund, zeitgemäße politische Bildung oder die Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule weder das nötige Geld noch das Personal zur Verfügung. Wir hingegen werden

... die Jugendverbandsarbeit finanziell deutlich besser ausstatten und dabei die massiven Kürzungen seit 2004 und den Anstieg der Preise und Tariflöhne ausgleichen.

... die Arbeit gegen sexuelle Gewalt dauerhaft im Kinder- und Jugendprogramm verankern.

5805

... in einem ersten Schritt das Programm gegen Rechtsextremismus des Bayerischen Jugendrings stärken und langfristig ein Landesförderprogramm gegen Rechtsextremismus auflegen.

5810

Bei der Mittelverteilung ist auch zu berücksichtigen, dass die formellen Mitgliedschaften bei Jugendverbänden zurückgehen, die zu leistenden Aufgaben und die Beteiligung von Nichtmitgliedern aber zunehmen. Dies ist bei der Mittelbereitstellung und -verteilung zu berücksichtigen, unter anderem durch einen Sockelbeitrag bei der Mittelverteilung.

Wir sehen weitere notwendige Maßnahmen zur Stärkung der Jugendverbände in der verstärkten Förderung von Räumen und Einrichtungen, in Mitarbeiterbildungsmaßnahmen sowie in der Förderung von Fachkräften und funktionsfähigen

Geschäftsstellen.

Ehrenamtliche Arbeit junger Menschen fördern

5825

Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement junger Menschen leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft. Es gibt gleichzeitig jungen Menschen die Möglichkeit, ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln und wichtige Erfahrungen 5830 zu sammeln. Wir werden daher die Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr und den Bundesfreiwilligendienst weiter fördern und die Anerkennung solcher Tätigkeiten zum Beispiel in Berufsausbildung oder Studium verbessern. Wir werden aber 5835 auch dafür Sorge tragen, dass durch die Freiwilligendienste keine Verdrängung regulärer Beschäftigung erfolgt oder diese als Mittel der Lohndrückung genutzt werden.

Wir wollen die ehrenamtliche Tätigkeit junger Menschen 5840 nicht nur in Jugendverbänden stärker fördern. Wir werden eine Weiterentwicklung des Gesetzes zur Freistellung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen für Zwecke der Jugendarbeit sowie Sonderregelungen im öffentlichen Dienst anstoßen. Wir werden die Möglichkeiten der Freistellung von 5845 Beruf, Studium und Schule verbessern, im Bereich des Studiums unter anderem durch eine Berücksichtigung bei den Regelstudienzeiten. Auch durch die Abschaffung der Studiengebühren, die angestrebten Verbesserungen in den Schulen und die Förderung sozialversicherungspflichtiger 5850 Arbeitsplätze werden wir die Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement verbessern.

Jugendarbeit und Ganztagschule Hand in Hand

5855 Wir werden die Jugendverbände als gleichberechtigte Partnern in die Entwicklung der Ganztagschulen einbeziehen. Ziel ist es, Angebote der Jugendarbeit mit den Angeboten in Ganztagschulen abzustimmen, ohne dass dies zur Einsparung von notwendigem pädagogischem Personal 5860 führen darf. Die Angebote der Jugendverbände stellen eine notwendige Ergänzung der schulischen Angebote dar.

Selbstverwaltete Jugendzentren flächendeckend fördern

5865 Neben der Jugendverbandsarbeit muss aber der Raum für „ungebundene“, selbstbestimmte Freizeitgestaltung junger Menschen geschaffen werden. Angesichts der immer engeren und fremdbestimmter Gestaltung jungen Lebens müssen Räume für junge Menschen geschaffen werden, die 5870 „zweckfrei“ sind. Wir werden daher im Dialog mit den Kommunen darauf hinwirken, dass flächendeckend selbstverwaltete Jugendzentren oder vergleichbare Einrichtungen geschaffen werden.

Freizeitgestaltung im öffentlichen Raum

Dabei darf es aber nicht zu einer Verdrängung der
5880Freizeitgestaltung junger Menschen in geschlossene Räume
kommen. Junge Menschen haben das Recht, den öffentlichen
Raum gleichberechtigt mit allen anderen Nutzerinnen und
Nutzer in Anspruch zu nehmen. Ferner werden wir rechtlich
für eine bessere rechtliche Absicherung von Kinder- und
5885Jugendeinrichtungen, Spiel- und Freizeitsportplätzen gegen
Klagen wegen Lärmbelästigung der Anwohnerinnen und
Anwohner sorgen.

Demokratische Teilhabe ermöglichen

5890

Junge Menschen müssen an politischen
Entscheidungsprozessen teilhaben. Wir werden daher das
Wahlalter auf mindestens 16 Jahre absenken. Daneben
werden wir Gremien installieren, in denen noch nicht
5895wahlberechtigte Jugendliche Einfluss auf Entscheidungen
nehmen können: in den Kommunen sind das
Jugendparlamente, für die Landesebene bietet sich eine
Schülerinnen- und Schülervertretung sowie eine
Auszubildendenvertretung mit allgemeinpolitischem Mandat
5900an.

Demokratische Teilhabe junger Menschen muss aber über
die formale Beteiligung hinausgehen. Wir werden daher
junge Menschen – unabhängig vom Wahlrecht – als
5905gleichberechtigte Partnerinnen und Partner verstehen, die das
Recht haben, ihr Lebensumfeld aktiv mit zu gestalten. In
diesem Sinne sind junge Menschen selbstverständlich zum
Beispiel in Planungsprozesse einzubeziehen. Sie müssen
Schulen und Hochschulen genauso wie Jugend- und
5910Freizeiteinrichtungen nach ihren Vorstellungen mitgestalten
können. Dazu gehört eine demokratische Mitbestimmung in
Schule und Hochschule. Und notwendig ist auch, dass die
Politik die notwendigen Ressourcen bereitstellt, damit eine
solche Mitbestimmung möglich ist. Wir werden das tun.

5915

Integration junger Migrantinnen und Migranten erleichtern

Wir wollen gerade auch die Stellung junger Menschen mit
5920Migrationshintergrund verbessern. Wir werden eine
Bundesratsinitiative starten, um die Erlangung der deutschen
Staatsbürgerschaft zu erleichtern. Auch die bisher
restriktiven Aufenthaltsbedingungen vor allem von
Flüchtlingen werden wir erheblich verbessern und so gerade
5925jungen Migrantinnen und Migranten die Integration in die
Gesellschaft ermöglichen.

5930 Integrationspolitik: Mittendrin statt parallel – Für
eine Willkommenskultur in Bayern

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das gleiche gilt
auch für Bayern. Bayern ist ein offenes Land mit einer
5935 offenen Gesellschaft. Kulturelle Vielfalt ist sein
Markenzeichen. Schon heute haben fast 20 Prozent der
bayerischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Jedes
dritte Kind unter sechs Jahren hat ausländische Wurzeln.

5940 Es ist an der Zeit, diese gesellschaftliche Vielfalt
anzuerkennen. Migrantinnen und Migranten sind ein Teil
unserer gemeinsamen Zukunft. Integration ist eine Chance
und Herausforderung – für alle. Sie bereichern unser Land.
Integriert zu sein, bedeutet, dazuzugehören. Bayern benötigt
5945 die Entwicklung einer Kultur, die Zuwanderung wünscht und
willkommen heißt.

Wir treten für eine Gesellschaft ein, die unterschiedliche
Lebensentwürfe als Bereicherung empfindet und Rassismus,
5950 Rechtsextremismus und Antisemitismus keinen Raum gibt.
Integration ist eine Chance und Herausforderung – für uns
alle. Sie erfordert gleichen Respekt für unterschiedliche
Lebensformen, Werthaltungen und Religionen – also eine
Kultur gleicher Anerkennung.

5955 Ziel unserer Integrationspolitik ist, dass alle Menschen –
unabhängig von ihrer Herkunft und Hautfarbe –
gleichberechtigt und aktiv am sozialen, kulturellen,
wirtschaftlichen und politischen Leben teilnehmen können.
5960 Wir sorgen für eine gerechte Integrationspolitik und setzen
uns dafür ein, dass sich Menschen aus anderen Ländern in
Bayern willkommen fühlen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung
5965

**... einen kostenlosen Kindergartenbesuch und die
individuelle Förderung aller Kinder in der
Gemeinschaftsschule ermöglichen.**

5970 **... die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt für
Jugendliche, aber auch für Frauen mit
Migrationshintergrund verbessern.**

... ausländische Abschlüsse nach einem einheitlichen und
5975 **unbürokratischen Verfahren anerkennen.**

**... das kommunale Wahlrecht auch nicht EU-
Ausländerinnen und -Ausländern gewähren sowie die
doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen.**

5980

... ein Bleiberecht für langfristig geduldete Flüchtlinge und deren Familien schaffen.

5985 Bayern profitierte schon immer von Zuwanderung und wird diese auch künftig benötigen. Die erfolgreiche Integration der in Bayern lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen eine der wichtigsten politischen Herausforderungen von 5990 Gegenwart und Zukunft. Die gesellschaftliche Vielfalt und die ethnisch-religiöse Pluralität brauchen Anerkennung und müssen auf Grundlage der **Bayerischen Verfassung** und des Grundgesetzes gemeinsam gelebt werden.

5995 Bayerisches Integrationsgesetz

Integration ist kein einseitiger Prozess, sondern braucht den Erfolgswillen auf beiden Seiten. Voraussetzung für eine gelungene Integration sind klare Regeln und Zielsetzungen.

6000 Um die Integrationspolitik auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, haben wir in den bayerischen Landtag ein Gesetz zur Unterstützung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie zur Weiterentwicklung der Bayerischen Verfassung eingebracht. Mit neuen Mehrheiten 6005 nach der Wahl werden wir dieses Gesetz auch tatsächlich umsetzen.

Chancen durch Bildung von Anfang an

6010 Integration braucht eine gemeinsame Sprache. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist deshalb von zentraler Bedeutung. Wir werden daher für eine Sprachförderung bereits in der Kinderkrippe und im Kindergarten in Deutsch und in der Muttersprache sorgen.

6015 Eine Kultur gleicher Anerkennung sollte sich auch im Fremdsprachenunterricht der bayerischen Schulen niederschlagen. Wir wollen die Kindergartengebühren abschaffen: Alle Kinder sollen somit einen Zugang zu frühkindlicher Bildung bekommen. Wir sind uns sicher:

6020 Individuelle Förderung gelingt am besten in der Gemeinschaftsschule, in der die Kinder länger gemeinsam lernen.

Schulabschlüsse und Ausbildungsquote verbessern

6025

Noch immer verlassen in Bayern Menschen mit ausländischen Wurzeln unsere Schulen mit schlechteren Abschlüssen und somit mit schlechteren Ausgangschancen. Von den ausländischen Schulabgängerinnen und

6030 Schulabgänger aller Schularten in Bayern erreichen drei Mal so viele keinen Schulabschluss wie deutsche Schülerinnen und Schüler. Der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund an der Haupt-/Mittelschule liegt mit

rund 60 Prozent mehr als doppelt so hoch wie der von
6035deutschen Schülerinnen und Schülern ohne
Migrationshintergrund. Ebenso ist ihr Anteil an
Förderschulen doppelt so hoch wie der von deutschen
Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund. Die
Ausbildungsquote von Ausländerinnen und Ausländern ist
6040nur halb so hoch wie die der deutschen Jugendlichen. Dies
zeigt: Die Schaffung gleicher Bildungschancen ist der
Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Denkbar wäre hier
zum Beispiel das Angebot eines Sprachintensivierungsjahres.

6045Wissenschaft und Kultur ohne Grenzen

Bayerische Hochschulen und Forschungseinrichtungen
müssen von der kulturellen Vielfalt ihrer Hochschulfamilie
künftig stärker profitieren. Wir werden sie daher moderner
6050und internationaler machen, damit sie im globalen
Wettbewerb bestehen. Bayern versteht sich als weltoffen und
tolerant. Die bisherige Regierung verhält sich aber oft ganz
anders. Es fehlt eine Willkommenskultur. Einreise und
Aufenthalt für Künstlerinnen und Künstler und von
6055Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland
werden wir daher unbürokratischer regeln. Dazu zählt auch
ein besseres Anerkennungsverfahren der mitgebrachten
akademischen und beruflichen Abschlüssen. Damit
Studierende aus dem Ausland nach Bayern kommen, werden
6060wir mehr Stipendien und Förderprogramme auflegen sowie
mehr Wohnungen und besondere Studienangebote schaffen.
Bayern wird künftig mehr Anstrengungen unternehmen, um
die hier gut ausgebildeten ausländischen Absolventinnen und
Absolventen im Land zu halten.

6065

Gleichberechtigt auf dem Arbeitsmarkt

Der künftige Wohlstand Bayerns hängt entscheidend davon
ab, ob auch in Zukunft eine ausreichende Anzahl von
6070Fachkräften zur Verfügung stehen wird. Schon heute treten
in Bayern branchenspezifische und regionale Engpässe bei
Stellenbesetzungen auf. Personen, die ihren Studien- oder
Berufsabschluss im Ausland erworben haben, gelingt es
häufig nicht, in Bayern in ihrem erlernten Beruf tätig zu
6075werden. Viele arbeiten berufsfremd. Aus
arbeitsmarktpolitischer Perspektive bleibt damit ein
erhebliches Qualifikations- und Arbeitsmarktpotenzial
ungenutzt. Wir werden daher auf Landesebene ein Gesetz zur
Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen
6080auf den Weg bringen. In diesem Landesgesetz wird dann
auch eine kontinuierliche Beratung sichergestellt und die
Übernahme der Kosten bei (Teil-)Nachqualifikationen
geregelt.

6085Besonders Frauen mit Migrationshintergrund sind
überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit und Armut

betroffen. Bayern kann es sich nicht leisten, auch nur auf einen einzigen qualifizierten Menschen, egal aus welchem Kulturkreis, zu verzichten. Das betrifft nicht zuletzt 6090 Jugendliche mit Migrationshintergrund. Beim Übergang von der Schule in den Beruf brauchen sie und ihre Eltern besonders viel Unterstützung und eine ausführliche Beratung über Ausbildungsberufe und weitere Bildungswege.

6095 **Beratung ausbauen, Selbständigkeit fördern**

Die Beratungsstellen, insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur für Arbeit und der Jobcenter, werden wir für die Beratung von Arbeitnehmerinnen und 6100 Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund besser schulen, damit sie deren Bedürfnisse und Probleme verstehen. Auch Migrantenselbstorganisationen beraten und unterstützen hier wirkungsvoll. Sie brauchen aber dringend mehr finanzielle und organisatorische Unterstützung, um professioneller zu 6105 arbeiten. Migrantinnen und Migranten, die sich selbstständig machen wollen, brauchen eine professionelle Beratung, auch in ihrer Muttersprache. Die zügige Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und eine qualifizierte Weiterbildung sind für Einwanderer oft die einzige Chance, 6110 um am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die BayernSPD wird sich deshalb für einen bayerischen Weiterbildungspakt einsetzen, zu dem einen Weiterbildungsfonds, Sprachförderung, Patenschafts- und Mentoringprogramme und eine Imagekampagne für ausländische Qualifikationen 6115 gehören. Nicht zuletzt ist auch ein flächendeckender Mindestlohn eine wirkungsvolle Integrationsmaßnahme.

Die doppelte Staatsbürgerschaft: ein Mensch, zwei Kulturen

6120

Wir werden eine Bundesinitiative starten, um die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Menschen, die schon lange in Deutschland leben, sollen ohne den üblichen Hindernislauf durch die Behörden Deutsche oder Deutscher 6125 werden dürfen. Derzeit sind es mindestens acht Jahre. Das ist zu lange. Außerdem sollten es Sonderregeln zur früheren Einbürgerung geben. Einbürgerungswilligen muss es erlaubt sein, ihren alten Pass zu behalten. Wer in Deutschland geboren ist und deshalb die deutsche Staatsbürgerschaft 6130 besitzt, steht spätestens im Alter von 23 Jahren vor der Wahl zwischen dem deutschen Pass und dem Pass der Eltern. Viele empfinden diese Optionspflicht als Zumutung, denn sie fühlen sich beiden Kulturen zugehörig. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist kein Zeichen von Unentschlossenheit, 6135 sondern von der Bereitschaft, den Reichtum zweier Kulturen zu verbinden.

Integrationskurse ja, Tests nein

6140Die SPD fordert mehr Integrationskurse zur Vorbereitung auf die Einbürgerung. Derzeit gibt es zu wenige, und die sind schlecht ausgestattet. Die Warteschlangen vor den Kursen sind lang, die Unterrichtszeiten wenig flexibel. Außerdem werden wir die diskriminierenden Integrationstests wieder 6145abschaffen.

Asyl ist Menschenrecht

Wir machen eine menschenfreundliche Politik, keine 6150Abschreckungspolitik. Menschen fliehen, weil sie in der Heimat aus politischen Gründen um ihr Leben bangen müssen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen fehlt qualifiziertes Personal, um den besonderen Bedürfnissen von Asylsuchenden gerecht zu werden. Es gibt zu wenig 6155Ärztinnen und Ärzte und Psychologinnen und Psychologen, zu wenig Juristinnen und Juristen und zu wenige Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Die Gemeinschaftsunterkünfte sind oft in einem 6160mensenunwürdigen Zustand und von der örtlichen Gemeinschaft abgeschnitten. Die Unterbringung von mehreren Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, sexueller Identität und Tradition in kleinen Zimmern auf engstem Raum führt häufig zu massiven Konflikten. Kein 6165Flüchtling sollte dort länger als ein Jahr wohnen. Familien und Kinder sowie traumatisierte Flüchtlinge müssen von Anfang an in Wohnungen leben. Sämtliche unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge werden durch Schaffung von erforderlichen Kapazitäten und organisatorischen 6170Voraussetzungen von Anfang an in der Jugendhilfe betreut werden.

Die Versorgung mit Lebensmittelpaketen verstößt gegen die Menschenwürde und ist überdies viel zu teuer. Bayern hat 6175dadurch deutschlandweit mit Abstand die höchsten Ausgaben pro Kopf. Statt Essenspakete zu erhalten, sollen die Flüchtlinge sich selbst verpflegen können. Dafür werden wir sorgen.

6180Teilhabe für Asylbewerberinnen und Asylbewerber garantieren

Das Bundesverfassungsgericht hat klar und deutlich entschieden, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber 6185Anspruch auf gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe haben. Das Arbeitsverbot gehört abgeschafft, denn das Recht zu arbeiten ist ein Menschenrecht! Flüchtlinge brauchen vom ersten Tag an Sprachkurse und Zugang zum Arbeitsmarkt und für ihre Kinder brauchen sie den Zugang 6190zu Kita und Schule. Insbesondere jungen Flüchtlingen muss es vom ersten Tag an möglich sein, ohne bürokratische

Hindernisse eine Ausbildung zu beginnen.

6195 Die Residenzpflicht, die es Flüchtlingen verbietet, die Regierungsbezirksgrenze und die Nachbarlandkreisgrenze zu überschreiten, werden wir aufheben. Die Möglichkeit, sich frei zu bewegen, ist ein Menschenrecht. Außerdem ist die Residenzpflicht einmalig in der EU.

6200

Sozialverbände und Flüchtlingsinitiativen brauchen mehr Geld, damit sie im Auftrag des Freistaates beraten und unterstützen können.

6205 **Integration beginnt in der Kommune**

Erfolgreiche Integration entscheidet sich vor Ort – in den Städten und Gemeinden. Migrantinnen und Migranten leben seit Jahrzehnten in Kommunen und gestalten diese 6210 erfolgreich mit.

Dafür gibt es zahlreiche positive Beispiele. Ein besonders erfolgreicher Beitrag zur sozialen Integration war das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“. Die jüngsten 6215 massiven Kürzungen treffen vor allem die Stadtteile und Wohnbezirke mit den größten Integrationsproblemen, wir werden daher hier gegensteuern.

Sozialen Wohnungsbau und Beratungsstellen ausbauen

6220

Bayern muss den sozialen Wohnungsbau fördern. In den kommenden Jahrzehnten ziehen immer mehr Menschen in die zentralen Regionen um Nürnberg, Augsburg und München. Migrantinnen und Migranten brauchen

6225 Unterstützung im Alltag. Sie brauchen Informationen zur Rente und zur Sozialhilfe, zur Pflegeversicherung und zur Gesundheitsvorsorge. Professionell lässt sich so eine Beratung nur mit mehrsprachigen Beraterinnen und Berater leisten, die selbst einen Migrationshintergrund haben.

6230

Wahlrecht und Integrationsbeauftragter

Die erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund muss ein Schwerpunkt kommunaler 6235 Arbeit sein. Wer mitbestimmen darf, fühlt sich der Gemeinschaft verbunden. Auch Migrantinnen und Migranten gehören in die Kommunalpolitik. EU-Ausländerinnen und – Ausländer haben das kommunale Wahlrecht. Menschen, die nicht aus einem EU-Land kommen, sollten ebenfalls auf 6240 allen kommunalen Ebenen wählen und für diese Funktionen auch gewählt werden dürfen. In sämtlichen Gremien auf Landesebene, zum Beispiel in den Rundfunk- und den Medienrat und in den Landesschulbeirat, werden wir stimmberechtigte Migrantinnen und Migranten berufen. Ein 6245 Landesbeirat für Integrationsfragen soll den Landtag und die

Staatsregierung beraten. Wir werden einen unabhängigen Integrationsbeauftragten für Bayern ähnlich dem Datenschutzbeauftragten installieren, der den Bayerischen Landtag unabhängig berät. Behörden als Arbeitgeber werden sich für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen.

Gesundheitsversorgung als Grundrecht für alle

Das medizinische Versorgungsrecht hat sich bisher noch nicht ausreichend auf die stetig wachsende Zahl von Migrantinnen und Migranten eingestellt. Menschen aus anderen Kulturkreisen ist das deutsche System oft nicht vertraut. Sprachprobleme kommen hinzu. In Sozial- und Gesundheitsberufen müssen daher deutlich mehr Migrantinnen und Migranten arbeiten. Das Personal für Krankenhäuser und Pflegeheime braucht interkulturelle Kompetenzen, da immer mehr Migrantinnen und Migranten in Deutschland älter werden. Zwingend notwendig sind mehrsprachige Informationsmaterialien. Krankenkassen sollten Migrantinnen und Migranten auch gezielt ansprechen, um sie auf Vorsorge- und Präventionsprogramme hinzuweisen. Über migrationsspezifische Bedürfnisse ist auch zu wenig im Gesundheitssystem bekannt. Die Qualität von speziellen Versorgungsangeboten für Migrantinnen und Migranten muss auf den neuesten wissenschaftlichen Stand gebracht werden.

Religion im Dialog schafft Vertrauen

Der interkulturelle und religiöse Dialog über Werte und Grundsätze kann Brücken bauen und für gegenseitiges Verstehen sorgen. Im Religions- und Islamunterricht lernen Kinder und Jugendliche verschiedene Religionen und Weltanschauungen kennen. Muslimische Kinder werden künftig islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache durch in Deutschland ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer erhalten.

Der Ethik-Unterricht an den Schulen hat die Aufgabe, das wechselseitige Verständnis für unterschiedliche Lebensformen und Werte zu fördern. Er wird daher von uns auch im Hinblick auf den interreligiösen Dialog aufgewertet.

6290

Inklusion: „Nichts über uns ohne uns“

Wir sagen ganz klar: Niemand darf wegen einer körperlichen, sensorischen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung oder Behinderung, wegen seines Geschlechtes, seiner ethnischen Herkunft oder seiner

kulturellen oder religiösen Identität von der
6300gleichberechtigten, selbstständigen und selbstbestimmten
Teilhabe am Leben der Gesellschaft ausgegrenzt werden.
Das verlangt die Behindertenrechtskonvention der Vereinten
Nationen, die seit März 2009 in Deutschland verbindliches
Recht ist. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
6305fühlen uns den Zielen dieser Konvention verpflichtet – ohne
wenn und aber.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

6310... **Barrieren im öffentlichen Verkehr, im Wohnraum, am
Arbeitsplatz, in Kultur- und Freizeiteinrichtungen
Schritt für Schritt beseitigen.**

... **den Ausbau inklusiver Bildungseinrichtungen von der
6315Kinderkrippe bis zur beruflichen Aus- und
Weiterbildung voranbringen.**

... **für sonderpädagogisch ausreichend qualifiziertes
Personal sorgen. Denn nur so kann individuelle
6320Förderung gewährleistet werden.**

... **den Ausbau der inklusiven Hochschule für alle und die
berufliche Ausbildung und Eingliederung stärker
fördern.**

6325

... **neue Berufsbilder schaffen und anerkennen und die
beschützenden Werkstätten erhalten.**

... **eine barrierefreie Kommunikation, die Teilhabe am
6330sozialen, kulturellen und politischen Leben aller
Menschen ermöglichen und sich für eine Gesellschaft der
Gemeinsamkeit und ohne Berührungspunkte einsetzen.**

Es ist normal, verschieden zu sein. Eine moderne
6335Gesellschaft ist gekennzeichnet durch die Vielfalt ihrer
Mitglieder. Wir wollen alles dafür tun, dass die gesetzlichen
und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen
werden, um diese Vielfalt zu ermöglichen. Eine große
Herausforderung für jede Landesregierung ist die Umsetzung
6340des Artikels 24 der UN- Behindertenrechtskonvention.
Gefordert wird dort, künftig inklusive Bildungseinrichtungen
vorzuhalten. Seit über 40 Jahren werden in Bayern Kinder
und Jugendliche mit Behinderung in speziellen
Einrichtungen gefördert. Viele Eltern schätzen diese
6345Förderorte für ihre Kinder. Wichtig ist, dass die Eltern für
ihre Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen ein echtes
Wahlrecht bekommen. Die Förderzentren bedeuten oft aber
auch, dass Kinder ihr soziales Umfeld verlassen und weite
Fahrwege auf sich nehmen müssen. Förderzentren sollten
6350zukünftig als Kompetenzzentren dienen, die Eltern,
Pädagogen und BeraterInnen für berufliche Themen in ihrer

Arbeit unterstützen, sie sollen nicht mehr als Bildungseinrichtung die Regel sein.

ÄA AfB und Selbst Aktiv

Absatz Inklusive Bildung ändern:

6355

Inklusive Bildungseinrichtungen

Im frühkindlichen Bereich finden sich bereits gute Ansätze, die wir weiter ausbauen werden. Die inklusive Bildung stützt Kinder beim Entwickeln einer eigenen Persönlichkeit innerhalb einer Altersgruppe. Sie gelingt in den Kindertagesstätten allerdings nur, wenn gut ausgebildetes pädagogisches Personal in ausreichender Zahl vorhanden ist. Verlässliche Strukturen sorgen für ein spielerisches und soziales Lernen mit allen Sinnen unter dem Leitbild der individuellen Förderung. Basis hierbei sind fachlich qualifizierte, individuell abgestimmte Förder- und Therapieangebote. Diese Entwicklungsphase, in der die Persönlichkeit eines Menschen maßgeblich geprägt wird, kann Berührungsängste zwischen Kindern mit und ohne Behinderung abbauen.

Im frühkindlichen Bereich finden sich bereits gute Ansätze, die wir weiter ausbauen werden. Die inklusive Bildung stützt Kinder beim Entwickeln einer eigenen Persönlichkeit innerhalb einer Altersgruppe. Wer inklusiv aufwächst, findet die Gleichbehandlung von Menschen mit Beeinträchtigung zeitlebens als Normalität. Inklusive Bildung gelingt in den Kindertagesstätten allerdings nur, wenn gut ausgebildetes pädagogisches Personal verschiedener Fachrichtungen im Anstellungsschlüssel in ausreichender Zahl vorhanden ist. Verlässliche Strukturen sorgen für ein spielerisches und soziales Lernen mit allen Sinnen unter dem Leitbild der individuellen Förderung. Basis hierbei sind fachlich qualifizierte, individuell abgestimmte Förder- und Therapieangebote. Diese Entwicklungsphase, in der die Persönlichkeit eines Menschen maßgeblich geprägt wird, kann Berührungsängste zwischen Kindern mit und ohne Behinderung abbauen.

6375

Absatz Schulen ändern:

6380

Schulen fit machen für Inklusion

Die allgemeinen Schulen fit für die Inklusion zu machen wird eine große Kraftanstrengung, ein gewaltiges Umdenken und auch den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel erfordern. Die Klassengrößen müssen angemessen sein, daher muss der Klassenteiler herabgesetzt werden. Die Lehrkräfte der allgemeinen Schulen müssen im täglichen Unterricht professionelle Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen aus den Förderschulen, aber auch durch weiteres pädagogisches Personal wie Sozial- und Heilpädagogen oder Förderlehrkräfte bekommen. Wann immer fachlich geboten, müssen Tandemlösungen realisiert werden.

Die allgemeinen Schulen fit für die Inklusion zu machen wird eine große Kraftanstrengung, ein gewaltiges Umdenken und auch den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel erfordern. Insbesondere müssen die Ausbildungskapazitäten für diese Berufe erhöht werden. Die Klassengrößen müssen angemessen sein, daher muss der Klassenteiler herabgesetzt werden. Die Lehrkräfte der allgemeinen Schulen müssen im täglichen Unterricht professionelle Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen aus den Förderschulen, aber auch durch weiteres pädagogisches Personal wie Sozial- und Heilpädagogen oder Förderlehrkräfte bekommen. Dieses zusätzliche pädagogische Personal ist Teil des Stellenplans des Kultusministeriums, so dass die Kosten nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Oft ist es angebracht, Tandemlösungen zu realisieren. Über deren Notwendigkeit entscheidet die Schule vor Ort.

Die inklusive Schule ist eine Schule mit einem Unterricht, der Rücksicht auf die Talente und Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes nimmt, den Kindern Mut macht und ihnen Selbstvertrauen vermittelt. Der Grundsatz muss heißen: Die Schule passt sich dem Kind an, nicht das Kind der Schule! Basis für die notwendige individuelle Förderung wie auch für individuelle Leistungsbewertung sind gut ausgebildete Lehrkräfte. Sie müssen künftig entsprechend an den

6405Hochschulen ausgebildet werden bzw. müssen qualifizierte Fortbildungsangebote erhalten, so dass sie den jeweiligen Förderbedarf feststellen und entsprechende Förderpläne erstellen können. Damit sich das pädagogische Personal entsprechend koordinieren kann, müssen ausreichende 6410Zeitressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Inklusion auch in der Berufswelt

Inklusion darf am Ende der Schulausbildung aber nicht 6415aufhören. Der Weg in die Berufswelt, aber auch eine Hochschule für alle müssen inklusiv gestaltet werden. Dazu braucht es Mut, auch neue Wege zu suchen und zu beschreiten. Wir haben diesen Mut und den politischen Willen, dies auch umzusetzen.

6420

Die berufliche Ausbildung hat zum Ziel, den jungen Menschen Perspektiven für ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben zu geben. Deswegen werden wir möglichst vielen Schülerinnen und Schülern mit 6425Behinderungen einen anerkannten Abschluss ermöglichen und dabei den Erwerb von Grundfertigkeiten fördern. Damit die berufliche Ausbildung den Weg der Inklusion mit beschreitet, braucht sie förderpädagogische und sozialpädagogische Unterstützung, speziell geschulte 6430AusbilderInnen spezielle Arbeitsplätze, technische Ausstattung und persönliche Assistenz, die der Behinderung entsprechen. Ziel muss es sein, dass jedem Menschen der Zugang in die reguläre Erwerbsarbeit ermöglicht wird. Eine Behinderung darf hier keinen Nachteil darstellen.

6435

Die inklusive Hochschule

Die inklusive Hochschule und Forschung ermöglichen den Studierenden mit Behinderung die normale Teilnahme am 6440Lerngeschehen. Die Gebäude müssen barrierefreie Zugänge haben und bei Bedarf spezielle Unterstützungssysteme bereit halten. Wir werden darüber hinaus Lehrstühle für inklusive Forschung einrichten und Hochschulen so handlungsstark machen, dass sie in Einzelfällen spezifische personelle und 6445oder technische Assistenzkräfte einsetzen, um inklusives Studieren zu ermöglichen.

Das Ziel: ein selbständiges und unabhängiges Leben

6450Die inklusive berufliche Aus- und Weiterbildung sowie das lebensbegleitende Lernen legen die Grundlage für ein selbstständiges und unabhängiges Leben und ermöglichen somit eine anerkannte berufliche Qualifikation. Bei vielen Menschen tritt der Grad einer Behinderung erst im Laufe 6455ihres Erwerbslebens ein. Für diese bereits berufstätigen Menschen sind vor allem eine qualifizierte Umschulung sowie das Schaffen und die Anerkennung neuer Berufsbilder

wie beispielsweise die Assistenz für Inklusion an Schulen erforderlich.

6460

Da nur anerkannte Berufsbilder förderfähig sind, sehen wir eine Zertifizierung neuer Berufe als wichtige Eingliederungshilfe in den Arbeitsmarkt an. So kann beispielsweise eine blinde Frau sich zur Medizinischen

6465Tastuntersucherin ausbilden lassen und ihren guten Tastsinn für die Früherkennung von Brustkrebs nutzen. Hier sehen wir es als unerlässlich an, dass die Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit der Wirtschaft und den Betroffenen verbessert wird. Eine professionelle Beratung für die Unternehmen wie

6470auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird daher aufgebaut. Zusätzlich werden wir aber nicht auf die Anerkennung und finanzielle Absicherung der beschützenden Werkstätten durch die Agentur für Arbeit bzw. die ARGE/Optionsmodell verzichten.

6475

Barrierefreiheit – auch in den Köpfen

Barrieren verhindern Zugänge und schaffen somit Ausgrenzung. Größer als die tatsächlich wahrnehmbaren

6480Barrieren und Hindernisse sind für Menschen mit Behinderungen oftmals die Barrieren in den Köpfen ihrer Mitmenschen. Mangelnde Achtung und Aufmerksamkeit schränken das gemeinsame Miteinander ein. Eine inklusive Gesellschaft überwindet diese Grenzen und steht für

6485grenzenlose Teilhabe. Daran wollen wir arbeiten.

Barrierefreie Mobilität umsetzen

Menschen mit Behinderungen sehen sich täglich in allen

6490Lebensbereichen, in der eigenen Wohnung, im öffentlichen Verkehrsraum, beim Einkaufen, im Öffentlichen Personenverkehr, beim Zugang zu öffentlichen Gebäuden, bei der Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie, bei der gleichberechtigten

6495Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben Barrieren gegenüber. Um barrierefreie Mobilität tatsächlich umzusetzen, brauchen wir

... öffentliche Verkehrsräume (Verkehrsmittel, Straßen, Plätze, Grünanlagen, öffentliche Gebäude und Einrichtungen sowie im gewerbliche Gebäude usw.) ohne Hindernisse.

6500... die Berücksichtigung des relevanten Regelwerks(DIN 18040) beim privaten und öffentlichen Wohnraum, bei

6505Neubauten wie bei Sanierungsmaßnahmen.

... entsprechende Hilfsmittel, die zeitnah und überall dort, wo sie gebraucht werden, in Anspruch genommen werden können.

6510

... Angebote, die auch Menschen mit Behinderungen das Reisen und den Zugang zum Kultur-, Sport- und Freizeitbereich problemlos ermöglichen.

6515Barrierefreie Information und Kommunikation

Barrierefreie Information und Kommunikation ist unserem Verständnis nach der Zugang und die Nutzbarkeit der Neuen Medien, Internet, Handy, soziale Netzwerke usw. für alle 6520(universales Design). Damit dies nicht Menschen mit geistigen, Sinnes- oder körperlichen Beeinträchtigungen verwehrt bleibt, müssen wir Informationen auch in leichter Sprache und Gebärdensprache für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen anbieten. Auch müssen wir 6525endlich Strukturen und Angebote für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben der Gesellschaft – beispielsweise durch ein Beratungsnetzwerk – schaffen. Grundlage hierfür ist es, in allen Bereichen einen einfachen und unbürokratischen Zugang zu modernen 6530technischen Hilfsmitteln sicherzustellen.

Teilhabe statt Ausgrenzung – eine Chance für unsere Gesellschaft

6535Trotz bestehender rechtlicher Regelungen erleben Menschen mit Behinderung Ausgrenzungen und Diskriminierungen im öffentlichen Verkehrsraum, im Wohnbereich, bei der Kommunikation, bei Banken und Versicherungen und im kulturellen und politischen Leben. Diese Hürden trennen 6540diese Menschen – oftmals von den nicht Betroffenen unbemerkt – von einem inklusiven Gesellschaftsverständnis und schaffen Teilung statt Teilhabe.

Ein Bayern aller Talente schaffen

6545 Eine zukunftsorientierte Gesellschaft kann es sich aber nicht leisten, die Talente und Potenziale seiner Mitglieder zu vernachlässigen. Jeder Mensch gestaltet in seiner Einzigartigkeit, mit seinen Handicaps und 6550Beeinträchtigungen, aber eben auch mit seinen Begabungen aktiv die Gesellschaft mit. Chancen zu aktiver Teilhabe für jeden einzelnen zu schaffen heißt für uns, eine neue Chance für unsere Gesellschaft im Ganzen zu schaffen. Wir müssen in allen Bereichen der Gesellschaft Berührungspunkte durch 6555gemeinsame Arbeit, Erlebnisse und Aktivitäten abbauen. Nur so gestalten wir ein gemeinsames Bayern aller Talente.

Ein zentraler Partner auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft sind dabei die Kommunen mit ihren vielfältigen 6560Aufgaben in der Daseinsvorsorge. Dabei werden wir die Kommunen aktiv unterstützen und auch finanziell nicht im Regen stehen lassen. Den Grundsatz der Konnexität („wer bestellt, bezahlt“) bei der Übertragung neuer Aufgaben durch

den Freistaat nehmen wir auch hier ernst.

6565

Wir wollen weg von der Fürsorge und hin zur Inklusion und gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe. Wir streben ein modernes Bundesleistungsgesetz an, mit dem wir ohne Verschlechterung der Leistungen einen Anspruch zum Ausgleich von Nachteilen erreichen wollen und das die Eingliederungshilfe ablöst. Finanzielle Leistungen müssen dabei unabhängig von Einkommen und Vermögen sein. Durch diese Teilentlastung sollen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum erhalten, konkrete Inklusion und Teilhabe vor Ort voranzutreiben.

Aufklärung verbessern

Der erste Schritt zu einer inklusiven Gesellschaft ist die Aufklärung und Mobilisierung aller Bürgerinnen und Bürger.

Wir müssen für Verständnis und Beteiligung werben, um anschließend in einem klaren, bayrischen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention die Weichen für die Zukunft zu stellen. In einer inklusiven Zukunft wird es Möglichkeiten für alle Menschen geben, mit eigener Stimme zu sprechen und eigene Entscheidungen zu treffen. Jeder wird alle Chancen und Möglichkeiten haben, entsprechend den eigenen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen, um für sich selbst zu sorgen und selbstständig und selbstbestimmt über die eigene Lebensgestaltung zu entscheiden.

Frauen mit Behinderungen besonders unterstützen

Frauen mit Behinderungen sehen sich nicht selten auch hierzulande mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt: sei es bei der beruflichen Eingliederung, sei es im privaten oder öffentlichen Bereich. Sie bei der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte zu unterstützen sieht die SPD als eine besondere gesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung an.

6605

Mensch und Gesellschaft

Innen- und Rechtspolitik, Rechtsextremismus: Auf eine starke Verfassung aufbauen

Die Bayerische Verfassung von 1946 beschreibt eine freiheitliche Wertordnung und ist Maßstab für unsere Innen- und Rechtspolitik. Bei allem was wir tun und fordern geht es darum, Sicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig die

Freiheitsrechte zu schützen. Wir wollen keinen Überwachungsstaat, der zum Zwecke der Prävention Freiheiten einschränkt.

6620

Vielmehr vertrauen wir den Menschen und wollen die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte auch in Planungs- und Verwaltungsverfahren ausbauen sowie Politik und ihre Entscheidungen transparenter machen. Und schließlich: Der

6625Kampf gegen Rechtsextremismus wird bei uns zur Chefsache. Das garantieren wir.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

6630... **die freiheitliche Bayerische Verfassung endlich umsetzen und behutsam fortentwickeln.**

... die Justiz und den Rechtsstaat stärken statt schwächen.

6635

... den Justizvollzug personell so ausstatten, dass Resozialisierung gelingen kann.

6640**... den Menschen vertrauen und daher Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte ausbauen.**

... die Sicherheit erhöhen und trotzdem die Freiheitsrechte schützen.

6645... **den Kampf gegen Rechtsextremismus verstärken**

Wir sind stolz auf die maßgeblich von **Wilhelm Hoegner** geschaffene Bayerische Verfassung von 1946. Für uns sind die Buchstaben dieser Verfassung Leitlinien unserer Politik.

6650Daher wird eine SPD-geführte Staatsregierung endlich auch all das in konkrete Politik umsetzen, was dort geschrieben steht. Unsere Bayerische Verfassung sieht beispielsweise gesetzliche Mindestlöhne vor (Artikel 169), gleichen Lohn für Frauen und Männer (Artikel 168) und die Förderung des

6655Baus günstiger Wohnungen (Artikel 106). All das und noch vieles mehr ist uns Verpflichtung und Richtschnur zugleich.

Verfassung fortentwickeln

6660Unsere Bayerische Verfassung ist schon über 60 Jahre alt und sollte daher an einigen Stellen unter Wahrung ihres freiheitlichen Grundtenors fortentwickelt werden. Wir haben im Landtag dafür gesorgt, dass sie 1998 und 2003 modernisiert und weiterentwickelt wurde. Und wir wollen

6665diese Modernisierung der Verfassung weiter vorantreiben, in dem wir das Ziel der Integration, die Lernmittelfreiheit und das Recht auf kostenlose Kindertagesstätten endlich in der Verfassung verankern. Ebenso werden wir die Pflicht des Staates festschreiben, für gleichwertige Lebensverhältnisse in

6670 allen Landesteilen zu sorgen.

Wir unterstützen daher auch den zeitgleich mit der Landtagswahl 2013 stattfindenden Volksentscheid, der eine „Schuldenbremse“, den Anspruch der Kommunen auf eine ausreichende Finanzausstattung, die Verpflichtung des Staates, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen, das Ehrenamt zu stärken und die Rechte des Landtags bei Entscheidungen zu europapolitischen Fragen im Bundesrat auszuweiten, in die Verfassung aufnehmen will.

6680

Parlament stärken, öffentliche Petitionen ermöglichen

Auch werden wir die Rechte des Parlaments gegenüber der Staatsregierung stärken. Dies betrifft insbesondere das Abstimmungsverhalten Bayerns bei Entscheidungen im Bundesrat. Und wir wollen endlich – wie längst in vielen anderen Bundesländern üblich – auch in Bayern sogenannte öffentliche Petitionen ermöglichen.

Insgesamt ist es im Petitionswesen unser Ziel, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und besonders dafür zu sorgen, dass die Bearbeitungsdauer von bislang mindestens drei Monaten halbiert wird. Das Petitionsgesetz wird zu diesem Zweck schnellstmöglich und grundlegend überarbeitet.

6695

Unabhängige, leistungsfähige Justiz stärken

Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind der Maßstab sozialdemokratischer Rechts- und Innenpolitik. Rechtsstaatlichkeit bedeutet für uns die unbedingte Achtung der Menschen- und BürgerInnenrechte durch alle Staatsgewalten, die Gewährleistung einer unabhängigen und leistungsfähigen Justiz und ihre Erreichbarkeit für alle Menschen.

6705

Eine unabhängig, schnell, qualifiziert und bürgernah arbeitende Justiz ist Wesensmerkmal eines freiheitlichen Rechtsstaates – darüber hinaus auch ein wichtiger Standortfaktor. Wir werden daher nicht nur alle Gerichtsstandorte in Bayern erhalten, sondern diese Gebäude auch mit Leben füllen, indem wir ausreichende Stellen für RichterInnen, StaatsanwältInnen, RechtspflegerInnen und nichtrichterliche MitarbeiterInnen an den Gerichten und Staatsanwaltschaften schaffen. Nur so können künftig mehr Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen zeitnaher als bisher entschieden werden.

Privatisierungen verhindern, Absprachen minimieren

Die Übertragung von Aufgaben der Justiz aufs Private – vom Nachlassgericht bis zur Zwangsvollstreckung – werden wir nicht zulassen. Absprachen in Strafverfahren müssen die

Ausnahme bleiben und dürfen nicht wegen der Überlastung der Justiz in umfangreichen Strafsachen zur Regel werden.
6725Wichtiger als Absprachen ist die Wahrheitsfindung.

Mediationen und Hilfen ausbauen statt streichen

Wir unterstützen Maßnahmen zur freiwilligen
6730außergerichtlichen Streitschlichtung und **Mediation**, wenden uns aber gegen Bestrebungen, Rechtsmittel abzubauen und den Zugang zu unabhängigen Gerichten durch Einschränkungen bei der Beratungs-, Prozess- und Verfahrenskostenhilfe zu erschweren.

6735

Selbstverwaltung stärken

Wir halten an der Selbstständigkeit der verschiedenen Fachgerichtsbarkeiten fest und werden die Mitbestimmungs-
6740und Mitwirkungsrechte der RichterInnen und StaatsanwältInnen stärken. Wir werden Richterwahlausschüsse schaffen und die Wahl der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs durch Zweidrittelmehrheit des Landtags einführen. Ebenso unterstützen wir die längst
6745überfälligen Schritte in Richtung Selbstverwaltung der Justiz.

Mehr Therapieangebote, bessere Resozialisierung

Der Strafvollzug ist nicht nur Teil der inneren Sicherheit, er
6750muss sich vor allem auch daran messen lassen, ob die Resozialisierung gelingt. Die nach der Föderalismusreform neu geschaffenen bayerischen Gesetze für den Strafvollzug und den Vollzug der Untersuchungshaft greifen zwar unsere jahrzehntelang erhobenen Forderungen nach mehr
6755Therapieangeboten auf, genügen aber nicht den Anforderungen an einen modernen Strafvollzug. Wir werden daher mehr Angebote zur Haftvermeidung und zur Verbesserung der Therapieangebote schaffen.

6760Sicherungsverwahrung reformieren

Die Sicherungsverwahrung wird von einer SPD-geführten Staatsregierung unter strikter Beachtung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des
6765Bundesverfassungsgerichts neu organisiert und auf hochgefährliche Straftäter beschränkt.

Opferschutz verbessern

6770Wir sind uns sicher: Kriminalprävention und Resozialisierung sind der beste Opferschutz. Wer aber trotzdem zum Opfer eines Verbrechens wurde, benötigt mehr Hilfen als bisher. Wir werden daher mehr Opferberatungsstellen schaffen und die bestehenden
6775Opferhilfeorganisationen stärker bei ihrer Arbeit unterstützen

und nicht alleine lassen.

Gefängnisse besser ausstatten

6780Der Strafvollzug in Bayern ist eklatant unterbesetzt. Das werden wir so schnell wie möglich beheben und die teilweise noch katastrophale Unterbringungssituation in bayerischen Justizvollzugsanstalten durch bauliche Maßnahmen verbessern.

6785

Mehr Demokratie und Transparenz

Die BayernSPD steht für eine lebendige Demokratie auf allen Ebenen, von den Gemeinden bis zum Staat, von den 6790Schulen und Hochschulen bis in die Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen. Volksbegehren und Volksentscheide sind eine sozialdemokratische Erfindung. Sie sind seit 1946 in der Bayerischen Verfassung verankert und haben sich bewährt. Wir haben dazu beigetragen, dass auf kommunaler Ebene 6795zusätzlich BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheide eingeführt worden sind.

In dieser Tradition wird eine SPD-geführte Staatsregierung die Hürden zur Einleitung von Volksbegehren – zum 6800Beispiel durch die Verlängerung der Eintragsfrist – abbauen und die Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Volksentscheiden durch eine Änderung des Artikels 73 der Bayerischen Verfassung ausweiten. Auch werden wir die Bindungsfristen von BürgerInnenentscheiden verlängert 6805werden. Wir werden uns auch im Bundesrat dafür stark machen, dass endlich auch auf Bundesebene Volksbegehren und Volksentscheide – nicht nur zu Fragen der europäischen Integration – ermöglicht werden.

6810BürgerInnenbeteiligung bei Infrastrukturprojekten verbessern

Direkte Demokratie beginnt nicht erst bei BürgerInnenbegehren und Volksbegehren. Wir wollen die 6815Entscheidung für oder gegen große Infrastrukturprojekte und über deren mögliche Alternativen von Anfang an transparent gestalten und die Bürgerinnen und Bürger, auch durch das Internet, frühzeitig an Planungsprozessen beteiligen. Wir wissen: Mehr Beteiligung führt nicht zu längeren 6820Genehmigungsverfahren, sondern beschleunigen diese vielmehr, indem sie die Akzeptanz für die Maßnahmen deutlich erhöhen. Die Rechtsschutzmöglichkeiten der direkt betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Naturschutz- und Umweltverbände dürfen hierbei nicht geschmälert, 6825sondern müssen ausgebaut werden.

Verwaltungen transparenter machen

Die Verwaltungen – ob in den Gemeinden oder auf
6830Länderebene – müssen offener werden, die Bürgerinnen und
Bürger brauchen einen freieren Zugang zu Informationen.
Nur so schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen für
die Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und
Bürger. Nur wer informiert ist, kann sich in einer modernen
6835und lebendigen Demokratie auch wirklich einbringen. Wir
werden daher dafür Sorge tragen, dass in den bayerischen
Kommunen – unter Beachtung datenschutz- und
persönlichkeitsrechtlicher Vorschriften –
Informationsfreiheitsgesetzen beschlossen werden, und dass
6840auf Landesebene endlich ein Transparenz- und
Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet wird, wie wir es
längst schon vorgeschlagen haben. Im Bereich der Justiz
treten wir für die Schaffung einer frei zugänglichen
Rechtsprechungsdatenbank ein.

6845

BürgerInnen gegenüber Verwaltungen stärken

Durch die fast gänzliche Abschaffung des
Widerspruchsverfahrens zur Überprüfung von
6850Verwaltungsakten sind die Rechtsschutzmöglichkeiten
verkürzt worden. Wir werden diese Verschlechterung auf
Kosten der Bürgerinnen und Bürger wieder rückgängig
machen und setzen uns vielmehr dafür ein, dass in den
wichtigsten Rechtsbereichen Verwaltungsentscheidungen
6855wieder mittels Widerspruch und nicht nur durch Klage zum
Verwaltungsgericht überprüft werden können.

Versammlungsrecht verbessern

6860Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist ein Pfeiler der
Demokratie. Wir haben deshalb mit vielen Anderen
gemeinsam gegen Einschränkungen der
Versammlungsfreiheit durch ein eigenes bayerisches
Versammlungsgesetz gekämpft und vor dem
6865Bundesverfassungsgericht erreicht, dass die schlimmsten
Schikanen des Bayerischen Versammlungsgesetzes für
verfassungswidrig erklärt worden sind. Wir werden die
Ausübung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit
erleichtern und dafür Sorge tragen, dass niemand durch
6870ausufernde Beobachtung durch Polizei und
Verfassungsschutz davon abgehalten wird, an einer
Versammlung teilzunehmen. Für kleine und regelmäßig
stattfindende Versammlungen werden wir die
Reglementierungen abbauen.

6875

Freiheit und Sicherheit stärken

Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern
bedingen einander. Für uns Sozialdemokratinnen und
6880Sozialdemokraten setzt Freiheit aber auch soziale
Gerechtigkeit voraus. Sozialdemokratische Innen- und

Sicherheitspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie die beiden Pole Freiheit und Sicherheit möglichst in eine stetige Balance bringt. Jede Einschränkung der persönlichen Freiheit bedarf der Rechtfertigung und muss streng auf Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit geprüft werden.

Bei Video-Beobachtung, Kennzeichen-Scanning, Telekommunikations- und Wohnraumüberwachung, Online-Durchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung kommt es nicht nur darauf an, dass jede einzelne Befugnis für sich genommen im Einzelfall sinnvoll und notwendig ist, sondern auch darauf, dass es in der Zusammenschau sämtlicher Maßnahmen zu keiner vermeidbaren Einschränkung von Grundrechten kommt.

Augenmaß bei Verbrechensbekämpfung

Ein wichtiges Ziel ist es, Kriminalität in allen ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen und Gefahren für die Sicherheit des Einzelnen abzuwehren sowie allen hier lebenden Menschen ein Höchstmaß an Sicherheit zu bieten. Aber wir treten dabei gleichzeitig für Vernunft und Augenmaß und die strikte Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein.

Polizei stärken, Sicherheit erhöhen

Wir wollen, dass Bayern, trotz der missglückten Organisationsreform der Polizei, das sicherste Bundesland und der Polizeiberuf attraktiv bleibt. Wir werden daher dafür sorgen, dass die Polizei nicht nur in Amtsstuben, sondern auch auf der Straße präsent ist. Dafür braucht es eine angemessene Ausstattung mit Personal und Technik. Die stetige Zunahme privater Sicherheitsdienste sehen wir ebenso mit Sorge wie den verstärkten Einsatz so genannter Sicherheitswachen.

Beamte mit Gesicht

Zu einer bürgernahen Polizei gehört, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern nicht anonym gegenübertritt. Wir werden daher auch im Interesse des Ansehens der Polizei dafür sorgen, dass Polizeibeamte beim Einsatz in geschlossenen Verbänden durch geeignete Kennzeichen identifizierbar sind.

Kampf gegen Rechtsextremismus

6930

Rechtsextremismus ist auch in Bayern weiter verbreitet, als dies die Staatsregierung wahrhaben will. Nicht erst die Erkenntnisse im Zusammenhang mit den Mordanschlägen der NSU-Terroristen haben gezeigt, dass das Ausmaß und

6935die Gewaltbereitschaft von Rechtsextremisten in den letzten Jahrzehnten sträflich unterschätzt wurden.

Der Kampf gegen Rechtsextremisten muss Teil der Erziehung in den Familien und Schulen werden und in den Vereinen, in den Hochschulen, am Arbeitsplatz und in den Medien fortgesetzt werden. Wir treten für ein personell und finanziell gut ausgestattetes Landesprogramm zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements und der politischen Bildung gegen Rechtsextremismus ein und lehnen die vom Bund vorgegebene Extremismusklausel ab. Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus werden wir in der Staatskanzlei eine eigene Stabsstelle sowie ein personell und finanziell gut ausgestattetes Landesprogramm zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements und der politischen Bildung gegen Rechtsextremismus schaffen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat im Bereich der Beobachtung und Bekämpfung des Rechtsextremismus versagt. Wir treten deshalb für eine grundlegende Reform dieser Behörde und des amtlichen Verfassungsschutzes ein und wollen den Einsatz von V-Leuten eindämmen und rechtsstaatlich regeln und kontrollieren. Die Beobachtung von a.i.d.a., der VVN-BdA und sonstiger nachgewiesenen demokratischer und auf dem Boden des Grundgesetzes stehender Organisationen durch den Verfassungsschutz werden wir beenden.

Mit einer Reform des Gesetzes über das Parlamentarische Kontrollgremium wollen wir die Kontrolle über den Verfassungsschutz effektiver und transparenter gestalten.

Wir unterstützen ein neues NPD-Verbotsverfahren und wollen alle vereinsrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um rechtsextremistische Vereinigungen und Netzwerke zu verbieten.

6975

Digitale Gesellschaftspolitik: Gesellschaft im Wandel

Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel: Neue Kommunikationsmethoden wie mobile Telefonie oder das Internet haben diese Umbruchsituation ausgelöst und mittlerweile lassen sich in breiten Teilen der Gesellschaft Veränderungen in der direkten Lebensrealität beobachten.

Uns als BayernSPD geht es daher nicht um ein Sparten-thema „Netzpolitik“, sondern um eine breiter angelegte Strategie einer digitalen Gesellschaftspolitik. Die digitale Dynamik wirkt auf alle Lebensbereiche und betrifft jede und jeden.

Niemand kann sich diesem Wandel entziehen.

6990 Nur wenn wir die richtigen politischen Entscheidungen treffen, können wir die Chancen dieses Wandels nutzen: Wir wollen die Teilhabe aller an diesen Chancen. Wir wollen mehr Barrierefreiheit. Wir wollen Transparenz in den politischen Strukturen und der Entscheidungsfindung. Und
6995 wir wollen, dass die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern durch die neuen technischen Möglichkeiten nicht verringert, sondern gestärkt werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben seit fast 150 Jahren für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft. Das werden wir auch
7000 in Zukunft tun: in der realen und auch in der virtuellen Welt.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

**... dem Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten
7005 höchste Priorität einräumen.**

**... den „Digital Divide“ verhindern, indem sie die Teilhabe aller an den neuen Medien ermöglicht. Denn der Zugang zum Internet gehört für uns zur Daseinsvorsorge.
7010**

... die diskriminierungsfreie Datenübertragung und somit die Netzneutralität garantieren.

**... durch „open government“ den digitalen Wandel auch
7015 in die Amtsstuben tragen und dort für mehr Transparenz und Beteiligung sorgen. Wir werden mit dem Informationsfreiheitsgesetz „mehr Demokratie wagen“.**

**... die Medienkompetenz von jungen Menschen stärken.
7020**

... die digitale Lernmittelfreiheit und den freien Zugang zu wissenschaftlichen Texten im Netz ermöglichen.

**... das Prinzip „Löschen statt Sperren“ durchsetzen und
7025 Netzsperrern genauso ablehnen wie den Einsatz von „Staatstrojanern“ und Online-Durchsuchungen.**

**... die Debatte um ein modernes Urheberrecht fördern, indem sie einen fairen Ausgleich zwischen den Beteiligten
7030 vorantreibt.**

**... die Kreativwirtschaft fördern und generell „Gute Arbeit“ auch im digitalen Zeitalter umsetzen, auch im Bezug auf ArbeitnehmerInnenschutz.
7035**

... über das Internet als Universaldienst schnelles Internet als Breitbandversorgung auch im ländlichen Raum sicherstellen.

7040

„Digital Divide“ verhindern, Netzneutralität garantieren

„Digital Divide“ nennt man die Kluft zwischen den Menschen, die die neuen Kommunikationsmethoden selbstverständlich nutzen und Menschen, die keinen Zugang dazu haben. Diese Kluft verläuft durch die ganze Gesellschaft und lässt sich nicht nur an Faktoren wie Alter, Geschlecht und soziale Herkunft ausmachen. Wir wollen eine Teilhabe aller an den Neuen Medien und wenden uns gegen die drohende informationelle Spaltung der Gesellschaft.

Wir stehen zur diskriminierungsfreien Datenübertragung, für einen freien und gleichen Zugang zum Internet mit dem Ziel der Netzneutralität. Das bedeutet, dass alle Datenpakete unverändert und in gleicher Qualität verschickt werden. Denn dies sehen wir als Schlüssel, um einen diskriminierungsfreien Zugang zum Internet und die Verbreitung von Informationen ohne unangemessene staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe sicherzustellen.

Zugang zum Internet ist ein BürgerInnenrecht

Der Zugang zum Internet ist aus unserer Sicht ein **BürgerInnenrecht** und muss somit künftig Teil der staatlichen Daseinsvorsorge sein. Auch die Bereitstellung öffentlicher WLAN-Hotspots an zentralen öffentlichen Plätzen zählt hierzu. Die BayernSPD setzt sich gleichzeitig auf Bundesebene gegen die sogenannte **Störerhaftung** ein und ermöglicht damit innovative Konzepte der mobilen Internetanbindung. Mehr hierzu haben wir im Kapitel „Infrastruktur“ dargelegt.

Als BayernSPD unterstützen wir die Bemühungen der BundesSPD, eine flächendeckende und technologieneutrale Versorgung als Universaldienst zu einem bezahlbaren Preis gesetzlich zu verankern.

Infrastruktur: Bayerns „Digital Divide“

Ein großer Faktor zur Bewältigung der digitalen Kluft ist die Infrastruktur. Sie entscheidet, wer mit welcher Geschwindigkeit die Neuen Medien nutzen kann – oder auch nicht. Hier ist insbesondere im Flächenland Bayern viel zu tun, das nach wie vor bundesweit Schlusslicht ist. Wir wollen die **Ziele der Digitalen Agenda** der Europäischen Union erfüllen. Für die BayernSPD ist der Festnetzausbau mit Glasfaserkabeln nach wie vor die erste Priorität, wir vergessen aber auch nicht die Alternativen wie mobiles Internet über Handynetz und den Mobilfunkstandard **LTE**. Die Versorgung über LTE kann eine gute Zwischenlösung für die bislang über Festnetz noch nicht erschlossenen Gebiete sein, sie ist jedoch nicht endlos ausbaubar. Und auch

in der Mobilfunkabdeckung hat Bayern noch weiße Flecken.
7095 Die BayernSPD setzt sich daher für eine Versorgungsstudie ein, so dass eine störungstolerante Abdeckung mit einem hohen Durchsatz in ganz Bayern ermöglicht werden kann.

Open Government: Mehr als e-government

7100

Die BayernSPD wird den digitalen Wandel auch in die Verwaltung und die Regierung bringen. Transparenz der Kommunal- und Staatsverwaltung und freier Zugang zu Informationen sind notwendige Voraussetzungen für die

7105 Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger und die Partizipation in einer modernen und lebendigen Demokratie. Wir treten deshalb weiter dafür ein, dass in den bayerischen Kommunen unter Beachtung datenschutz- und persönlichkeitsrechtlicher Vorschriften

7110 **Informationsfreiheitsgesetze** beschlossen werden. Auf Landesebene werden wir endlich ein Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz verabschieden.

Es gibt bereits ausführliche Konzepte, wie
7115 Behördenvorgänge elektronisch abgebildet und unterstützt werden können. Die BayernSPD erkennt die Herausforderungen an, die digitale Verwaltungsprozesse darstellen und wird in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Richtlinien für Open-Government weiterentwickeln.

7120 München ist hier einige große Schritte voran gegangen. Beispielsweise werden wir diskutieren, wie mehr Open Source-Software in den öffentlichen Verwaltung – wie etwa in München mit „LiMux“ – eingesetzt werden kann und ob es möglich ist, die Verwendung von „Creative Commons“-

7125 **Lizenzen** bei öffentlichen Vergaben zu bevorzugen.

Medienkompetenz ausbauen

Teilhabe in der digitalen Gesellschaft setzt
7130 Medienkompetenz voraus. Sie muss in allen Bildungseinrichtungen zukünftig noch stärker und gezielt vermittelt werden, um allen Generationen eine kompetente, aktive und kritische Nutzung zu ermöglichen. Ein Mehr an Medienkompetenz sowie gesicherter Daten- und
7135 Verbraucherschutz sind erforderlich, um sich für die Herausforderungen der Digitalisierung zu wappnen. Dies gilt für alle Altersgruppen.

Um dies zu verwirklichen, werden wir Lehrkräfte in den
7140 Neuen Medien weiterbilden und in allen Schulformen der Medienerziehung mehr Raum geben. Wir werden die Kommunen bei der Ausstattung mit digitalen Medien unterstützen.

7145 Auch nach der Schul- und Ausbildungszeit werden wir im Rahmen eines Bildungsurlaubs den Aufbau der

Medienkompetenz lebenslang fördern. Zusätzlich werden wir die Einrichtung eines Rundes Tisches zur Medienkompetenzförderung anstreben, um ein 7150 „Gesamtkonzept Medienkompetenz“ für alle zu entwickeln.

Die Ergebnisse der bereits an vielen Stellen erfolgreich durchgeführten medienpädagogischen Projekte müssen hier einfließen. Ziel ist, nicht weiter unübersichtliche Einzelprojekte zu fördern, sondern eine Institutionalisierung 7155 erfolgreicher Ansätze, beispielsweise durch feste Stellen.

Digitale Bildungspolitik, digitale Lernmittelfreiheit

Neben der Förderung der Medienkompetenz gibt es in der 7160 Bildungspolitik zahlreiche weitere Ansatzpunkte digitaler Gesellschaftspolitik. Die BayernSPD will hier weiter denken. Gerade die Bildungseinrichtungen sind bereits sehr stark in der digitalen Welt angekommen.

7165 Eine SPD-geführte Staatsregierung wird eine Machbarkeitsstudie für digitale Lernmittelfreiheit (Open Educational Resources) in Auftrag geben. Schulbücher werden aktuell staatlich finanziert und in absehbarer Zeit digitalisiert auch den Schulen zur Verfügung gestellt. Die 7170 BayernSPD lehnt einen „Schultrojaner“ oder ähnlichen Modellen entschieden ab, sondern wird Schulbuchinhalte für alle digital verfügbar machen.

In Schulen prallen unterschiedlich medienaffine 7175 Generationen aufeinander. Hier müssen gezielt demokratische Diskussion zum digitalen Wandel angestoßen werden, zum Beispiel zum Handyverbot.

Wissenschaft in der digitalen Welt

7180

Die Wissenschaft ist ein Motor des digitalen Wandels. Wir schaffen daher ein Zweitverwertungsrecht für wissenschaftliche Autoren, die ihre Beiträge neben der Verlagspublikation zum Beispiel auf den Seiten der 7185 Hochschule zugänglich machen wollen. OpenAccess, also der freie Zugang zu wissenschaftlichen Texten im Netz, wird systematisch gefördert. Wir treten außerdem für eine Überprüfung der Bildungs- und Wissenschaftsschranken ein. Insbesondere die Intranet-Nutzung in Schulen und 7190 Hochschulen werden wir dauerhaft auf eine rechtssichere Grundlage stellen und die Schrankenbestimmung für die öffentliche Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung entfristen.

7195 Freiheit versus Sicherheit

Die BayernSPD sieht eine digitale Innenpolitik im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Uns ist klar: Wir wollen strafrechtlich relevante Taten auch im

7200digitalen Bereich verfolgen. Allerdings kann man vielen Herausforderungen des digitalen Zeitalters nicht durch eine restriktive Strategie begegnen. Wir stehen für starke **BürgerInnenrechte** in der digitalen Welt. Der Schutz der Informations- und Kommunikationsfreiheit sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung haben für uns auch in der digitalen Welt hohe Priorität und dürfen nicht ausgehebelt werden. In diesem Sinne stehen wir z. B. zum Prinzip „Löschen statt Sperren“ und lehnen Netzsperrungen ab. Ebenso halten wir die von der EU-Richtlinie vorgegebene sechsmonatige verdachtslose Vorratsspeicherung aller Verbindungsdaten für unverhältnismäßig und lehnen diese ab. Gleichzeitig wenden wir uns gegen Online-Durchsuchungen im Freistaat und gegen den vom LKA verwendeten unsicheren „Staatstrojaner“.

7215

Urheberrecht und Creative Commons

Das Internet hat enorme Auswirkungen auf die Ordnung immaterieller Güter und stellt damit die gesamte Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen. Nutzerinnen und Nutzer sind heute Produzentinnen und Produzenten sowie Konsumentinnen und Konsumenten zugleich. Die BayernSPD wird die Debatte um ein modernes Urheberrecht fördern, indem sie einen fairen Ausgleich zwischen Beteiligten vorantreibt.

Urheberrechte von Künstlerinnen und Künstlern und Kreativen müssen auch in der digitalen Welt geschützt werden. Dafür müssen auch neue Konzepte für Vergütungsmodelle noch genauer geprüft werden. Wir bekennen uns aber ausdrücklich zur Idee von Creative Commons, das sind offene Lizenzen, die die Nutzung der Inhalte explizit und unter bestimmten Bedingungen erlauben.

7235Das von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Leistungsschutzrecht für Presseverlage hätte bedenkliche Auswirkungen auf die Interessen Dritter und das Gemeinwohl und wird daher von der BayernSPD abgelehnt.

7240Sperrungen von Teilnehmeranschlüssen und Verbindungen als Strafe, zum Beispiel für Urheberrechtsverletzungen („Three Strikes“), lehnen wir ab. Solche Sperrungen schränken die Kommunikations- und die Informationsfreiheit massiv und unverhältnismäßig ein.

7245

Arbeiten 2.0

Die in der Informationstechnologie und in den Neuen Medien geschaffenen Arbeitsplätze sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Auch in Bayern gibt es viele Web-Start-Ups. Die BayernSPD unterstützt dieses Potenzial für Innovationen, Arbeitsplätze und weitere Unternehmen. Wir

werden daher unterstützende Strukturen, beispielsweise einen einheitlichen Ansprechpartner für Medien und Kreativwirtschaft, schaffen.

Die BayernSPD wird den Aufbau von Co-Working-Arbeitsplätzen, also Räumlichkeiten und Infrastruktur für kleine Selbständige, unterstützen. Zudem werden wir die soziale Sicherheit für Kreative und Künstlerinnen und Künstler ausweiten. Die BayernSPD steht zum Erhalt der Künstlersozialversicherung. In den kommenden Jahren werden wir den Bundesrat nutzen, um Initiativen für eine bessere soziale Sicherung von Kultur- und Medienberufen zu starten.

Kreativwirtschaft fördern

Die SPD wird die Kreativwirtschaft intensiver in die Förderprogramme einbeziehen und die existierenden Förderbedingungen verbessern. Besonders in der projektorientierten Kreativwirtschaft besteht oft kurzfristiger Finanzierungsbedarf, der von den Selbständigen sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht abgedeckt werden kann. Hier werden wir helfen.

Gute Arbeit auch im digitalen Zeitalter

In fast allen Bereichen der Arbeitswelt fand und findet durch die Nutzung von Computern und Internet ein massiver Wandel des Arbeitsalltags statt. Insbesondere das Verhältnis zur (Arbeits-)Zeit hat sich massiv verändert. Gleichzeitig findet eine Abkehr von traditionellen Beschäftigungsverhältnissen statt. Diese Veränderungen sind nicht nur negativ zu bewerten, bergen aber auch Risiken, wie die Zunahme von Burn-Out-Erkrankungen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen zeigen.

Wir nehmen auch im digitalen Zeitalter die Verantwortung für den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ernst und werden Modelle für die bayerische Verwaltung und staatseigene Betriebe entwickeln und die bayerische Wirtschaft in diese Entwicklungsprozesse aktiv einbeziehen.

Datenschutz auf allen Ebenen garantieren

Der Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten gewinnt aufgrund der wachsenden Vernetzung aller Lebensbereiche zunehmend an Bedeutung. Das Datenschutzrecht in seiner jetzigen Form wird seinem ursprünglichen Anspruch nicht mehr gerecht. Die BayernSPD setzt sich dafür ein, dass personenbezogene Daten nur dann für gewerbliche und andere Zwecke verwendet werden dürfen, wenn die Nutzerinnen und Nutzer bewusst und ausdrücklich zugestimmt haben. Wir werden zudem das Modell eines

„Datenbriefs“ prüfen.

Wir setzen uns für ein konsequentes „opt-in“ für die Nutzung privater Daten und die strikte Anwendung solcher Regeln in der Verwaltung ein. Dies gilt insbesondere auch für das Melderecht und Daten in öffentlicher Hand. Die BayernSPD wird daher ein Datenschutzgesetz auf den Weg bringen, das insbesondere sogenannte „Whistleblowern“, also Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auf Missstände an ihrem Arbeitsplatz hinweisen, schützen soll. Gerade gewerkschaftliche Vertrauensleute und Whistleblower brauchen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz.

7320

Kultur und Medien: Tradition und Innovation gehen Hand in Hand

Kultur ist prägend für den Freistaat Bayern, prägend für unsere Bildungschancen und für die gesellschaftlichen Diskurse. Kulturförderung ist für uns eine Investition in die Zukunft.

Eine einmalige Dichte und Qualität von Museen, Theatern, Orchestern, Kleinkunst und freien Kulturinitiativen sind Teil der Identität unseres Landes. Der Freistaat Bayern geht mit der Kulturpolitik über die Traditionspflege hinaus. Eine lebendige Kunst- und Kulturszene lebt vom Spannungsverhältnis zwischen Bewährtem und Neuem.

Der Staat hat die Verantwortung, den Weg zur Kultur für alle Menschen zu öffnen und dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... dafür Sorge tragen, dass – anders als bisher – kulturelle Bildung nicht vom sozialen Status oder vom Bildungsstand der Eltern abhängig ist.

... über die Zusammenarbeit zwischen Kultur, Kindergarten und Schule die kulturelle Teilhabe aller Bevölkerungsschichten ermöglichen.

... Künstlerinnen und Künstlern Räume für künstlerische Produktionen zur Verfügung stellen und starke Netzwerke schaffen, damit diese ihre finanzielle Situation aus eigener Schaffenskraft stabilisieren können.

... für ein modernes Urheberrecht sorgen, um Kreative
7360und Urheber zu stärken und ihnen faire Einkommen zu
ermöglichen. Auch werden wir das Recht endlich mit
neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringen.

... Medienpädagogik und Medienerziehung als
7365Voraussetzung für einen aktiven, selbstbestimmten und
kritischen Umgang mit den Medien fördern.

... die Kreativwirtschaft als eigene Wirtschaftsform und
Zukunftsbranche so fördern wie die klassischen
7370Industrien.

„Kultur für Alle“ neu auflegen
7375

Das von sozialdemokratischer Kulturpolitik in den 70er
Jahren initiierte Programm „Kultur für Alle“ war ein großer
Erfolg. Wir werden es unter den heute veränderten
Bedingungen neu auflegen. Die Kulturförderung insgesamt
7380soll einer inklusiven, humanen und gerechten Gesellschaft
dienen, wobei der Eigenwert von Kunst und kreativer Praxis
zu beachten ist.

Kommunen bei der Kulturförderung unterstützen
7385

Die Kommunen tragen einen Großteil der Kulturförderung
als **freiwillige Aufgabe**. Daher gefährden angespannte
Kommunalfinanzen die kulturelle Entwicklung des Landes.
Wir sind der Meinung, dass der Freistaat in der Pflicht steht,
7390die Kommunen in der Wahrnehmung dieser Aufgabe zu
unterstützen und seine eigenen Förderangebote in
Kooperation mit den Kommunen dezentral auszurichten und
auszubauen.

7395Tradition und Innovation fördern

Eine einmalige Dichte und Qualität von Museen, Theatern,
Orchestern, Kleinkunst und freien Kulturinitiativen sind Teil
der Identität unseres Landes. Kulturdenkmäler sind von
7400großer Bedeutung für die Attraktivität Bayerns als Kultur-,
Tourismus-, und Wirtschaftsstandort.

Der Freistaat Bayern darf mit der Kulturpolitik jedoch nicht
bei der Traditionspflege stehen bleiben. Eine lebendige
7405Kunst- und Kulturszene lebt vom Spannungsverhältnis
zwischen dem Bewährten und Neuen. Genau das werden wir
finanziell und strukturell gezielt fördern.

Regionale Traditionen stärken und weiterentwickeln
7410

Die vielfältigen regionalen Traditionen gestalten unsere

reiche Kulturlandschaft. Breitenkultur und Volkskultur sind in Bayern seit jeher eine wichtige Ausdrucksform von Heimat. Sie waren aber auch zu allen Zeiten widerborstig und unbequem. Heute gibt es wieder sehr vielfältige neue Ausdrucksformen, die Tradition und Innovation kombinieren. Der Freistaat Bayern ist dort gefordert, wo erhalten und weiterentwickelt wird, wo auch Denkmäler neues Denken erlauben.

7420

Sanierungsstau abbauen, neues Publikum anlocken

Auch die staatlich finanzierten großen Institutionen werden wir für neue Formen und neues Publikum öffnen. Wir werden den Sanierungsstau bei Theatern, Museen und vielen Kulturdenkmälern abbauen und die Einrichtungen fit für die Zukunft machen: effizient im Betrieb, offen für neue Themen und Präsentationen, attraktiv für neue Zielgruppen.

7430 Vielfalt der Gesellschaft als kulturelle Chance

Die europäische Einigung, Mobilität und Zuwanderung haben uns kulturelle Impulse aus aller Welt gegeben. Immer mehr Menschen in Bayern haben einen Migrationshintergrund. Bayern lebt auch von der Internationalität. Deshalb ist gerade im kulturpolitischen Raum die Vielfalt der Gesellschaft eine große Chance und wichtige Ressource. Die Förderung von „Diversity“, also sozialer Vielfalt, die wir konstruktiv nutzen, wird Bayern gut tun.

Kultur in der Fläche fördern

Es klingt banal, ist aber längst nicht umgesetzt: Alle Landesteile – auch und gerade der sogenannte ländliche Raum – müssen vom kulturpolitischen Engagement des Freistaats gleichermaßen profitieren. So müssen etwa Musikschulen in der Fläche gefördert werden, um auch dort ein musikalisches Angebot zu erhalten.

7450

Eigenwert der Kultur anerkennen, Förderstruktur modernisieren

Die Freiheit der Kunst (Artikel 5 des Grundgesetzes) ist für uns ein hohes Gut. Der Staat hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für diese Freiheit zu schaffen und Freiräume für die Entwicklung der Künste und der Kultur jenseits des Marktes und der Verwertung zu schaffen.

Wir werden durch eine Landeskulturpolitik der Offenheit, Transparenz und Beteiligung die Freiheit der Kunst angemessen würdigen. Dafür werden wir die verkrustete Landesbürokratie und die althergebrachte Förderstruktur durchforsten und modernisieren – im Dialog mit den

7465Akteuren aus dem Kulturbereich.

Wir werden durch die Unterstützung der Selbstorganisation der Künstler, durch die Förderung von Netzwerken und Fortbildungseinrichtungen, durch Wettbewerbe und offene 7470Ausschreibungen die bayerische Kulturpolitik öffnen.

Arbeitswelt und Kultur zusammenbringen

Wir werden die Beratung und Unterstützung von 7475kulturwissenschaftlichen Unternehmensgründungen ausbauen, Kreativstandorte in ganz Bayern entwickeln und die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern verbessern.

7480Wir wissen: Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat ein großes Wachstums- und Beschäftigungspotenzial. Sie ist zum Impulsgeber für gesellschaftliche Erneuerung geworden. Kreative und künstlerische Arbeit bildet die Grundlage für ökonomischen Fortschritt und jede gesellschaftliche 7485Innovation. Die **Kreativwirtschaft** ist eine eigene Wirtschaftsform und Zukunftsbranche. Sie muss künftig mit ihrem hohen wirtschaftlichen Potenzial mindestens so gefördert werden wie die klassischen Industrien. Vor allem die Existenzgründungsförderung werden wir auch auf die 7490Bedürfnisse von Kreativen zuschneiden.

Filmstandort Bayern stärken

Wir werden den Filmstandort Bayern mit seinen 7495Produktionsstätten und seinen Kinos auch in der Fläche und insbesondere in der Ausbildung stärken. Die kulturelle Filmförderung wird unter einer SPD-geführten Staatsregierung einen höheren Stellenwert erhalten.

7500Bildung – Schlüssel für die Kultur

Kulturelle Bildung ist für uns der Schlüssel für die Kultur der Zukunft. Kulturelle Bildung ist Voraussetzung und Bedingung einer freien und gerechten Gesellschaft. 7505Kulturelle Bildung darf deshalb nicht vom sozialen Status oder vom Bildungsstand der Eltern abhängig sein. Über die Zusammenarbeit zwischen Kultur, Kindergarten und Schule – nicht nur, aber besonders auch in der Ganztagschule – wollen wir die kulturelle Teilhabe aller 7510Bevölkerungsschichten ermöglichen.

In der Kooperation mit Künstlern und Kulturpädagogen können Kindern neue Zugänge zum kulturellen Leben eröffnet und gleichzeitig soziale Kompetenzen gefördert 7515werden. Und nicht nur die Schülerinnen und Schülern profitieren von diesen Kontakten: Auch für die Einrichtung

Schule ergeben sich neue Perspektiven.

7520 Kulturelle Bildung ist aber auch ganzheitlich und lebensbegleitend. Wir werden daher – insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – darauf achten, dass für ältere Bürgerinnen und Bürger Kultur und Möglichkeiten zur Selbsttätigkeit zur Verfügung stehen.

7525 Gleichzeitig ist uns der Zugang zu Kultur in ganz Bayern ein Anliegen: Wir wissen um den besonderen Bedarf von Kulturförderung im ländlichen Raum und wir werden hier Impulse setzen.

7530 **Potenziale der Digitalisierung nutzen** (vgl. auch Programmteil Digitale Gesellschaft)

Die Digitalisierung der Welt verändert uns alle. Sie birgt einerseits Risiken, sie hat andererseits vor allem auch enorme

7535 Potenziale für Innovation, Emanzipation und Demokratisierung. Wir brauchen insbesondere ein modernes Urheberrecht, das Kreative und Urheber stärkt, ihnen faire Einkommen ermöglicht und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Die damit

7540 verbundenen Chancen für kulturelle Teilhabe und Vermittlung, Demokratie, aber auch für die Vermarktung und Verbreitung kultureller Angebote werden wir fördern.

Öffentlich-rechtlicher Bildungsauftrag auch im Internet

7545

Das Löschen öffentlich-rechtlich erstellter Inhalte im Internet nach einer gewissen Frist (Depublizieren) muss beendet werden. Hierzu setzt sich die BayernSPD für eine Änderung des Rundfunkstaatsvertrags ein. Wir werden dafür sorgen,

7550 dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten ihrem Bildungsauftrag künftig auch im Internet gerecht werden können. Hierzu müssen die Anstalten auch explizit multimedial verwendbare Inhalte erstellen dürfen, was ihnen bisher verwehrt wird. Wir sehen die öffentlich-rechtlichen

7555 Anstalten als fähig und in der Pflicht, innovative Medienarbeit im Sinne einer sich emanzipierenden Bevölkerung zu leisten, um einer qualitativ hochwertigen, partizipativ befähigenden und konvergenten Medienpolitik gerecht zu werden.

7560

Öffentlich-rechtliche Vorbildfunktion

Neben der notwendigen Neuformulierung in kommenden Rundfunkänderungsstaatsverträgen ist hier auch ein neuer

7565 konstruktiver Dialog mit den Partnern in Produktion und Distribution öffentlich-rechtlicher Inhalte in und um die Rundfunkanstalten nötig. Eine Stärkung der Urheber beginnt, indem der öffentlich-rechtliche Rundfunk Hand in Hand mit allen beteiligten Gruppierungen sichere Grundlagen des

7570 Handelns im digitalen Medienraum erarbeitet. Der

öffentlich-rechtliche Rundfunk hat hier eine gesellschaftliche Vorbildfunktion.

Breitbandversorgung = Informationsversorgung

7575

Der schnelle Zugang zum Internet muss für alle und überall möglich sein. Nur so können wir gewährleisten, dass Informationen auch tatsächlich für alle zugänglich sind. Wie wir uns den Ausbau der Breitbandversorgung vorstellen, das steht in den Kapiteln „Infrastruktur“ und „Aktive Politik für ländliche Räume in Bayern“.

Medienerziehung kennt kein Alter

7585 Wir werden Medienpädagogik und Medienerziehung in Schulen und in der Erwachsenenbildung als Voraussetzung für einen aktiven, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit den Medien fördern.

7590 Eine neue Medienpolitik

Wir werden die Medienpolitik im Freistaat wiederbeleben und insbesondere die Förderung nicht-kommerzieller, gemeinnütziger Journalismusprojekte verstärken. Mehrere Kompetenzträger haben zur Förderung von Vielfalt und Innovation die Gründung einer „**Stiftung Journalismus**“ angeregt, die – nach dem bewährten Modell der Filmförderung operierend – unterfinanzierte Bereiche wie den Recherchejournalismus, aber auch medienkritische Initiativen und Blogs fördern könnte. Indem sie Bürgerinnen und Bürger in die journalistische Produktion einbinden, bilden sie zudem eine Art Scharnier zwischen Zivilgesellschaft und professionellem Journalismus und fördern so „angewandte Medienkompetenz“ und damit die Voraussetzungen für politisch-gesellschaftliche Teilhabe. Diese Stiftung kann durch Mittel aus dem öffentlich-rechtlichen Gebührenaufkommen finanziert werden.

Vielfalt und Werte in den Medien

7610

Ob jung, ob alt, ob reich oder arm – wer in unserer Mediengesellschaft lebt, hat ein Anrecht auf aktive Teilnahme an neuen Informations- und Kommunikationstechniken. Chancengleichheit und die

7615 Garantie von Meinungsfreiheit, Informationsvielfalt und Selbstbestimmung sind die Grundwerte der sozialdemokratischen Medienpolitik in Bayern. Zentrale Herausforderung der Medienpolitik ist nicht nur die Förderung inhaltlicher Vielfalt in den digitalen Medienwelten, sondern immer mehr auch die Garantie des freien, nicht durch kommerzielle Interessen gefilterten Zugangs zur Informationsvielfalt.

Pluralität, Transparenz und Kontrolle im Rundfunk

7625

Medienpolitik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu sichern, die es den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und TV-Sendern gleichermaßen ermöglichen, sich zu entfalten. Unser Ziel ist es, im Sinne der
7630publizistischen Vielfalt ein konstruktives Nebeneinander von unabhängigen privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern zu erhalten. Dazu gehört ein angemessener Internetauftritt auch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

7635

Dabei kommt den öffentlich-rechtlichen Veranstaltern eine besondere Aufgabe zu, die privaten Unternehmern aufgrund ihrer Gewinnorientierung schwerer fällt: Das Angebot von
7640Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung für alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen. Wir stehen für die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der seinem Grundversorgungsauftrag auf allen Verbreitungswegen nachkommen und dem
7645wachsenden Angebotsdruck globaler Medienkonzerne standhalten können muss. Langfristig werden wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk unabhängig von Werbeeinnahmen machen.

7650Rundfunkgebührendende einbinden

Das Internet verändert auch die Partizipationsansprüche der Mediennutzerinnen und -nutzer. Dieser Entwicklung muss die moderne Medienpolitik Rechnung tragen, insbesondere
7655bei der Weiterentwicklung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Grundvoraussetzung dafür wiederum ist mehr Transparenz. In Großbritannien und den USA tagen beispielsweise **Ofcom** bzw. **FCC** öffentlich und übertragen ihre Sitzungen im Netz. Hierzulande sind wir davon noch
7660weit entfernt. Es besteht allerdings eine Rechenschaftspflicht gegenüber der Rundfunkgebühren zahlenden Öffentlichkeit und diese muss künftig vom Gesetzgeber den technologischen und partizipativen Erfordernissen angepasst werden.

7665

7670

7675

Vertriebenenpolitik: Erbe bewahren, Brücken

7680**bauen**

Bayern ist nach dem Zweiten Weltkrieg für Millionen Flüchtlinge und Vertriebene zur neuen Heimat geworden. Schätzungen besagen, dass ein Viertel aller Bürgerinnen und
7685Bürger des Freistaats Heimatvertriebene und deren Nachkommen sind. Heute gehören Sudetendeutsche, Schlesier, Pommern, Ostpreußen, Banater und Siebenbürger wie selbstverständlich zu uns. Das Wort des Bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner (SPD) von den
7690Sudetendeutschen als „Viertem Stamm“ neben Altbaiern, Franken und Schwaben gilt längst für alle Heimatvertriebenen, gleich welcher landsmannschaftlich-geographischen Herkunft.

7695**Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung**

... dieses Erbe bewahren und Brücken bauen für eine gute Zukunft.

7700**... die Verständigungs- und Versöhnungsarbeit weiterhin staatlich fördern.**

Die gesellschaftliche Eingliederung dieser neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger war eine große
7705Herausforderung, aber das „Wunder der Integration“ ist gelungen. Die Leistung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge für den Wiederaufbau und die heutige Spitzenposition Bayerns ist von unschätzbarem Wert.

7710Die BayernSPD sieht es als wichtige Aufgabe an, die geschichtliche Erinnerung und das reiche kulturelle Erbe der unterschiedlichen Vertriebenengruppen zu wahren. Dazu bedarf es weiterhin einer angemessenen staatlichen Förderung für die vielfältige Verständigungs- und
7715Versöhnungsarbeit engagierter Initiativen, Verbände und Institutionen. Zu letzterem zählen u. a. ein Sudetendeutsches Museum in München, ein Schlesisches Haus sowie die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin.

7720Ziel muss aber auch sein, die neuen Möglichkeiten nach dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Union zu nutzen und zukunftsgerichtet weitere Brücken der Erinnerung und Verständigung in die Herkunftsländer der Vertriebenen zu bauen.

7725

7730 Sportpolitik: Politik für das Sportland Bayern

Der Sport ist die größte Bürgerbewegung in Bayern. Sport hat eine herausragende gesellschaftspolitische Bedeutung.

Wir wissen: Sport ist eine wichtige Möglichkeit der 7735 Begegnung, ist Mittel zur Verständigung und Chance für gemeinsame Erlebnisse. Im Sport begegnen sich täglich Menschen unterschiedlichen Geschlechts, ethnischer Herkunft, kultureller oder religiöser Identität, sowie Menschen mit und ohne Behinderung. Die BayernSPD sieht 7740 den Sport als wichtiges Bildungselement, als Möglichkeit zur Vermittlung gesellschaftlich relevanter Werte und als Gesundheitsprävention.

In Bayern engagieren sich unzählige Bürgerinnen und Bürger 7745 aktiv im und für den Sport und leisten dort wichtige Stunden ehrenamtlicher Arbeit. Diese Menschen werden wir stärker als bisher unterstützen.

Sport und Sportvereine sind bedeutende Lernorte für Kinder 7750 und Jugendliche. Sie vermitteln gesamtgesellschaftlich gültige Werte und eröffnen die Möglichkeit, Grenzen auszuloten und Selbstbewusstsein zu stärken. Da Sportvereine von der aktiven Beteiligung ihrer Mitglieder leben, sind sie als Schulen der Demokratie zu sehen. 7755 Niemand darf in Bayern von Sportangeboten ausgeschlossen werden.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

7760... **die Vereine unterstützen, die in die Gewinnung neuer Mitglieder und in die Ausbildung der ÜbungsleiterInnen investieren. Dazu braucht es eine Vereinspauschale von 30 Cent pro Fördereinheit.**

7765... **im Bereich der Gesundheitsprävention die Zusammenarbeit von Sportvereinen mit Schulen, Firmen und mit Einrichtungen für ältere Menschen fördern.**

... **für alle Schulformen mindestens drei Sportstunden** 7770 **pro Woche einführen.**

... **Schulschwimmen für jede Schule durch Investitionen in Schwimmbäder ermöglichen.**

7775... **die Wartezeit und Zwischenfinanzierung für Vereine beim vereinseigenen Sportstättenbau verlässlich auf längstens drei Jahre verkürzen.**

... **sich als Partner der Kommunen für die** 7780 **flächendeckende Realisierung von Sportstätten einsetzen, um auch Sport außerhalb des Vereins zu fördern.**

... das ehrenamtliche Engagement endlich angemessen fördern.

7785

Vereine unterstützen

Wir sehen den Breitensport in Bayern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Rehabilitationssport, 7790 Schul- und Betriebssport, Vereinssport und die kommunalen Sportstätten müssen entsprechend gefördert werden. Wir werden daher Vereine besonders unterstützen, die in die Gewinnung neuer Mitglieder sowie in die Ausbildung ihrer ÜbungsleiterInnen investieren. Außerdem werden wir 7795 Vereine fördern, die junge Talente sichten und trainieren, die dann in den Leistungssport wechseln. Im Sportverein wird ehrenamtliches Engagement gefördert, Verantwortungsbewusstsein und Leistungsbereitschaft werden gerade jungen Mitgliedern vermittelt. Diese 7800 Fähigkeiten sehen wir als wichtigen Bestandteil der Bildungsarbeit an, die auch angemessen honoriert werden muss.

Sport und Integration

7805

Sport hat außerdem eine hohe Bedeutung für die Integration. Seit dem Jahr 1989 führt der deutsche Sport das Programm „Integration durch Sport“ durch und leistet damit einen wesentlichen Beitrag auch zur Einbindung von Migrantinnen 7810 und Migranten.

Sport fördert die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben. Gemeinsames Training baut Barrieren ab und schafft Erfolgserlebnisse. Im Sport erfahren 7815 Menschen jeglichen Alters, dass sie sich gegenseitig unterstützen können und dass sie durch kontinuierliches Training selbstständiger und selbstbewusster werden. Wichtig dabei ist, dass Sportstätten, Vereinsangebote und Weiterbildungsmaßnahmen für ÜbungsleiterInnen und 7820 TrainerInnen barrierefrei werden. Zudem müssen nicht nur die Sportstätte, sondern auch die sanitären Einrichtungen für alle Sportler benutzbar sein. Kein Mensch darf aufgrund seiner besonderen Bedürfnisse von Bewegungsangeboten ausgeschlossen werden. Die hierfür erforderlichen 7825 Umbaumaßnahmen werden wir fördern.

Gesundheitsvorsorge stärken

Sport hat eine wichtige Bedeutung für den Bereich der 7830 Gesundheitsvorsorge. In Deutschland haben immer mehr Kinder und Erwachsene Probleme mit Übergewicht, mit Rückenbeschwerden oder mit chronischen Schmerzen. Die Zusammenarbeit von Sportvereinen mit Firmen, Schulen und mit Einrichtungen für ältere Menschen ist für die Prävention 7835 ein hilfreiches Element. Daher werden wir diese

Zusammenarbeit fördern und mit wissenschaftlicher Begleitung unterstützen. Außerdem kommt dem Sport eine erhebliche Bedeutung in der Gewalt- Alkohol- und Drogenprävention zu.

7840

Schulsport stärken

Ein wichtiger Baustein in der Bildungsarbeit ist außerdem der Schulsport. Sport fällt in der Schule immer noch viel zu
7845oft aus. Die tatsächlich erteilten Sportstunden liegen in Gymnasien und Realschulen mit insgesamt 600.000 Schülerinnen und Schülern durchschnittlich bei 2,6 und 2,2 Schulstunden und nicht bei den von allen Fachleuten empfohlenen drei bis vier Stunden. Unser Ziel ist es, dass
7850allen Schülerinnen und Schülern mindestens drei Schulstunden qualifizierter Sportunterricht in der Woche erteilt wird. Wir werden dem Unterrichtsausfall im Fach Sport genauso ernsthaft entgegenwirken wie in allen anderen Fächern.

7855

Außerdem sind wir überzeugt davon, dass jede Lehrkraft, die Sport unterrichtet, auch eine fundierte Ausbildung, bzw. eine Nachqualifikation haben muss. Den Sport sehen wir als wichtiges Element einer ganzheitlichen Bildung an.
7860Bewegung fördert die Aufnahmefähigkeit von Lerninhalten. Außerdem werden Fairness, Teamgeist und Durchsetzungsfähigkeit als wichtige Kompetenzen trainiert.

Sport und Ganztagschule passen zusammen

7865

In Bayern gibt es immer mehr Ganztagschulen. Gerade für diese Schulen ist das Kooperationsmodell „Sport nach 1 in Schule und Verein“ mit über 3.700 Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen im laufenden Schuljahr ein
7870wichtiges Bildungselement. Der Ausbau dieses Sport- und Bewegungsangebots durch Vereine kann jedoch aufgrund fehlender Übungsleiterinnen und Übungsleiter kaum noch ehrenamtlich gewährleistet werden. Daher ist es eine wichtige Aufgabe der Politik, gemeinsam mit den Vereinen
7875Lösungen zu erarbeiten. Wir werden aber auch die Vereine, die in Schulen Sportangebote zur Verfügung stellen, finanziell besser unterstützen.

Weiterhin werden wir das Zusammenspiel von Schule und
7880Verein dadurch verbessern, indem wir es Jugendlichen ermöglichen, sich in den Schulen als ÜbungsleiterInnen ausbilden lassen zu können.

Sport und Inklusion

7885

Da die Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung eine hohe Bedeutung in der Bildungspolitik hat, werden wir die Aus- und Weiterbildung der Sportlehrerinnen

und Sportlehrer um förderpädagogische Elemente ergänzen.

7890

Jedes Kind soll Schwimmen lernen

Laut einer Studie der DLRG ist jeder dritte Schulabgänger „nicht schwimmfähig“. Problematisch ist, dass den Schulen nicht genügend Schwimmbäder zur Verfügung stehen. Wir werden daher dafür sorgen, dass jedes Kind mit Verlassen der Grundschule schwimmen kann und werden das Schulschwimmen in Kooperation mit Kommunen und Vereinen fördern.

7900

Seit 1995 wurden in Bayern 142 kommunale Bäder geschlossen, darunter 69 Hallenbäder, 45 Schulschwimmbäder und 28 Freibäder. Weitere 34 Bäder wurden in sogenannte Spaßbäder umgewandelt. Das darf nicht so weiter gehen. Wir unterstützen daher den Beschluss des Finanzausschusses des Bayerischen Städtetages, wonach die Möglichkeiten der Förderung nach Artikel 10 FAG (Schulschwimmen) verbessert werden müssen. Ein Sonderförderprogramm nur für Investitions- und Sanierungsmaßnahmen greift zu kurz.

Vereinssport stärken

12.100 Vereine mit fast 4,4 Millionen Mitgliedern sind im Bayerischen Landes-Sportverband organisiert, außerdem sind 500.000 Schützen Mitglied des Bayerischen Sportschützenbund e.V. Der Freistaat Bayern gab im Jahr 2001 noch 52 Millionen Euro für außerschulischen Sport aus, im Jahr 2010 waren es nur noch 42 Millionen und im Doppelhaushalt 2013/2014 sind es jetzt nur jeweils ca. 45 Millionen. Wir werden die Vereine beim Ausbau von Sportstätten stärker durch den Freistaat unterstützen.

Fördergelder erhöhen und zeitnah auszahlen

7925

Bei den Investitionen in den vereinseigenen Sportstättenbau sind die Mittel stetig abgesenkt worden: 2001 20 Millionen, 2010 9,5 Millionen. Das hat unter anderem dazu geführt, dass die Wartezeiten auf die Fördergelder im Jahr 2010 zwischen dreieinhalb und acht Jahren lagen, die die Vereine zwischenfinanzieren mussten. Wir haben daher bereits 2012 ein weiteres Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von zehn Millionen Euro beantragt, was damals im Landtag abgelehnt wurde. Jetzt kurz vor der Wahl wurde unsere Forderung endlich aufgegriffen. Um das Problem der Wartezeiten und Zwischenfinanzierung nachhaltig zu lösen muss ab dem Jahr 2014 eine jährliche Summe von 12 Millionen Euro dauerhaft gewährleistet, dass die Anträge der Vereine zeitnah, mit einer Wartezeit von maximal drei Jahren, zu finanzieren sind. Dies entspräche dann auch der einstimmigen Beschlusslage

des Landessportbeirates.

Vereinspauschale erhöhen

7945

Bei der Vereinspauschale treten wir dafür ein, dass die Mittel so erhöht werden, dass der Wert der Fördereinheit 30 Cent beträgt.

7950Förderung kommunaler Sportstätten

Kommunale Sportstätten ermöglichen sportliche Betätigung außerhalb von Verein und Schule. Die Streichung der Förderung kommunaler Sportstätten gem. Artikel 10 FAG 7955hat zum einen den Druck auf die Vereine erhöht, selbst Sportstätten zu errichten, zum anderen hat es bei den Kommunen finanzielle Probleme bei der Sanierung und Errichtung ihrer eigenen Sportstätten erzeugt. Daher wird die BayernSPD hier gegensteuern und gezielt als Partner der 7960Kommunen dafür sorgen, dass die notwendigen kommunalen Sportstätten in den nächsten Jahren flächendeckend realisiert werden.

Leistungssport stärken

7965

Eine wichtige Bedeutung hat in Bayern außerdem der Leistungssport. Fairer Sport hat eine Vorbildfunktion in der Gesellschaft. Die Sportlerinnen und Sportler stehen mit ihren Leistungen auf nationaler und internationaler Ebene für 7970gesellschaftliche Werte. Eine flächendeckende Talentförderung ist eine zentrale Forderung der BayernSPD. Nur mit der Investition in den Nachwuchs können Medaillen gewonnen werden. Das Training der Athletinnen und Athleten kann in zentralen Leistungszentren optimal begleitet 7975werden. Daher werden wir die Investition in Leistungszentren und die Ausbildung qualifizierter Trainerinnen und Trainer verstärken. Ein wichtiger Teil dieser Förderung ist vor allem die Investition in die duale Karriere von Athletinnen und Athleten, das heißt der Ausbau 7980von Aus- und Weiterbildungsangeboten während oder nach der Sportkarriere.

7985

7990

7995 **Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Umwelt- und Energiepolitik der Zukunft:
Ökologisch und wirtschaftlich

8000

Auf Initiative der BayernSPD wurde im Jahre 1984 der Umwelt- und Naturschutz in die Bayerische Verfassung aufgenommen. Diesem Verfassungsartikel und dem Auftrag der bayerischen Bevölkerung, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zu schützen, ist die BayernSPD auch in Zukunft verpflichtet.

8005

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

8010

... dafür sorgen, dass Bayern zur gentechnikfreien Zone wird.

... Bayerns Trinkwasserversorgung vor dem Zugriff privater Investoren schützen.

8015

... die Feinstaubbelastung in den Städten reduzieren.

... dafür sorgen, dass in Bayern die viel zu geringen Klimaschutzziele erhöht werden.

8020

... Bahn und ÖPNV dabei unterstützen, ihre Flotten auf umweltschonende Antriebe umzustellen.

... bis 2050 die Stromproduktion zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien bestreiten.

8025

...die umfassende Energiewende und einen schnellstmöglichen Atomausstieg umsetzen.

8030

... die dezentrale Energieversorgung vorantreiben und die Macht der großen Stromkonzerne brechen, unrentable Gasgroßkraftwerke lehnen wir daher ab.

... Tiefenbohrungen nur eingeschränkt zulassen und stets eine Umweltverträglichkeitsprüfung verlangen.

8035

... die Menschen in die Planungen neuer Projekte besser als bisher mit einbeziehen.

8040

... dafür sorgen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Genossenschaften und kommunalen Gesellschaften wirtschaftlich an der neuen Energiepolitik beteiligen können.

8045

... die effiziente energetische Sanierung von öffentlichen

und privaten Gebäuden, um Energie einzusparen.

8050... **die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sowie die Forschung hierzu, um die Wärmeenergie wirtschaftlich und effizient zu nutzen.**

... **dafür sorgen, dass Energie bezahlbar bleibt. Dafür brauchen wir insbesondere ausreichende Beratungsangebote für ökonomisch schwache Haushalte.**

Gentechnikfreie Produkte für Bayern

8060Gentechnisch veränderte Organismen auf unseren Äckern und Feldern bergen unkalkulierbare Risiken für unsere Umwelt und unsere Heimat. Deshalb haben auch die Menschen in Bayern einen Anspruch auf Gentechnikfreiheit. Wir werden aus diesem Grund den Beitritt Bayerns zum 8065„Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ unverzüglich umsetzen. In dem Netzwerk haben bisher zehn Europäische Regionen Ziele und Aufgaben sowie das Bekenntnis zur Gentechnikfreiheit festgeschrieben.

8070Gutes Trinkwasser für Bayern

Dank unserer kommunalen Daseinsvorsorge ist das bayerische Trinkwasser gut. Wir schützen Bayerns Trink- und Abwasserversorgung vor dem Zugriff privater 8075Investoren. Außerdem werden wir das Mischen verschiedener Brunnen und Quellen verhindern, wenn es der Verharmlosung von erhöhten Eintragswerten aus Mineraldünger, tierischen Fäkalien, Pflanzenschutzmitteln, Chemikalien oder Arzneimittel dienen soll.

8080

Saubere Luft für Bayern

Durch Feinstaub entstehen Belastungen des menschlichen Immunsystems. Als BayernSPD setzen wir auf die verstärkte 8085Nutzung des ÖPNV zur Feinstaubminderung. Wir halten darüber hinaus an den Maßnahmen fest, die insbesondere die größeren Städte zur Feinstaubvermeidung eingeführt haben wie Rußpartikel-Filter für PKWs, LKW-Durchfahrtsverbote und Umweltzonen. Zusätzlich werden wir den Ausbau der 8090Elektromobilität vorantreiben. Die Umstellung des kleinen Lieferverkehrs auf alternative Antriebe wie E-Mobilität bzw. Hybridantriebe wird zu erheblichen Einsparungen beim Feinstaubausstoß führen.

8095Klimaschutz: Bayern braucht ein Klimaschutzgesetz

Die Welt-Klimakonferenz in Doha im November 2012 hat gezeigt, dass das Ziel, die Erderwärmung nur auf 2 Grad zu begrenzen, bei dem derzeitigen CO₂-Ausstoß nicht 8100erreichbar ist. Es ist allerhöchste Zeit zu handeln. Die in

diesem Zusammenhang viel diskutierte Technologie des CCS/CCR ist besonders in Hinblick auf die Prüfung der Dichtigkeit der unterirdischen CO₂-Lagestätten und mögliche Auswirkungen auf Gewässer nicht in großen Maßstab erprobt. Für die BayernSPD kommt eine Nutzung dieser Technologie im Freistaat daher nicht in Betracht.

Wir werden die Treibhausgasemissionen senken und dafür sorgen, dass Bayern in den kommenden Jahren nicht hinter den Klimaschutzzielen der anderen Bundesländer zurückbleibt. Das Klimaschutzziel der Bayerischen Staatsregierung, bis 2020 die jährlichen CO₂-Emissionen auf unter 6 Tonnen je Einwohner zu senken, ist uns zu wenig! Wir bekennen uns zu den deutschen Klimaschutzzielen und werden diese für Bayern verschärfen und durch ein Klimaschutzgesetz absichern.

Natur erhalten

Bayern ist auch über seine Grenzen hinaus für seine Schönheit bekannt. Dazu tragen seine unterschiedlichen Regionen mit bei. Es gilt, Land und Tier zu schützen. Deswegen sorgen wir dafür, den Flächenverbrauch („Flächenfraß“) zu minimieren und Bayerns Tier- und Pflanzenvielfalt zu schützen und zu erhalten. Wir wollen erreichen, das dramatische Artensterben und den dauerhaften Verlust an Biodiversität zu verringern und langfristig zu stoppen. Wir halten daran fest, dass die Ausgleichsflächenregelung zur Erreichung von Naturschutzzielen ein geeignetes und gebotenes Mittel ist. Geldzahlungen können die Versiegelung der Flächen nicht ausgleichen, hierzu bedarf es einer sinnvollen und sparsamen Ausgleichsstrategie, welche auch in die Landwirtschaft integriert werden kann. Bei den Ausgleichsflächen muss das oberste Ziel Qualität vor Quantität sein, wir werden verstärkt produktionsintegrierte Maßnahmen (Ausgleichsmaßnahmen in die land- und forstwirtschaftliche Nutzung integrieren) vorantreiben.

8140

Klimafreundliche Mobilität

Laut Umweltbundesamt wurden im Jahr 2010 18,7 Prozent des deutschen CO₂-Ausstoßes durch den Straßenverkehr verursacht. Eine klimafreundliche Mobilität ist unser Ziel, um klimaschädliche Emissionen weiter zu reduzieren. Deshalb unterstützen wir die Unternehmen des ÖPNV sowie die Bahn beim Betrieb von Flotten mit umweltschonenden Antrieben und bei ihrem Angebot von sozialverträglichen Tarifen.

Für den motorisierten Verkehr setzen wir auf drei Säulen: Forschung und Entwicklung sowie Investitionen in neue

alternative Antriebe, Optimierung der bestehenden Konzepte
8155sowie die Integration der Verkehrsträger.

Bei neuen alternativen Antrieben wird die E-Mobilität eine
bedeutende Rolle spielen. Trotzdem dürfen weitere
Anstrengungen zur Optimierung bestehender Konzepte
8160sowie zur Verbreitung bereits entwickelter Antriebsarten wie
beispielsweise Erdgas nicht unterbleiben, sondern müssen
ein fester Bestandteil klimafreundlicher Mobilität sein.
Biokraftstoffe der zweiten Generation können diese Strategie
sinnvoll ergänzen.

8165

Darüber hinaus werden wir die Organisation logistischer
Ströme durch Güterverteilzentren auch im Interesse des
Klimaschutzes verbessern.

8170100 Prozent Öko-Strom bis 2050

Uran, Öl, Kohle und Erdgas sind fossile Ressourcen und
gehen zur Neige. Knappe Güter sind teuer. Anstatt dem
Wandel hinterherzulaufen, gestalten wir ihn bereits seit
8175Jahren nachhaltig mit. Bahnbrechend für den Erfolg der
erneuerbaren Energien war die Einführung des Erneuerbare-
Energien-Gesetzes, das von der rot-grünen Bundesregierung
2000 auf den Weg gebracht wurde. Heute gilt es, dieses
erfolgreiche Gesetz stetig an die technischen Fortschritte und
8180den Ausbau der Erneuerbaren Energien anzupassen, bis diese
eigenständig die zentrale Säule der Stromversorgung bilden.
Ziel ist es, bis 2050 eine 100 prozentige Versorgung mit
Erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Dieses Umdenken
sorgt langfristig für eine soziale und bezahlbare Energie!

8185

Energiepolitik als Querschnittsaufgabe

Energiepolitik berührt praktisch alle Lebensbereiche, die
Struktur von Wirtschaft und Arbeit, Mobilität und Wohnen.
8190Die BayernSPD sieht es daher als eine zentrale Aufgabe an,
diese Bereiche im Rahmen der Energiewende für die
Menschen sinnvoll miteinander zu verbinden. Diese
integrative Energiepolitik gehört für uns zum Kernbestand
der ökologischen und sozialen Erneuerung unserer
8195Marktwirtschaft. Wir wollen, dass es den Menschen trotz
knapper werdenden Ressourcen gut geht. Die Energiewende
schafft und sichert Ausbildung und Arbeitsplätze gerade
auch in den ländlichen Regionen. Wir sorgen dafür, dass die
Wertschöpfung vor Ort stattfindet.

8200

Klares Bekenntnis zu umfassender Energiewende und zu einem schnellstmöglichen Atomausstieg

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in
8205unserer Regierungsverantwortung den Ausstieg aus der
Atomenergie durchgesetzt. Diese Energiewende entgegen

den Interessen der Atomlobby war und ist aus ethischen Gründen ebenso richtig wie wirtschaftlich, sozial und ökologisch vernünftig. Wir standen und stehen auch in
8210Zukunft zu unserem klaren Bekenntnis gegen Atomkraft.

Endlagersuche für Atommüll klar definieren

Bei der ungelösten Frage zur Entsorgung des Atommülls
8215setzt sich die BayernSPD für den sofortigen Beginn eines kritischen Standortauswahlverfahrens für ein Endlager unter breiter Beteiligung von Wissenschaftlern und auch der Bevölkerung vor Ort ein. Als Vorbild könnte das Suchverfahren nach einem Endlager in der Schweiz dienen.

8220Dort hatten die Behörden vorab klare Sicherheitskriterien definiert, die den Maßstab setzen, an dem alle infrage kommenden Standorte gemessen werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben volle Einsicht, selbst für Betroffene aus Nachbarländern ist das Verfahren offen.

8225

Durch ein solches Standortauswahlverfahren können am besten sowohl Transparenz und Nachvollziehbarkeit für die Öffentlichkeit als auch der Schutz künftiger Generationen vor den Gefahren radioaktiver Abfälle sichergestellt werden.

8230In Gorleben hingegen wurde zuerst der Standort bestimmt und dann erst die Sicherheitsanforderungen festgelegt.

Unser Dreiklang: Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien

8235

Für die BayernSPD bildet der Dreiklang der Energiewende mit Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien die Grundlage. In Bayern ist die Energiewende auf Landesebene leider bislang nicht über die Konzeptphase
8240hinausgekommen, weil die schwarz-gelben Regierungen in Berlin und München bei der Umsetzung der Energiewende versagt haben. Ein differenzierter Projektplan und konkrete Umsetzungsschritte fehlen. Stattdessen werden Verbraucher nicht vor der Willkür der großen Energieversorger geschützt,
8245die den Preis für Strom nach oben treiben, obwohl der Einkaufspreis für Strom in den vergangenen zwei Jahren um 20 Prozent gesunken ist. Ein Preisrutsch für die Energieversorger, der bei den Verbrauchern nie ankam.

8250Dezentrale Energieversorgung vorantreiben

Mit dem Bekenntnis zu den Erneuerbaren Energien werden wir das bisherige zentralistische System der großen Stromkonzerne auf eine dezentrale Energieversorgung
8255umstellen. Aber statt wie die schwarz-gelbe Regierung den Menschen im Freistaat eine energetische Autarkie vorzugaukeln, werden wir alles daran setzen, dass Bayern eine führende Rolle bei den Abstimmungen zwischen Bund und Ländern einnimmt, damit die Energiewende für ganz

8260 Deutschland ein Erfolg wird.

Bessere Netze für günstigeren Strom

Die weitere Einsparung von Energie ist eine unverzichtbare
8265 Grundlage der Energiewende. Allerdings werden zusätzliche
erfolgreiche Einsparungsanstrengungen den Ausbau der
Energienetze nicht überflüssig machen. Basisenergieversorgung und Netzausbau funktionieren nur
gemeinschaftlich. Strom aus erneuerbaren Energien soll so
8270 effizient wie möglich in einem nationalen Netzverbund
produziert und verteilt werden. Zusätzlich werden wir
grenzüberschreitende Netze für die Zusammenarbeit mit
benachbarten Alpenländern vorantreiben, um
Effizienzvorteile für die Produktion und Verteilung
8275 erneuerbarer Energien zu nutzen. Netze werden ausgebaut,
um in wirtschaftlich sinnvoller Weise Kapazitätsrestriktionen
bei der Einspeisung von Strom aus erneuerbarer Energien zu
reduzieren. Unrentable Gasgroßkraftwerke lehnen wir ab,
denn sie stehen im krassen Gegensatz zur angestrebten
8280 dezentralen Energieversorgung und würden wieder ein
zentralistisches Energieversorgungssystem festsetzen.

Für einen ausgeglichen Energiemix in Bayern

8285 Erneuerbare Energien umfassen die Bereiche Wasser- und
Windkraft, Biomasse / Biogas, Photovoltaik und Geothermie.
Historisch bedingt ist in Bayern anteilig die Wasserkraft die
stärkste Erneuerbare Energie, deren Potenziale wir auch in
Zukunft nutzen möchten. Dabei geht Modernisierung vor
8290 Neubau. Wir setzen auf neue effiziente Technologien, wie
z.B. Schachtkraftwerke in der Wasserkraftnutzung, die den
Umwelt- mit dem Stromerzeugungsgedanken verbinden.

Es ist notwendig, dass die einzelnen Regionen in Bayern in
8295 die Lage versetzt werden, die Form der Erneuerbaren
Energien vor Ort auszuschöpfen, die dort sinnvoll und
effizient einsetzbar sind - also beispielsweise Windräder bei
einem guten Windaufkommen und Biomasse bei großer
Verfügbarkeit von natürlichen Rohstoffen. Voraussetzung ist
8300 aber, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien die
Akzeptanz der Menschen findet. Deswegen ist es so wichtig,
dass die Wertschöpfung der Investitionen in die
Erneuerbaren Energien in der Region verbleibt. Die
einseitige Beschränkung auf Gasgroßkraftwerke als Basis
8305 einer rein zentralistischen Versorgungsstruktur widerspricht
einer dezentralen Energieversorgung.

Wir werden eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen zentralen
und dezentralen Komponenten der Energieversorgung
8310 schaffen, um allen Versorgungsansprüchen von Industrie,
Gewerbe und Privathaushalten gerecht werden zu können.
Darüber hinaus werden wir die Potenziale von

grenzüberschreitenden Versorgungsverbänden beispielsweise mit Österreich nutzen.

8315

Wir lehnen Fracking ab

Wir wollen Tiefenbohrungen nur eingeschränkt zulassen und stets eine Umweltverträglichkeitsprüfung verlangen. In und unter Wasserschutz-, Wassergewinnungs- oder Naturschutzgebieten lehnen wir Tiefenbohrungen ab. Unkonventionelle Bohrmethoden („Fracking“) z.B. mit Einsatz von Chemikalien oder Heißwasser zur Ausbeutung von Gasvorkommen im Schiefergestein lehnen wir ab.

8325

BürgerInnenbeteiligung bei Energieprojekten

Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns haben in der Praxis und vor Ort die Energiewende begonnen und bis heute den größten Beitrag geleistet. Das bedeutet für uns, dass die Bevölkerung an der Gestaltung der Energiewende beteiligt werden muss. Betroffene BürgerInnen, Verbände und Interessensvertretungen müssen frühzeitig die Möglichkeit haben, an den Planungen mitzuwirken und Verbesserungsvorschläge einzubringen – wie bei allen Infrastrukturmaßnahmen im Freistaat.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich in Genossenschaften und kommunalen Gesellschaften finanziell an der neuen Energiepolitik zu beteiligen. Das begrenzt auch die preistreibende Vormachtstellung von Großkonzernen. Wir werden ein vollständiges Informationsangebot im Internet über alle Förderprogramme auf EU-, Bundes- und Landesebene erstellen. Mit diesem Angebot können die eigenen Investitionen in die Energiewende kalkuliert werden.

Energiewende – mehr als eine Stromwende

Die Energiewende ist für uns mehr als eine reine „Stromwende“, vielmehr muss sie alle Arten der Energie wie Wärme und Energieträger wie Treibstoff in die Planungen und Maßnahmen gleichwertig mit einbeziehen. Besonders bei der Energieeinsparung und Energieeffizienz können hier die wirklichen energetischen Potenziale gehoben werden. Dabei sind Energiewende und Klimaschutz nicht zu trennen, sondern müssen Hand in Hand angegangen werden. Wir setzen uns deshalb unter anderem ein für

... die effiziente energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden, um Energie einzusparen.

... die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in Bayern, um die Wärmeenergie wirtschaftlich und effizient zu

8365

nutzen.

... die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten in der Wirtschaft und an 8370 Universitäten und Hochschulen, insbesondere in den Bereichen Speicher- und Netztechnologien.

... Clusterbildung bei der Industrie bezogen auf Wärmenutzung.

8375

Energie muss bezahlbar bleiben

Energie muss bezahlbar bleiben. Deshalb unterstützt die BayernSPD Projekte und Maßnahmen, die den Menschen 8380 dabei helfen, selbstständig Energie zu sparen. Wir unterstützen ausreichende Beratungsangebote für ökonomisch schwache Haushalte und Austauschprogramme energieintensiver Geräte wie in der Landeshauptstadt München. Außerdem werden wir die VerbraucherInnen so 8385 informieren, dass sie Energie sparende Elektrogeräte in den Geschäften erkennen und erwerben können. Wir unterstützen deshalb ein **Top-Runner-Programm**, bei dem die energieeffizientesten Geräte auf dem Markt den technischen Standard für die anderen Hersteller setzen. Außerdem 8390 werden wir eine Abwrackförderung für umweltbelastende Heiztechniken einführen, damit Hausbesitzer Öl- und Gaskessel auf moderne Heiztechniken wie beispielsweise Solarkollektoranlagen und effiziente Wärmepumpen umrüsten. Die VerbraucherInnen werden außerdem über 8395 intelligente Stromzähler in ihren Häusern und Firmen je nach Verfügbarkeit und Preis ihren Energieverbrauch eigenständig steuern können.

Die Erweiterung der Befreiung von Großverbrauchern von 8400 den Kosten für die Energiewende durch die schwarz-gelbe Regierung in Berlin hat dazu geführt, dass die Verantwortung für die Kosten der Umstellung unseres Energiesystems auf die Bürgerinnen und Bürger und die kleinen und mittelständischen Unternehmen unseres Landes 8405 abgewälzt wurde. Wir werden dafür sorgen, dass diese ungerechte Regelung zurückgenommen wird, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu gefährden.

Kommunen sind das Rückgrat der Energiewende

8410

Die Kommunen sind das Rückgrat der Energiewende. Sie brauchen solide Rahmenbedingungen. Wir werden deshalb Änderungen im kommunalen Wirtschaftsrecht vornehmen, damit die Kommunen Energieüberschüsse produzieren und 8415 einspeisen dürfen. Energie macht nicht an Gemeinde- oder Staatsgrenzen halt. Der Freistaat wird unter unserer Regierung in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt einen Energie-Projektmanager finanzieren, der die

Kommunen bei der Erstellung von Energie- und
8420Wärme Konzepten, interkommunalen Zusammenarbeit,
Organisation und Moderation regionaler
BürgerInnenbeteiligung, beim Monitoring der lokalen und
regionalen Energiewende unterstützen.

8425

Landwirtschaft, Ernährung und Wald: Ohne 8430Bäuerinnen und Bauern stirbt das Land

Landwirtschaft heißt übersetzt „mit dem Land wirtschaften“. Gerade die Landwirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten einen enormen Wandel von der reinen
8435Produktion von Lebensmitteln hin zu einer multifunktionalen Landwirtschaft erlebt. Dies bedeutet weit mehr als „lediglich“ die Erzeugung von Milch, Fleisch und Getreide in guter Qualität zu angemessenen Preisen. Die Agrarpolitik ist auch ein Stück Gesellschaftspolitik. Unsere Bäuerinnen
8440und Bauern leisten einen enormen Beitrag zum Erhalt der bayerischen Kultur und unserer einzigartigen Landschaft.

Ein nachhaltiger Tourismus zu allen Jahreszeiten ist im ländlichen Raum ohne die Pflege dieser Landschaft durch die
8445bäuerlichen Betriebe dazu nicht zu verwirklichen. Eine multifunktionale Landwirtschaft trägt auch entscheidend zur Bewahrung und Gesunderhaltung unserer Lebensgrundlagen, der natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft bei - nicht nur für unsere, sondern auch für die zukünftigen
8450Generationen. Der Berufsstand verdient unser aller Respekt und Anerkennung.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

8455... **die Versorgung unserer Kinder in Kindertagesstätten mit Obst und Gemüse ausweiten.**

... die Anwendung von gentechnisch manipulierten Organismen verhindern.

8460

... gentechnisch veränderte Lebensmittel – wenn man sie schon nicht ganz verhindern kann – klar kennzeichnen und Klonfleisch verhindern.

8465... **die Tierhaltung so transparent machen, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher genau wissen, welches Fleisch sie kaufen.**

... die Landwirtschaft mit einer verlässlichen Förder- und Forschungspolitik dabei unterstützen, unsere
8470**Lebensgrundlagen auch weiterhin zu wahren und zu**

schützen.

**... durch angemessene Lebensmittelpreise für ein gutes
8475Einkommen für die Bäuerinnen und Bauern sorgen.**

**... das sogenannte Greening und die Schaffung von
ökologischen Vorrangflächen unterstützen.**

**8480... Ausgleichszahlungen endlich transparent und gerecht
verteilen.**

**... einer gesunden Waldgesellschaft stets Vorrang vor
finanziellen Interessen einräumen.**

8485

... den Steigerwald zum Nationalpark erheben.

Heimische Lebensmittel sind die beste Lösung

8490Die Ernährung ist die Grundlage für ein gesundes und
genussvolles Leben. Die Menschen im Freistaat legen
zunehmend Wert auf eine qualitativ hochwertige und
nachhaltige Versorgung mit Lebensmitteln. Die heimische
Erzeugung von Lebensmitteln ist die beste Lösung.

8495

Regionale Kennzeichnung von Lebensmitteln

Wir werden eine klare Kennzeichnung über die Herkunft und
die Produktionsweise der Lebensmittel voran bringen. Der
8500Wunsch der Menschen, eine nachhaltige, soziale und
regionale Produktion zu unterstützen, muss das oberste
Gebot der Ernährungspolitik sein.

Die heutige Zeit ist geprägt von einem gigantischen Angebot
8505an verschiedensten Nahrungsmitteln, welches von vielen
Menschen zunehmend als verwirrend empfunden wird. Eine
klare Kennzeichnung ist daher die Grundlage für einen
verantwortungsbewussten Verbraucher. Angesichts der in
immer kürzeren Abständen auftretenden
8510Lebensmittelskandale ist es erforderlich darüber
nachzudenken, ob und wie die Lebensmittelwirtschaft an den
Kosten der Kontrollen beteiligt werden kann.

Ernährung von Kindern

8515

Elementar erachten wir die Ernährungsbildung im Bereich
der Kinder und Jugendlichen. Wir werden die Hauswirtschaft
und die Lebenskunde im Unterricht in allen Schul- und
Altersklassen etablieren, um den jungen Menschen die
8520notwendigen Kenntnisse einer gesunden und genussvollen
Ernährung zu vermitteln.

Die Versorgung unserer Kinder in Kindertagesstätten mit
Obst und Gemüse werden wir ausbauen. Derzeit erhalten nur

8525 Kinder in den Grundschulen Zugang zum Schulfruchtprogramm. Wir werden dieses Programm auf sämtliche Kindertagesstätten ausdehnen, um die frühkindliche Ernährung positiv zu beeinflussen.

8530 Gentechnik und Patente auf Leben haben in Bayern keinen Platz

Die Anwendung von gentechnisch manipulierten Organismen in Bayern, in Deutschland und der gesamten 8535 Europäischen Union lehnen wir vehement ab. Sie führen nur zu verstärkten Abhängigkeiten unserer Bäuerinnen und Bauern in unserer Heimat und weltweit und gefährden in hohem Masse die Biodiversität. Sie bieten keinerlei Mehrwert gegenüber der Züchtungsarbeit, die sich seit 8540 Jahrhunderten bewährt hat und an die Besonderheiten der Regionen und deren Vielfalt angepasst sind.

Patente auf Leben lehnen wir ab. Sie sind unethisch und unnötig. Wir werden alles unternehmen, um unsere 8545 natürlichen Lebensgrundlagen nicht in die Hände Multinationaler Konzerne zu geben.

Wir fordern eine klare Kennzeichnung von Lebensmitteln, die gentechnisch verändert wurden. Diese Kennzeichnung 8550 muss verständlich und einfach gestaltet werden, damit auch Menschen ohne Lupe eine Wahlfreiheit haben.

Fleisch von geklonten Tieren darf in Europa nicht in den Handel kommen. Diese Form der Züchtung ist schlichtweg 8555 unnötig und verunsichert die Menschen in Bayern zu Recht. Außerdem sind die langfristigen, gesundheitlichen Folgen bisher nicht ausreichend erforscht.

Fokus auf ökologisch verträgliche Produktion legen 8560

Wir werden daher verstärkt den Fokus auf eine ökologisch verträgliche Fleisch- und Milchproduktion, auf eine heimische, autarke Eiweißversorgung in Europa legen. Wir müssen uns unserer internationalen Verantwortung bewusst 8565 werden und auch danach handeln. Dafür werden wir uns einsetzen. Einmal im Jahr für die Hungernden in der Welt zu spenden mag das Gewissen beruhigen, reicht aber bei weitem nicht aus.

8570 Die Zukunft der Tierhaltung in Bayern

Die Tierhaltung ist die wirtschaftliche Grundlage vieler landwirtschaftlicher Betriebe in Bayern und Garant für den Erfolg der bayerischen Landwirtschaft. Wir stehen klar zur 8575 bäuerlichen Tierhaltung und zur regionalen Erzeugung hochwertiger Produkte. Die Menschen in Bayern legen verstärkt Wert darauf, unter welchen Bedingungen die Tiere

gehalten werden. Aus diesem Grund werden wir ein freiwilliges Tierwohllabel installieren, das transparent die 8580Haltung darstellt. So liegt es in der Hand der Verbraucherinnen und Verbraucher, über 8590Haltungsbedingungen zu entscheiden.

Gesetzliche Verschärfungen, die dazu führen, bäuerliche 8585Strukturen zu zerstören und der Industrialisierung der Tierhaltung Vorschub zu leisten, lehnen wir jedoch ab. Niemand kann wollen, dass der Industrialisierung der Tierhaltung Vorschub geleistet wird. Die Förderung von Stallbauten werden wir jedoch verstärkt an das Tierwohl 8590koppeln, um diesen Bereich voranzubringen.

Verbot bienengefährlicher Pestizide

Wir wissen: Ohne Bienen gibt es keine Landwirtschaft, kein 8595Obst, keinen Honig und vieles andere in unserer Welt nicht mehr. Daher werden wir uns vehement gegen den Einsatz und für ein Verbot besonders bienengefährlicher Pestizide in der Landwirtschaft und im Gemüse und Gartenbau einsetzen. Darüber hinaus werden wir spezielle Blühprogramme 8600auflegen, um das immer mehr um sich greifende Bienensterben zu stoppen. Zu lange wurden die Bedeutung der Bienen und ihr Schutz verkannt und vernachlässigt. Der Lebensraum der Bienen und vieler anderer Insekten und Kleinlebewesen muss erhalten bleiben.

8605

Nachhaltig und artgerecht wirtschaften

Wir müssen daher die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Böden und die artgerechte Tierhaltung verstärkt fördern. 8610Dies kann nur in Zusammenarbeit mit allen Berufsverbänden und im gesellschaftlichen Konsens gelingen.

Verlässliche Förder- und Forschungspolitik

8615Wir werden die Landwirtschaft mit einer verlässlichen Förder- und Forschungspolitik dabei unterstützen, diese Lebensgrundlagen auch weiterhin zu wahren und zu schützen.

8620Guter Lohn für gute Arbeit

Die gerechte Entlohnung der Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern, die auch notwendige Rücklagen und Investitionen in die Betriebe ermöglicht, ist ein zentrales Ziel unserer Arbeit. 8625Die Menschen in Bayern sind bereit, für Lebensmittel einen Preis zu bezahlen, der ein angemessenes Einkommen für die Bäuerinnen und Bauern gewährleistet.

Daher werden wir unsere Erzeuger in ihrer 8630Verhandlungsmacht stärken, damit sie gegenüber den großen

Handelsketten, den Lebensmittelkonzernen, sowie den Großmolkereien und Großschlachtern bestehen können.

Landwirtschaft in allen Facetten unterstützen

8635

Der Facettenreichtum der Betriebe in Bayern ist eine Besonderheit, die wir ausdrücklich begrüßen. Viele Bäuerinnen und Bauern leben nicht nur von der Bewirtschaftung der Flächen, sondern haben weitere 8640Standbeine aufgebaut wie den Tourismus oder die Bewirtschaftung im Nebenerwerb. Für die BayernSPD ist es nicht vorrangig, ob die Betriebe im Nebenerwerb oder im Haupterwerb, ökologisch oder konventionell, mit Tierhaltung oder ohne bewirtschaftet werden. Jede Form der nachhaltigen 8645Bewirtschaftung hat unabhängig von Größe und Form des Betriebes unseren Respekt und Unterstützung verdient.

Ökologischer Landbau

8650Wir werden den Ökolandbau weiter ausbauen und fördern. So werden wir z.B. Stallbauten fördern, die das Wohlergehen der Tiere besonders berücksichtigen. Neben der Intensivierung der Ökoprämie werden wir die Fachbildung in diesem Bereich verstärken, die unabhängige Forschung 8655vorantreiben und die Vermarktung bayerischer Bioprodukte aus einem Guss fördern.

Unabhängige Forschung und Beratung

8660Wir brauchen nach wie vor eine wirklich unabhängige und kompetente Beratung der Landwirte, um eine nachhaltige und moderne Landwirtschaft zu verwirklichen. Wir müssen verhindern, dass große Konzerne und mächtige Interessengruppen ihre Vorstellungen von Landwirtschaft 8665(z.B. bei der Gentechnik) bei Fragen von Ackerbau und Viehzucht, die meist nur der eigenen Gewinnmaximierung und der Gewinnsteigerung dienen, durchsetzen können.

Eine moderne Europäische Agrarpolitik

8670

Die Europäische Agrarpolitik ist, bei aller berechtigten Kritik, grundsätzlich ein Erfolgsmodell. Die Europäische Agrarpolitik, die zum einen die entscheidenden Weichen für eine vernünftige Agrarpolitik in Zukunft stellen und zum 8675anderen die gesellschaftliche Akzeptanz der Zahlungen gewährleisten muss, wird derzeit für den Zeitraum 2014-2020 neu verhandelt. Zum ersten Mal entscheidet dank des **Lissabon-Vertrages** das Europäische Parlament mit.

8680Das sogenannte Greening, eine Bindung der Zahlungen an ökologische Auflagen, unterstützen wir, solange seine Ausgestaltung einer ökologisch und ökonomisch sinnvollen Umsetzung nicht im Wege steht. Eine reine Stilllegung von

Flächen lehnen wir ab, unterstützen jedoch die Einrichtung
8685 von ökologischen Vorrangflächen.

Ausgleichszahlungen transparent und gerecht verteilen

Wir werden alles daran setzen, dass Ausgleichszahlungen
8690 transparent und gerecht verteilt werden. Ebenso werden wir
uns dafür stark machen, dass nicht nur die Größe der
Betriebe, sondern auch die gesellschaftliche Leistung als
Bemessungsgrundlage dient. Die Vorschläge der EU-
Kommission gehen dabei in vielem in die richtige Richtung.
8695 Auch die Zahlungen der ersten Säule müssen ab einem
gewissen Volumen von ca. 300.000 Euro gedeckelt werden,
um den Wettbewerbsvorteil von Betrieben mit industriellem
Charakter zu verringern und die bäuerliche Landwirtschaft in
Bayern zu stärken. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob ein
8700 Betrieb mit ca. 30.000 Euro pro Arbeitskraft bezuschusst
wird, oder mit ca. 5.000 Euro im Jahr. Die durchschnittliche
Hofgröße beträgt in Bayern übrigens ca. 21,5 ha.

Agrarpolitik ist auch Entwicklungspolitik

8705

Wie wir mit dem Land wirtschaften, wie wir Fleisch und
Milch erzeugen, wie wir mit hohem Energieeinsatz
Lebensmittel zur Energieerzeugung anbauen, beeinflusst in
hohem Masse die Lebensqualität der Menschen in den
8710 Entwicklungsländern. Deren Preise für Grundnahrungsmittel
steigen immer weiter an. „Der Teller muss Vorrang vor dem
Tank haben“. Für uns ist das keine hohle Floskel. Besonders
die Regionen in der Welt, in denen Soja in riesigen
Monokulturen erzeugt wird und Ölpalmpflanzungen verstärkt
8715 angelegt werden, verändern sich äußerst negativ, da die
Regenwälder zur Gewinnung von Ackerland abgeholzt
werden und die Lebensgrundlagen damit zerstört werden.
Wir fischen die Weltmeere leer, um das Fischmehl an unsere
Tiere zu verfüttern. Kleinbauern und Ureinwohner werden
8720 von ihren Parzellen vertrieben, multinationale Agrarkonzerne
und Großgrundbesitzer erzielen die großen Gewinne und
lassen die Vertriebenen im Elend zurück. Unser Überfluss ist
Teil des Hungers der anderen.

8725 Exportsubventionen abschaffen

Mit unserem Handeln in Europa beeinflussen wir auch
andere Regionen in der Welt. Wir setzen uns für die
Abschaffung der Exportsubventionen ein, da sie nicht den
8730 Hunger bekämpfen, sondern im Gegenteil: sie verursachen
ihn mit. Auch den geplanten verstärkten
Interventionszahlungen erteilen wir eine klare Absage, da sie
letztendlich nichts anderes sind als eine verkappte
Exportförderung. Wir sind uns sicher: Unsere hochwertigen,
8735 heimischen Produkte werden weltweit nachgefragt, so dass

Exportförderungen nicht mehr notwendig sind.

Lebensmittelverschwendung und -Vernichtung 8740 bekämpfen

Wir wollen die extreme Lebensmittelverschwendung und Vernichtung in Deutschland und der gesamten EU endlich wirksam bekämpfen. Erst erzeugen wir die Produkte mit hohen Kosten und Energieeinsatz, um sie dann zu vernichten oder zu Hause verfaulen zu lassen. Seriöse Berechnungen ergaben, dass mit diesen Lebensmitteln 1,3 Milliarden Menschen bequem ernährt werden könnten. Auch da werden wir uns deutlich stärker engagieren als die Regierungen zuvor.

Verstärkte Förderung des Grünlandes

Die Bewirtschaftung von Grünland ist eine nachhaltige und besonders klimafreundliche Landnutzung, die wir verstärkt unterstützen werden. Neben Förderprogrammen spielt jedoch auch der Milchpreis eine entscheidende Rolle für Wirtschaftlichkeit der Grünlandbewirtschaftung. Wir werden daher für ein Umbruchverbot von Dauergrünland, wie in vielen Teilen Deutschlands bereits durchgesetzt, eintreten.

Bayerische Wälder sind unbezahlbar

Die bayerischen Wälder produzieren täglich begehrtes Holz für unsere heimische Wirtschaft. Aber nicht nur das. Insbesondere dient der Wald der Allgemeinheit als wichtiger Trinkwasserschutzbereich, Boden- und Erosionsschutz sowie Lawinenschutz. Er dient den Menschen zur Erholung und ist der Lebensraum zahlreicher Tier- und Pflanzenarten.

8770

Ausgleich zwischen Nutzen und Schutz des Waldes schaffen

Die BayernSPD setzt sich dafür ein, dass für die drei großen Zielrichtungen im Wald, dazu gehört neben den Nutzfunktionen vor allem die Schutz- und Erholungsfunktion, ein fairer Ausgleich gefunden wird. Gerade der Staatswald als Bürgerwald ist durch das Bayerische Waldgesetz dem Gemeinwohl besonders verpflichtet. Durch eine naturnahe Bewirtschaftung und gegen eine auf kurzfristigen Gewinn ausgerichtete Forstwirtschaft muss der Staatsforst als Vorbild für private Waldbesitzer dienen. Das Gemeinwohl hat für uns Vorrang vor den Nutz- und Einkommensfunktionen.

8785

Wald schafft wertvollen Lebensraum

Unsere Wälder haben für den Natur- und Artenschutz eine besondere Bedeutung. Der Wald ist nicht nur Lebensraum

8790 für ganze Lebensgemeinschaften, sondern ist darüber hinaus teilweise auch der letzte Rückzugsraum für bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Die BayernSPD ist sich der Verantwortung bewusst, dass eine gesunde Waldgesellschaft Vorrang vor finanziellen Interessen haben muss.

8795

Wald schafft Arbeit im ländlichen Raum

Rund um den Wald gibt es zahlreiche Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Um unsere Wälder in Zeiten des 8800 Klimawandels fit für die Zukunft zu machen brauchen wir gut ausgebildete Förster und Waldarbeiter. Wir werden deshalb Personalabbau in diesem Bereich stoppen und umkehren. Neben den klassischen Aufgaben eines Försters muss die fachkundige Beratung von Waldbesitzern verstärkt 8805 werden.

Wald im Wandel

Wir müssen die Wälder an die Herausforderungen der 8810 Zukunft anpassen. Der Klimawandel bedroht sie. Das Ziel, reine Fichtenwälder zu stabilen Mischwäldern umzubauen, geht in Bayern zu langsam voran. Dies ist vor allem im Bergwald von Bedeutung. Als BayernSPD machen wir uns besonders für die Tanne stark – tief, stabil und klimatauglich. 8815 Wir werden verstärkt Personal einsetzen, um Waldbesitzer beim Waldumbau zu unterstützen. Außerdem werden wir flexible und unbürokratische Fördermaßnahmen anbieten, die den Waldumbau vorantreiben. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren.

8820

Wald vor Wild

Wir werden im Konsens mit den Waldbesitzern, allen Jagdverbänden und der bayerischen Forstverwaltung 8825 Konzepte und Vorgaben zur Jagd in Bayern überarbeiten. Wir brauchen angepasste Wildbestände, um die dringend benötigte Naturverjüngung für den Waldumbau nicht zu gefährden. Fast die Hälfte der Wälder in Bayern leidet unter zu hohem Verbiss durch Schalenwild. Dies ist für uns ein 8830 Handlungsauftrag der Natur. Gute Jagd in Bayern hilft dem Wald beim Wachsen.

Nationalparks in Bayern

8835 In der Kernzone der Nationalparks Berchtesgaden und Bayerischer Wald wird völlig auf die Holznutzung verzichtet. Diese besonderen Flächen sind als urwaldnahe Referenzflächen ausschließlich der Natur vorbehalten. Als BayernSPD setzen wir uns für einen dritten Nationalpark, 8840 den Steigerwald ein. Er hätte im Besonderen die Buchenwildnis als Ziel.

Naturschutz auf der ganzen Fläche

8845 Als BayernSPD halten wir ein Nutzungsverbot rein nach Flächenprozenten für nicht zielführend. Wir setzen auf das integrative Modell, also Naturschutz und Holznutzung auf der gleichen Fläche. Unser Ziel ist es, integrierte Maßnahmen, wie beispielsweise Totholzprojekte, 8850 Biotopbäume oder Spechtbäume, so zu fördern, dass auf der gesamten Fläche Trittsteinbiotope entstehen und der gesamte Wald in Bayern naturnah bewirtschaftet wird.

Nährstoffe als Lebensgrundlage

8855 Als zentrale Aufgabe der Gegenwart und Zukunft sehen wir den nachhaltigen Umgang mit Nährstoffen im Wald. Die Vollbaumnutzung, wie sie derzeit für Energieholz immer üblicher wird, entzieht dem Wald wichtige Nährstoffe. Hier 8860 zeigen wir durch ein klares Konzept Möglichkeiten auf. Qualifizierte Beratung ist hier besonders von Nöten. Dafür werden wir sorgen.

8865

VerbraucherInnenschutz in Bayern: Aufklären und ausweiten

8870 Verbraucherinnen und Verbraucher sollten selbstbestimmt, eigenverantwortlich und stets gut informiert rationale Entscheidungen treffen können. Dieses Ideal aber hat mit der Wirklichkeit in unserem Land nichts zu tun. Das zu ändern 8875 ist eine große politische Aufgabe, der wir uns stellen werden.

Daher wird eine SPD-geführte Landesregierung

... die VerbraucherInnenbildung ausbauen und 8880 weiterentwickeln.

... die unabhängigen VerbraucherInnenorganisationen stärken und verlässlich finanzieren.

8885 **... die Kennzeichnung der Produkte verbessern und für mehr Transparenz sorgen.**

... für Lebensmittelsicherheit von Anfang an sorgen.

8890 **... Provisionen und Kosten für Finanzprodukte den Verbraucherinnen und Verbrauchern offenlegen.**

Wir setzen auf Information, Beratung, Bildung und Transparenz

8895

Die Mannigfaltigkeit und Komplexität der Angebote und auch Informationen, Globalisierung und technischer Fortschritt haben die Konsummöglichkeiten stark verändert und überfordern oftmals die Verbraucherinnen und 8900 Verbraucher. Viele finden sich im Kleingedruckten und im Tarifdschungel nicht mehr zurecht. Sie fragen sich, ob sie den angebotenen Lebensmitteln, Spielsachen und anderen Waren vertrauen können oder welche Versicherung für sie die richtige ist. Wir fordern deshalb eine Verbraucherpolitik, 8905 die den Menschen im Alltag abholt und setzen dabei auf Information, Beratung, Bildung und Transparenz.

Ausbau und Weiterentwicklung der VerbraucherInnenbildung

8910

Es ist wichtig, dass bereits Kinder und Jugendliche den Umgang mit Geld erlernen und die Einflussmöglichkeiten der Werbung und anderer Anbieterstrategien einschätzen können. Verbraucherbildung bereits in Kindertagesstätten 8915 und Schulen wird bei uns Standard werden, um adäquates Konsumverhalten zu erlernen.

VerbraucherInnenberatung

8920 Starke Verbraucherorganisationen sind notwendig. Wir brauchen ein flächendeckendes Netz von unabhängigen Verbraucherberatungsstellen, die angemessen und verlässlich finanziert werden.

8925 Mehr Transparenz und verbesserte Kennzeichnung

Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf, über die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung informiert zu werden. Deshalb sprechen wir uns für 8930 Gütesiegel für kontrollierte Lebensmittelhygiene in allen Betrieben aus. Sollte es keine bundeseinheitliche Lösung geben, werden wir eine bayerische Lösung anstreben.

Die Nährwertkennzeichnung nach dem GDA-Modell

8935 lehnen wir ab und fordern die schnell erfassbare Kennzeichnung mit Hilfe von Ampelfarben.

Lebensmittelsicherheit von Anfang an

8940 Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich auf eine durchlässige Lebensmittelsicherheit vom Acker bis auf dem Tisch verlassen können. Deshalb werden wir für die Durchführung der amtlichen Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen ausreichend Personal wie 8945 Amtsveterinäre und Lebensmittelkontrolleure sowie eine Sachausstattung auf neuestem technischen Stand zur Verfügung stellen.

Finanzdienstleistungen: Marktmacht der
8950**VerbraucherInnen stärken**

Die SPD will die Marktmacht der Bevölkerung vor allem bei Finanzdienstleistungen stärken. Wir werden dafür sorgen, dass der Umfang sämtlicher vom VerbraucherInnen zu tragenden Provisionen und Kosten für ein Finanzprodukt verständlich offen gelegt werden muss. Bisherige Schutzkonzepte wie eine einseitige Zunahme der Informationspflichten überfordern mehr, als dass sie schützen. Insofern setzen wir auf **zertifizierte objektive Qualitätsstandards** in der Finanzberatung.